

der soziale Fortschritt auf Grund dieser Budgetziffern ist nur schwerpunktorientiert möglich. Das zwingt den Referenten zur Setzung von Prioritäten in allen Bereichen, vielleicht zum Auflassen mancher Gewohnheiten, aber zur Verstärkung bestimmter, besonders deutlichwerdender Maßnahmen. Die dem Hohen Landtag schon im Juli vorgelegte Studie über die Armut in der Steiermark hat ja allgemein, glaube ich, Überraschung ausgelöst. Ich darf dem Herrn Abgeordneten Eichinger bei dieser Gelegenheit sagen, ich habe in der Mittagspause noch die Anträge durchgesehen, ich konnte diese Vermerke nicht finden, die, wie Sie geglaubt haben, auf diesen Anträgen stehen müßten. Es hat zwar die ÖVP-Fraktion einmal einen Antrag um Untersuchung über die Armut in der Steiermark gestellt. Dieser Antrag wurde auch von der Landesamtsdirektion bearbeitet und beantwortet. Ich erinnere allerdings daran, daß im Ausschuß diese Antwort als nicht ausreichend angesehen wurde und es ist aber trotzdem diese Antwort zur Kenntnis genommen worden. (Abg. Ritzinger: „Zurückgestellt!“) Über meinen Antrag, wenn ich mir das erlauben darf zu sagen, hat die Steiermärkische Landesregierung beschlossen, (Abg. Dr. Eichinger: „Angeregt dadurch!“) nicht, Herr Kollege Eichinger, selbst eine Untersuchung, sondern dem Institut für empirische Sozialforschung, den Auftrag zu erteilen, eine solche Untersuchung in der Steiermark durchzuführen und das vorliegende Ergebnis ist Ihnen ja bekannt. Dieser Beschluß wurde am 11. Juli 1977 gefaßt und nach einer einjährigen Untersuchung wurde das Ergebnis dargelegt. Insgesamt, meine Damen und Herren, glaube ich aber, daß wir in dieser Zeit, in der wir heute leben, immer wieder unser besonderes Augenmerk darauf richten müssen, notwendige Sozialleistungen den entsprechenden Entwicklungen auch anzupassen. Gerade gestern ist wiederum eine Debatte über eine spezifische Sozialleistung aufgeflammt, wozu man, glaube ich, auch heute eine klare Stellungnahme beziehen müßte. Aus der Tageszeitung entnehme ich, daß das Verwaltungsübereinkommen mit der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse von verschiedenen so ausgelegt wird, daß das eine Unterstützung der Steiermärkischen Gebietskrankenkasse auf Kosten der öffentlichen Sozialhilfe wäre. Um der Wahrheit sozusagen zum Durchbruch zu verhelfen, darf ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, dieses Verwaltungsübereinkommen stammt aus dem Jahre 1940 (Abg. Ing. Turek: „1942!“) 1940 nach meinen Akten, aber bitte, wenn Sie andere haben — (Abg. Gerhard Heidinger: „Da war der Turek noch nicht auf der Welt!“) — stammt aus dieser Zeit, ist damals sicherlich aus anderen Gründen gemacht worden und ist einem bestimmten Wandel unterworfen gewesen. (Abg. Ing. Turek: „Deswegen ist es ja nicht mehr aktuell!“) Bitte? (Abg. Ing. Turek: „Wir sind nicht das einzige Bundesland, das es noch hat!“) Das ist Ihr großer Irrtum, Herr Kollege! Wir sind immer das einzige Bundesland gewesen, das ein solches Übereinkommen hatte (Abg. Loidl: „Und in Zukunft haben wird!“) und wie ich hoffe, auch weiter haben wird. Wenn ich Ihnen an einigen Beispielen das demonstrieren darf (Beifall bei der SPÖ.), dann glaube ich, werden Sie auch durchaus den Eindruck gewinnen, daß das keine Subvention

der Gebietskrankenkasse, sondern eine echte Sozialhilfemaßnahme ist. Ich weiß schon, die FPÖ hat manchmal ein bißchen, verschiedene Herren in der FPÖ bitte, ich möchte das nicht so generalisieren, ein bißchen ein gestörtes Verhältnis zur Sozialhilfepolitik und ist auch nicht immer voll informiert. (Abg. Ing. Turek: „Zur Sozialpolitik der Sozialistischen Partei!“) Ja, das ist ja der grundlegende Fehler. Es macht ja nur die Sozialistische Partei eine Sozialpolitik. (Abg. Dr. Eichinger: „Herr Landesrat, das ist der zweite Irrtum! Siehe Sozialhilfegesetz!“) Da zeigt sich jedenfalls bei der Beobachtung dieses Verwaltungsübereinkommens in seinen Auswirkungen, daß es auch weiterhin eine echte, wirklich notwendige, soziale Maßnahme ist, wenn ich Ihnen dabei nur einige Beispiele sagen kann. Auf Grund der derzeitigen Situation ist es so, daß nach diesem Verwaltungsübereinkommen bis maximal 28 Tage diese 10 Prozent übernommen werden. Dieses Verwaltungsübereinkommen hat auch bei den Beratungen über das Sozialhilfegesetz eine Rolle gespielt, weil wir die daraus erwachsenden Lasten auf die Bezirkssozialhilfeverbände sowohl als finanzielle Lasten, als auch als vertragsrechtliche Lasten übertragen haben, aber gleichzeitig für diese Aufwendungen einen Ausgleich wiederum eingebracht haben, so daß man nicht sagen kann, daß durch diese Entwicklung eine zusätzliche Belastung der Sozialhilfeverbände erwachsen ist. Wenn Sie jetzt ein Beispiel nehmen, hat ein Angehöriger 28 Tage Spitalsaufenthalt, ist also 10 Prozent Zuschlag in der niedrigsten Gebührenklasse, kommen ungefähr 46,— Schilling pro Tag heraus, das sind also etwa 1288,— Schilling. Das macht für den einen mehr, für den anderen weniger. Aber für manche ist das zweifelsohne eine empfindliche Belastung.

Wenn wir schon immer wieder viel von der Sozialpolitik reden, für die Familien und die kinderreichen Familien und dazu wird meistens auch in diesem Hohen Haus ein Bekenntnis in der Debatte abgelegt, dann gibt es da natürlich ganz extreme Beispiele, die ganz empfindliche finanzielle Belastung bedeuten würden für die einzelne Familie. Ich habe da ein Beispiel zur Hand, von einer Familie mit sechs Kindern: Der Zufall wollte es, daß von diesen sechs Kindern fünf während des Jahres einen Krankenhausaufenthalt gehabt haben und der Mann derzeit arbeitslos ist. Insgesamt hat diese Familie 105 Tage Krankenhausaufenthalt im Jahr 1977 gehabt und hätte dabei mit diesen 10 Prozent einen Beitrag von 4830,— Schilling leisten müssen. Ich glaube Herr Abgeordneter Turek, darüber kann man sich einig sein, daß man gerade den kinderreichen Familien solche Belastungen nicht zumuten soll und sie ihnen auch schwer zumuten kann. Jedenfalls wir als Sozialisten wehren uns dagegen, und wir glauben, daß man dabei auch nicht die angespannte finanzielle Lage der Landeshauptstadt Graz nützen soll, um soziale Leistungen echt zu beseitigen. (Abg. Loidl: „Sehr richtig!“) Diesen Schritt würden wir für nicht sinnvoll und auch für die heutige Zeit für nicht passend bezeichnen.

Es gibt im Bereich der Sozialhilfe eine Reihe von Verbesserungen, die wir im Lande durchführen konnten. So haben wir vor allem bei den Richtsätzen in den letzten Jahren seit 1970 eine ganz

wesentliche Erhöhung durchführen können und damit erreicht, daß die Bezieher der Sozialhilfeunterstützung, und das sind immerhin noch etwa 5000 Menschen in diesem Lande, mit den Beziehern der Mindestpension gleichgestellt werden könnten. Aber eines ist für uns alle, glaube ich, in diesem Zusammenhang doch geradezu schockierend: das ist jenes Problem, das sich bei dieser Untersuchung über die Einkommensverhältnisse in der Steiermark gezeigt hat. Nicht nur, daß wir 130.000 Menschen haben, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 2000,— Schilling beträgt, sondern daß nur 5 Prozent dieser befragten Leute überhaupt gewußt haben, daß es eine Sozialhilfe gibt, die in diesen Bereichen wirksam wäre, wenn sie sie in Anspruch nehmen würden. Da frage ich mich, Herr Abgeordneter Eichinger, Sie haben gesagt, wir sind alle so gut und so tüchtig und Sie sind selbst ein sozialer Ombudsmann. Ich würde mich selbst auch als so etwas bezeichnen, aber wir dringen trotzdem nicht durch. Es zeigt sich, — das ist eine ganz objektive Untersuchung, das richtet sich nicht gegen Sie, daß das ein Faktum ist, ein klares Untersuchungsergebnis, — wir waren bis jetzt nicht in der Lage, dieses Informationsproblem zu bewältigen. Man kann auch sagen, auch in den anderen Bundesländern ist es nicht viel anders, außer in der Bundeshauptstadt Wien. Daher glaube ich, daß wir auf diesem Gebiet Initiativen setzen müssen, daß wir neue Wege suchen müssen, daß wir die Information an jene Menschen heranbringen, die die Sozialhilfe in Anspruch nehmen könnten und auch in Anspruch nehmen sollten.

Bei einer Besprechung mit allen Organisationen der freien Wohlfahrtspflege ohne Unterschied ihrer parteiorientierten sonstigen Haltung, haben sich alle dazu bekannt und dafür ausgesprochen, daß man eine solche Organisation eines Sozialombudsmannes außerhalb der Behörde zur Unterstützung der Hilfesuchenden bauen soll und es ist von niemandem bestritten worden, daß das vielleicht ein Weg sein könnte, mit dem man dieses Problem bewältigen könnte.

Es gibt im Rahmen der Sozialhilfe eine Reihe von spezifischen Aufgaben. Eine der Aufgaben ist auch die Wohnraumbeschaffung für kinderreiche Familien und für Familien, die sich in besonderer Not befinden. Auch hier darf ich Ihnen, meine Damen und Herren des Hohen Landtages, berichten, daß ich den Auftrag des Landtagsausschusses in der Sache Familie Höfler weiterverfolgt habe, aber einen sehr eindeutig abschlägigen Bescheid erhalten habe und ich frage mich, ob das Punktesystem für die Wohnversorgung in der Landeshauptstadt Graz wirklich das einzig richtige ist, wenn man solche Fälle dabei nicht berücksichtigen kann, wie Sie Ihnen allen bekannt sind. Ich glaube jedenfalls, daß wir immer wieder auch außerhalb des gesetzlichen Rahmens durch entsprechende Spontanität und durch eine entsprechende Einsatzbereitschaft dafür sorgen müssen, daß jene Fälle, die eben ganz besonders kraß auftreten, einer besonderen Lösung zugeführt werden.

Eine Aktion im Rahmen der Sozialhilfe ist unsere Altenurlaubsaktion. Wir haben auch in diesem Jahr wiederum 3500 Frauen und Männer auf einen kostenlosen Urlaub in den schönsten Orten der

Steiermark gehabt und es ist erfreulich, daß wie immer, 50 Prozent dieser Urlaubskosten vom Magistrat Graz, beziehungsweise von den Sozialhilfeverbänden der Bezirke übernommen werden. Der entsprechende Ansatz im Budget für das Jahr 1979 würde nicht ausreichen, um im nächsten Jahr wieder dieselbe Anzahl auf Urlaub schicken zu können, aber ich habe schon eingangs gesagt, daß man sich eben bemühen wird müssen, Prioritäten zu setzen, um den besonderen Erfordernissen Rechnung tragen zu können.

Sehr erfolgreich haben wir auch die Pflegeurlaubsaktion abgeschlossen, wo wir jenen Familien, die das ganze Jahr über einen Angehörigen zu Hause behalten und betreuen, für drei Wochen diesen Pflegefall nach Andritz in das Behindertenzentrum abnehmen, und damit den Angehörigen ermöglichen, daß sie drei Wochen Urlaub und Erholung machen können. Diese Aktion müßte in einer geeigneten Form ausgedehnt werden, wenn auch im bescheidenen Umfang, auf unsere Landesaltenpflegeheime und auf die Altenheime im allgemeinen, um gerade hier jenen, die so viel Eigeninitiative und Eigenleistung erbringen, eine Entlastung zu bieten.

Eine Reihe anderer Aktionen, die Urlaubsaktion für die Familie mit behinderten Kindern und so weiter, kennen Sie ja alle schon, auch die sind im heurigen Jahr erfolgreich gelaufen. Zur Frage der freien Wohlfahrt möchte ich nur das wiederholen, was ich immer seit mehr als einem Jahrzehnt in diesem Haus gesagt habe: die freie Wohlfahrt ist eine absolut wichtige Einrichtung für unsere soziale Sicherheit. Ich weiß nicht, von wo manchmal die Auffassung hergenommen wird, daß wir Sozialisten uns nicht zur freien Wohlfahrt bekennen. Wir unterstützen sie in allen unseren Bereichen und das ist keine Frage. Ich möchte sogar sagen, wenn man sich die Arbeit der freien Wohlfahrt anschaut und ich glaube, daß ich einen Überblick über die Tätigkeit der Organisation der freien Wohlfahrtspflege in der Steiermark habe, so muß man sagen, diese Organisationen sind oft die einzigen, die sicherstellen, daß unser sozialer Wohlfahrtsstaat nicht am Freitag um 12.00 Uhr endet und am Montag erst um 8.00 Uhr früh beginnt. (Allgemeiner Beifall.) Das ist eine ganz große Leistung, die wir ohne Zweifel immer wieder anerkennen müssen und die auch die entsprechende Unterstützung verlangt.

Über den Ausbau unserer Pflegeheime wurde schon gesprochen. Ich hoffe, daß in diesem Jahr 1979 das Bauvorhaben Kindberg abgeschlossen wird, daß die erste Bauetappe Mautern mit 155 Betten ebenfalls sozusagen bereit ist, Pfleglinge aufzunehmen, daß wir dieses Haus eröffnen können. Und in Radkersburg haben wir ja einen Zubau mit 100 Betten in Arbeit, der ebenfalls im nächsten Jahr nach der gegebenen Budgetlage entsprechend fortgeführt werden kann. Insgesamt ist es das Ziel, mit diesen Bauvorhaben etwa 1100 Pflegebetten in der Steiermark zu erreichen. Es zeigt sich ja, daß der Druck auf diese Pflegeheimbetten außerordentlich stark ist. Ich darf aber auch noch eine Anmerkung machen. Es wird vielleicht zu wenig beobachtet und gesehen, daß unsere Heime von den Heimleitungen, vom Pflegepersonal, vom Küchenpersonal, vom Wartungspersonal, von all den Mitarbeitern in diesen

Heimen ganz hervorragend geführt werden und daß uns allerorts attestiert wird, daß diese Heime sehr gut geführt werden. (Allgemeiner Beifall.)

Es gibt dann noch eine Reihe weiterer Maßnahmen im Bereich der Sozialhilfe, worauf ich aber nicht mehr näher eingehen möchte. Aber einen Hinweis auf die Behindertenhilfe möchte ich mir noch gerne insofern gestatten, als wir gerade im Bereich der Behindertenhilfe eine nicht unbeachtliche Entwicklung genommen haben. Ausgehend vom ersten Gesetz im Jahre 1964 bis zu unserem jetzigen Rechtszustand haben wir beachtliche Fortschritte erzielt. Ich verweise dabei insbesondere darauf, daß wir die Anspruchsberechtigung bis auf das sechste Jahr herabgedrückt haben und daß das noch lange nicht in ähnlicher Form in anderen Bundesländern so ist. Ich weiß schon, die Forderungen der Zivilinvaliden und des Zivilinvalidenverbandes haben wir auch damit noch nicht erfüllt. Die wollen, daß wir diese Altersgrenze weiter herabsetzen, aber es ist eben das eine Frage der finanziellen Möglichkeiten. In einem Punkt möchte ich aber die Forderungen der Zivilinvaliden im ganz besonderen unterstützen, in der Frage der Beseitigung der architektonischen Barrieren. Hier wird seit Jahren geredet, aber geschehen ist fast nichts. Man kann nur erstaunt sein, wenn man sich Neubauten ansieht, ganz gleich, ob das Gemeinde-, Landes- oder Bundeshochbauten oder ähnliche Bauten sind, es wird einfach darauf vergessen, diese selbstverständliche Forderung unserer Zivilinvaliden zu berücksichtigen und daher richte ich auch heute wieder den Appell an alle die, die mit diesen Baumaßnahmen befaßt sind, darauf zu achten, oder es wird vielleicht noch besser sein, wir werden uns im Steiermärkischen Landtag zu einer entsprechenden gesetzlichen Regelung finden, damit diese Dinge einmal eindeutig normiert werden. (Abg. Loidl und Abg. Dr. Horvatek: „Bravo!“)

Im Bereich der Behindertenhilfe sind viele Organisationen der freien Wohlfahrtspflege tätig. Ich verweise dabei nur auf das Odilien-Blindeninstitut, auf die Lebenshilfe, auf Jugend am Werk, auf unser Haus, das heißt, das Haus der Familie Neumann in Eibiswald, aber auch auf die Tätigkeit im Grazer Hirtenkloster durch die Organisation für behinderte Kinder.

Der Herr Abgeordnete Maitz hat mich in dieser Frage angesprochen und ich möchte dazu nur ein paar kurze Bemerkungen machen: Ich werde die Bemühungen um die weitere Gestaltung des Hirtenklosters für behinderte Kinder sicher nicht erschweren. Die Entwicklung ist eingeleitet, die Entwicklung läuft. Aber nichts wird mich von meiner Auffassung abbringen, daß das keine gute Lösung für unsere behinderten Kinder ist und daß sie auch keine sein wird. Aus vielerlei Gründen, wenn ich das hier ganz kurz anmerken darf. Es ist halt nicht möglich, einen Baukörper aus dem vorigen Jahrhundert heute so zu adaptieren, daß er den modernen Anforderungen und Erfordernissen der Behindertenhilfe gerecht werden kann. Der Verein selbst hat für die Umbaukosten 42 Millionen Schilling angegeben und ich bin neugierig, wenn die Abrechnung vorliegt, wie die Kosten aussehen werden. Es ist bekannt, daß der Umbau eines alten Gebäude-

komplexes immer wieder Schwierigkeiten bringt, die kein Planer im vorhinein einfach feststellen kann, das bringen eben erst dann die Baumaßnahmen an den Tag und so gesehen betrachte ich das mit größter Skepsis. Was die Kosten betrifft in diesem Heim, Herr Abgeordneter Dr. Maitz, sind Sie auch einem Irrtum, glaube ich, aufgesessen. Sie haben mir vorgerechnet, daß das Hirtenkloster einen Verpflegskostensatz von 445,— Schilling hat und die Wiener Neustädter Waldschule von 465,— Schilling. Das sind Ihre Ziffern, die Sie genannt haben. (Abg. Dr. Maitz: „Anforderungen gegenüber dem Land sind das!“) Ja, ja, ich weiß, die stimmen, aber ich wollte mir das bestätigen lassen von Ihnen, ich bin da ganz vorsichtig auf diesem Gebiet, wissen Sie. Da muß ich Ihnen folgendes dazu sagen: Die Waldschule Wiener Neustadt deckt mit diesen Verpflegskosten alles, von den Reinigungskosten, von den Erhaltungskosten bis zu den Personalkosten der Lehrer. Wenn ich jetzt Sie frage, was decken die Verpflegskosten, die hier festgesetzt sind? Jedenfalls meines Wissens nach vorwiegend die Heimkosten und die therapeutischen Betreuungskosten. Die Lehrpersonalkosten stecken in einem ganz anderen Budget und so gesehen ist diese Ziffer auch nicht echt vergleichbar. Was ich noch sagen möchte, daß ist das, Sie haben so in beredten Worten die große Aktivität dieses Vereines herausgestrichen und ich möchte gar nicht in Zweifel ziehen, daß es da viele Idealisten und Aktivisten gibt, die sehr einsatzbereit sind und sehr vieles machen. Eine Untersuchung aber zum Beispiel im Morreschlöbel, wo diese Vereinigung schon einige Zeit tätig war, hat mir gezeigt, daß außer einigen Studenten ehrenamtlich in diesem Haus niemand mitgearbeitet hat. Also muß sich das irgendwie doch nicht sehr deutlich ausgedrückt haben. Aber ich sage Ihnen nochmals abschließend, ich werde hier keine Schwierigkeiten machen, dessen können Sie sicher sein und ich habe, glaube ich, für 15. Dezember das Lokalaugenscheinbewilligungsverfahren und so weiter nach dem Behindertengesetz nun eingeleitet und festgesetzt. Wenn die Kommission feststellt, daß dieses Heim zu bewilligen ist, an meiner Unterschrift wird es dann sicherlich nicht liegen. Im Bereich der Blindenhilfe darf ich nur darauf — (Abg. Dr. Maitz: „Ein ganz kurzer Zusatz: Ein Neubau hätte das Doppelte gekostet!“) Herr Abgeordneter Dr. Maitz, darf ich aber doch dazu die vorsichtige Anmerkung machen, daß die, die festgestellt haben, daß ein Neubau das Doppelte kostet, dieselben sind, die festgestellt haben, daß der Altbau so billig umgebaut werden kann. (Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Preamsberger: „Die sogenannten Experten!“)

Also, wenn das zwei verschiedene gewesen wären, hätte ich das als eine objektivere Betrachtung angesehen. Aber wir wollen uns darüber nicht streiten. Wir werden ja sehen, wir werden ja noch Gelegenheit haben, bei den Abrechnungen über diese Dinge dann zu diskutieren. Ganz allgemein, meine Damen und Herren (Landeshauptmann Doktor Niederl: „Ich möchte dazu sagen:“) Bitte, Herr Landeshauptmann! (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Es soll nicht der Eindruck entstehen, daß öffentliche Institutionen und Private nicht Chancengleichheit haben. Dieser Eindruck soll nicht entstehen!“) Das

ist ja überhaupt nicht gegeben. Die Chancengleichheit zwischen öffentlichen und privaten Institutionen ist ja voll vorhanden, außer Herr Landeshauptmann, Sie sagen mir, daß es da irgendwo anders wäre. Dann würde ich mir das gerne ansehen. Aus meiner Kenntnis ist das gegeben und bedarf da keiner besonderen Unterstreichung.

Bei dem Budget insgesamt möchte ich nur noch anmerken, daß es mich sehr schmerzt, daß dieser Beschluß gefaßt ist, daß im nächsten Jahr keinerlei Neubauten sozusagen in Angriff genommen werden dürfen, sondern nur die bereits begonnenen Bauvorhaben fortgeführt werden können, weil ich glaube, daß die Neuerrichtung einer heilpädagogischen Station, wie sie geplant ist, wie sie vom zuständigen Sozial-Ausschuß, Finanz-Ausschuß und vom Landtag schon seit Jahren beschlossen ist, eine ganz wichtige soziale Einrichtung darstellen würde für unser Land, auf die wir leider in Anbetracht dieser finanziellen Gegebenheiten vorläufig verzichten müssen.

Ich möchte schon zum Schluß kommen meine Damen und Herren, und möchte mir erlauben, nur etwas zu zitieren, was nicht ich geschrieben und nicht ich gesagt habe, aber was ich aus einer Zeitung entnommen habe zu den sozialen Problemen, die sich also jedenfalls in ihrem Titel als unabhängig bezeichnet. Hier steht: „Erst vor kurzem hat der Präsident der Industriellenvereinigung Iglar Kritik an der Übersozialisierung in Österreich geübt und den übermächtigen Einfluß des Staates auf uns alle kritisiert.“ Das mag sicher da und dort zutreffen. Die Armen freilich, die Behinderten und die Gestrauchelten haben oft das Gefühl, daß sich der Staat und die Gemeinschaft um sie zu wenig kümmert. Diesen Satz unterstreiche ich voll und dem stimme ich voll zu. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Wir kommen nunmehr zum zweiten Teil der Gruppe 4, Wohnbauförderung. Zum Wort gemeldet ist Herr Präsident Feldgrill. Ich erteile es ihm.

Abg. Feldgrill: Hoher Landtag, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Erfreulicherweise können im Jahre 1979 für den sozialen Wohnbau rund 2,2 Milliarden Schilling verwendet werden. Erfreulich deshalb, weil diese Gelder der schwer um ihre Existenz ringenden Bauwirtschaft und allen ihren Beschäftigten in erster Linie zugute kommen. Die Bauwirtschaft nimmt in der österreichischen Wirtschaft eine Schlüsselstellung ein und ist mit ihren Bau-, Neben- und Zulieferungsbetrieben eine der Säulen für die Arbeitsplatzsicherung und für die Vollbeschäftigung. Die Steiermark steht im Wohnungsbau an der Spitze aller österreichischen Bundesländer. 1977 wurden laut statistischer Nachrichten 9479 Wohneinheiten fertiggestellt. Das sind auf 1000 Einwohner in der Steiermark 8,2 Wohnungen. Wien und Kärnten hingegen liegen mit 4,7 fertiggestellten Wohnungen nach dieser Statistik bei den österreichischen Bundesländern an letzter Stelle. Dennoch ist der Wohnbau in letzter Zeit immer wieder der öffentlichen Kritik ausgesetzt gewesen, vor allem was den Geschosßbau anlangt.

Ich will zunächst einmal versuchen, aus meiner Sicht als Mitglied des Wohnbauförderungsbeirates Ihnen doch die positiven Aspekte des letzten Jahres im Rahmen der Wohnbauförderung vor Augen zu führen. Im Wohnbauförderungsfonds des Landes war es möglich, auch heuer wieder 2240 Eigenheime in Form von Zinsenzuschüssen und 491 Eigenheime nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968 zu fördern. Insgesamt waren es also bis zum Stichtag 1. November 1978 rund 2800 Eigenheime, was dem langjährigen Durchschnitt entspricht. Daß diese Art der Wohnform in unserem Lande ganz besonders bevorzugt wird, sagen uns nicht nur die Umfrageergebnisse, sondern sagt auch die Tatsache, daß bei der zuständigen Rechtsabteilung derzeit 4216 weitere, unerledigte Anträge aufliegen. Auch dies entspricht dem langjährigen Durchschnitt. Wir sind froh, daß wir den Trend zum Eigenheim noch in diesem Ausmaß unterstützen können. Wir wissen, daß dies bei den heutigen Preisen nur eine Mithilfe sein kann und es ist uns klar, daß eine wesentliche Anhebung des Förderungssatzes notwendig wäre. Trotz der Knappheit auch des Landesbudgets wird ab 1. Jänner 1979 der Förderungssatz bei Eigenheimen angehoben werden können. Die Förderung der Jungfamilie im Rahmen der Hausstandsgründung ist eine steirische Spezialität. Wir sind eines der wenigen Bundesländer in Österreich, die hier eine Hilfestellung bieten. Wie Sie wissen, kann für die erste Hausstandsgründung von Jungfamilien ein Zinsenzuschuß für maximal 50.000 Schilling in Anspruch genommen werden. Waren es im Jahre 1975 805 Fälle, so waren es im Vorjahr bereits 1957 Anträge, die positiv erledigt werden konnten. Diese Zahl ist in den ersten zehn Monaten des heurigen Jahres beinahe schon erreicht worden, nämlich 1788 Anträge. Man sieht hier die von Jahr zu Jahr steigende Inanspruchnahme, so daß die Budgetansätze einfach nicht mehr Schritt halten können. Wir glauben allerdings, daß es eine äußerst wichtige Förderung ist, da die jungen Menschen gerade bei der Hausstandsgründung Unterstützung brauchen.

Neben dem Neubau sind es vor allem die Sanierung des Althauswohnbestandes und die Verbesserung der Wohnungen, auf die erfreulicherweise nun immer mehr Augenmerk gelenkt wird. So konnten mit Hilfe der Landesförderung allein in den ersten zehn Monaten dieses Jahres 2174 Wohnungen instandgesetzt beziehungsweise mit Hilfe des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1590 Wohnungen verbessert werden. Es setzt langsam ein Umdenken ein. Heute ist eine auf den neuzeitlichen Komfort gebrachte Altwohnung im Kernbereich oft schon mehr gefragt als eine neugebaute Wohnung an der Peripherie.

Außerdem wurden im Jahre 1978 eine Reihe bemerkenswerter Initiativen gesetzt:

In erster Linie zu erwähnen sind Änderungen der Durchführungsrichtlinien für die Förderung nach dem Wohnbauförderungsgesetz 1968. Diese Durchführungsrichtlinien wurden erst Mitte des Jahres 1977 neu gefaßt und brachten bekanntlich den außerordentlich notwendigen Standortkatalog. Als Mitglied des Wohnbauförderungsbeirates kann ich nur betonen, daß die Begutachtung wesentlich effizien-

ter geworden und eindeutig eine Wandlung zum Besseren festzustellen ist. Heuer im März wurden diese Richtlinien neuerlich ganz wesentlich erweitert. Es wird nun für alle Bauten, die in Gemeinden errichtet werden, für die noch kein rechtswirksamer Flächenwidmungsplan vorliegt, ein ortsplanerisches Gutachten verlangt. Die Notwendigkeit der Beibringung dieser ortsplanerischen Gutachten, die im Einvernehmen mit dem von der Gemeinde allenfalls bereits bestellten örtlichen Raumplaner zu erstellen sind, ergibt sich daraus, daß dadurch vor Ausarbeitung der Flächenwidmungspläne nicht wiedergutzumachende Fehlentwicklungen zu verhindern sind. Dieses Gutachten muß bei der Einreichung des Förderungsbegehrens bei der Landesregierung bereits vorhanden sein. Die Wohnbauförderung wird hier völlig richtig und notwendig in die Landesentwicklung und Raumplanung eingebaut. Gleichzeitig wurde vorgeschrieben, daß der erforderliche Wärmeschutz bei geförderten Bauten wesentlich erhöht werden muß. Künftig müssen nämlich geförderte Bauten nicht nur der sogenannten Wärmeschutzgruppe 2, sondern zumindest der Wärmeschutzgruppe 3 entsprechen. Es wird sicherlich erforderlich sein, diese Anforderungen an den Wärmeschutz in Zukunft noch mehr zu erhöhen.

Ermittlungen und Erhebungen sowie Beratungen mit maßgeblichen Fachleuten haben ergeben, daß Einsparungen an herkömmlichen Energien in allererster Linie durch Dämmungsmaßnahmen beim Wohnbau möglich sind. Erst in zweiter Linie kann der Einsatz neuer Energiequellen, wie Solarenergie, Wärmepumpen, Nutzung der Abwasser usw. zu einer Entlastung der herkömmlichen Energien führen.

Außerdem wurde festgelegt, daß in Zukunft vor Einreichung des Förderungsbegehrens fast das gesamte Bauvorhaben ausgeschrieben werden muß. Dadurch werden der Wohnbauförderungsbeirat, die Förderungsstelle, der Bauträger und letztlich, was ganz besonders wichtig ist, auch der Wohnungsinhaber von Anfang an einen entsprechenden Kostenüberblick haben können. Ein derart ausgeschrieben Bauvorhaben wird künftig nur mehr auf Grund der von der Landesregierung anzuerkennender Lohn- und Preiserhöhungen während der Bauzeit teurer werden können. Es ist zu hoffen, daß gerade diese Maßnahmen außerordentlich zu begrüßende Auswirkungen auf dem gesamten Bereich der Wohnbauförderung haben werden.

Die Wohnbeihilfenverordnung vom 10. Juli 1978 ist ebenfalls als maßgeblicher Schritt zu erwähnen. Diese Verordnung, die am 1. September 1978 in Kraft getreten ist, bringt eine ganz wesentliche Verbesserung der Wohnbeihilfen insbesondere für die minderbemittelten und kinderreichen Bevölkerungskreise sowie für Jungfamilien. Eine Änderung der Verordnung über Eigenmittlersatzdarlehen ist in Ausarbeitung und steht auf der Tagesordnung der in der nächsten Woche stattfindenden Sitzung des Wohnbauförderungsbeirates. Auch diese Verordnung wird eine Verbesserung für kinderreiche Familien und Jungfamilien bringen. Die Kosten, die für die Subjektförderung, also für Wohnbeihilfen und Eigenmittlersatzdarlehen aufgebracht werden, sind beachtlich. Es ist jedoch klarzustellen, daß

gerade die Subjektförderung der Wohnbauförderung den Begriff „sozial“ verleiht. Ohne Wohnbeihilfen, ohne Eigenmittlersatzdarlehen wären die Wohnungen nur für einen ganz bestimmten und nicht allzugroßen Bevölkerungskreis erschwinglich. Wir aber wollen mit unserer Wohnbauförderungspolitik geförderte Wohnungen allen zugänglich machen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dazu gehören ganz selbstverständlich auch beachtliche Aufwendungen auf dem Gebiete der Subjektförderungen.

Abschließend möchte ich noch auf meine einleitenden Worte zurückkommen, nämlich zur öffentlichen Kritik an den gemeinnützigen Wohnbauträgern. Zunächst darf ich feststellen, daß von den nach dem Krieg in der Steiermark errichteten geförderten Geschoßbauten sicherlich mehr als 90 Prozent von den gemeinnützigen Wohnbauträgern errichtet wurden. Ein Faktum, das man nicht wegleugnen soll. Aber es gibt ebenso keinen Zweifel, daß es auch in diesem Bereich dringend notwendig ist, Reformen durchzuführen. Es ist einfach untragbar, daß manche Bauträger beziehungsweise deren Repräsentanten heute noch immer der Meinung sind, Wohnungswerber seien Bittsteller. Diese Bauträger werden vom hohen Roß heruntersteigen müssen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marczik: „Herunter mit ihnen!“)

Man wird dazu die richtigen Leute am richtigen Platz einsetzen müssen. Es wird auch notwendig sein, daß hier der Bundesgesetzgeber bei der Reform des Gemeinnützigkeitsgesetzes neue Akzente setzt. Es wird aber auch erforderlich sein, daß man auf Landesebene der zuständigen Abteilung, der Rechtsabteilung 14, mehr Techniker und vor allem auch kaufmännisch geschultes Personal zur Verfügung stellt, um dem Wunsch der Öffentlichkeit nach vermehrter Überprüfung der Bauträger nachkommen zu können. Denn die Überprüfung durch die Kontrollabteilung kann naturgemäß nur in Einzelfällen Platz greifen. Dabei möchte ich nur erwähnen, daß ein Bundesland in vergleichbarer Größenordnung, nämlich Oberösterreich, in der Wohnbauförderungsabteilung mehr als doppelt so viele Bedienstete beschäftigt wie die Steiermark. (Beifall bei der ÖVP.) Das sei zugunsten der Rechtsabteilung 14 hier auch einmal positiv erwähnt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich habe mich jahrzehntelang mit diesem Thema befaßt und auch oft im Landtag zum Wohnbau gesprochen. Ich möchte daher abschließend die Hoffnung und die Bitte aussprechen, daß der Wohnbau möglichst aus den parteipolitischen Auseinandersetzungen herausgehalten wird und wir in gemeinsamen Bemühungen allen Menschen in diesem Land, in diesem so wichtigen Lebensbereich, dienen und helfen können. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Loidl.

Abg. Loidl: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist, glaube ich, unbestritten, daß seit Bestehen der Wohnbauförderungsgesetze bundesweit, aber im besonderen auch bei uns, Wohnbauleistungen erbracht wurden, auf die wir ohne weiteres auch

etwas stolz sein können. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Sehr viel sogar!“) Über das System der Finanzierung sowie über die Grundzüge der administrativen Abwicklung besteht im großen und ganzen, möchte ich sagen, auch Einvernehmen. Persönlich bin ich allerdings der Meinung, daß das System der Finanzierung in der gegenwärtigen Form nicht mehr allzu lange aufrechterhalten werden kann, wenn der Wohnbau nicht in einem Ausmaß zu erliegen kommt, das wir alle miteinander nicht wollen; aber das sind sehr, sehr schwierige Probleme, die gelöst werden müssen.

Keine Auffassungsunterschiede, meine Damen und Herren, dürfte es auch in der Feststellung geben, daß der quantitative, insbesondere aber auch der qualitative Wohnungsfehlbestand noch sehr, sehr lange nicht gedeckt sind, das heißt, daß wir weiterhin Wohnbauförderung, wenn möglich in verbesserter Form, betreiben müssen und daß wir weiterhin die Verantwortung dafür tragen, ob und wie dies geschieht. Meine Damen und Herren, zunächst muß ich aber doch auf die besorgniserregende Tatsache hinweisen, daß es im kommenden Budgetjahr keine normale Wohnbautätigkeit geben wird, weil, wie wir wissen, die getätigten Vorgriffe ein sehr großes Ausmaß angenommen haben. Es sind bekanntlich rund zwei Jahresquoten, die eben eingebracht werden müssen. Diese Vorgriffe hat der Rechnungshof als sehr bedenklich bezeichnet. Das wissen wir auch selbst, daß es so ist. Der Rechnungshof meint, daß ein Vorgriff von höchstens einer halben Jahresrate noch vertretbar wäre. Die erzwungene Einschränkung der Wohnbautätigkeit ist nicht nur für die Wohnungssuchenden äußerst schmerzlich, sondern gerade jetzt aus beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Gründen außerordentlich nachteilig. Meine Damen und Herren von der ÖVP, hier müssen Sie der Versuchung widerstehen, daß das eine Schuld der Bundesregierung ist. Die Zweckzuschüsse des Bundes sind ja bekanntlich von Jahr zu Jahr entsprechend dem Steueraufkommen sogar im steigenden Maße eingelaufen. Nach der Finanzierung des Bundes wäre an sich eine kontinuierliche Wohnbautätigkeit möglich gewesen. Wir haben es anders gemacht, alle miteinander, möchte ich sagen. (Präsident Feldgrill: „Gemeinsam gemacht!“ — Abg. Marczik: „So ist das!“) Es herrscht natürlich jetzt auch Übereinstimmung, daß wir mit den Schwierigkeiten, die wir uns selbst geschaffen haben, aus diesen oder jenen Gründen, so gut als möglich zurecht kommen müssen. Dazu gehört halt, daß wir alles tun, um mit den geringeren Mitteln noch sorgfältiger, noch sparsamer, aber auch noch gewissenhafter umzugehen. Es ist schon von meinem Vorredner gesagt worden, daß der Wohnbau bei uns im wesentlichen von Wohnbauvereinigungen durchgeführt wird, denen zu einem sehr großen Teil die Gemeinnützigkeit zuerkannt wurde. Es ist auch gesagt worden, daß bei dem herrschenden System die Wohnungswerber praktisch gezwungen sind, sich einer solchen Wohnbauvereinigung zu bedienen und de facto sind diese Wohnungswerber weder in der Lage, zu beurteilen, ob ihnen tatsächlich alle Vorteile des öffentlichen Wohnbaues zugute kommen und auch der Gemeinnützigkeit, noch können sie das irgendwo beeinflus-

sen. Ich meine daher, daß eine konsequente Wohnbauförderung, das hat, glaube ich, Präsident Feldgrill auch irgendwie angedeutet, die ja nicht der Wohnbauvereinigung, sondern dem Wohnungswerber gewährt wird, nicht mit der Zuteilung der Förderungsmittel an diese Vereinigung abgeschlossen sein sollte. Es müßte bis zur sach-, fach- und auch preisgerechten Übergabe der Wohnung weiter verfolgt und kontrolliert werden. Es müßten Vorsorgen getroffen werden, welche eine Minderung der Vorteile der öffentlichen Wohnbauförderung, aber auch der Gemeinnützigkeit, in welcher Art immer, verhindern. Meine Damen und Herren, wir sind nach wie vor der Meinung, daß eine gemeinnützige Wohnbauvereinigung sozusagen zu treuen Händen öffentliche Förderungsmittel und Gelder, welche die Wohnungswerber direkt oder durch Kredite aufbringen, übernimmt und diese ausschließlich im Interesse und für diese Wohnungswerber verwenden darf. Es sind nach unserer Meinung Wahlkampfspenden an eine politische Partei oder die Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen an eine solche Organisation einfach mit diesen Grundsätzen und auch mit der Gemeinnützigkeit nicht vereinbar. Das muß allgemein gelten, meine Damen und Herren, obwohl ich das, das bestreite ich nicht, in bezug auf die Vorkommnisse bei der GWS sage. Meine Damen und Herren, ich glaube, daß aus den Auseinandersetzungen, die zurückliegen, auch Konsequenzen gezogen werden müssen. Zum Beispiel, daß der öffentlich geförderte Wohnbau ausschließlich gemeinnützigen Wohnbauvereinigungen vorbehalten werden soll. Das ist ja jetzt nicht der Fall. (Präsident Feldgrill: „Nur ein Wort. Du meinst damit die Förderung!“) Geförderte Wohnungen sollen also ausschließlich durch gemeinnützige Wohnbauvereinigungen durchgeführt werden, das schließt aber nicht aus, daß eine solche gemeinnützige Vereinigung auch andere Bauvorhaben übernimmt, bei denen sie durchaus privatwirtschaftlichen Gewinn erzielen, aber auch Verluste erleiden könnte. Dann müßte sie aber dazu verhalten werden, daß das streng getrennt vom geförderten Wohnbau geschieht.

Meine Damen und Herren, da es sich bei solchen Betreuungsbauten, wie sie heißen, vorwiegend um öffentliche Aufträge handelt, wie um Schulen, Bürogebäude und ähnliches, müßten solche Bauvorhaben auch öffentlich ausgeschrieben werden, um sie dann in Konkurrenz zu vergeben. Das ist bisher ja auch nicht immer geschehen. Meine Damen und Herren, ich glaube es ist nötig, daß auch ich sage, daß die erbrachten Leistungen der Wohnbauvereinigungen anerkannt und auch gewürdigt werden und daß wir sie auch weiterhin zur Bewältigung des Wohnbaues als unentbehrlich betrachten. Ob es so viele sein müssen oder nicht, darüber läßt sich streiten. Ein gewisses Unbehagen bei den Wohnungsinhabern und Wohnungswerbern, oder wenn Sie wollen, eine gewisse Voreingenommenheit gegenüber den Wohnbauträgern, das ist ja auch schon gesagt worden vom Präsidenten, ist einfach existent. Dieses Unbehagen ist sicherlich in der vermeintlichen Ohnmacht begründet, dem — wie viele sagen — einfach ausgeliefert zu sein. Es ist vielleicht wirklich interessant, daß das Vertrauen hinsichtlich der bautech-

nischen Abwicklung, welche ja weit über die Zuteilung der Mittel hinausgeht und unter Kontrolle steht, um ein vielfaches größer ist, als das in den Belangen der Finanzierung der Fall ist. Das läßt sich auf den einfachen Nenner bringen: „Das Vertrauen ist gut, Kontrolle aber besser.“

Es wäre also durchaus — so glaube ich — im Interesse aller Beteiligten gelegen, jedes öffentlich geförderte Wohnbauvorhaben nicht nur in technischer, sondern auch in finanzieller Hinsicht unter Kontrolle zu halten. Voraussetzung wäre allerdings, daß eine solche Überwachungs- und Kontrollinstanz von vornherein so konstruiert ist, daß die absolute Überparteilichkeit oder Unparteilichkeit — wie man will — tatsächlich gewährleistet ist. (Präsident Feldgrill: „Durch Beamte gegeben!“) Meine Damen und Herren, es kommt darauf an, wem diese Beamten unterstellt sind. (Präsident Feldgrill: „Das kann man nicht in Frage stellen!“) Das ist eine Frage! Eine Frage, die nicht sehr leicht zu lösen ist, aber wo man sich Vorstellungen machen könnte.

Nebenbei, meine Damen und Herren, könnte eine solche Instanz übrigens auch die termingerechte Abwicklung von Ansuchen von Förderungsmitteln für Einzelsiedler überprüfen und damit immer wieder auftauchende Behauptungen, daß außer sozialen Fällen auch auf Grund politischer Interventionen Vorreihungen vorgenommen werden, entweder entkräften oder — falls sie stimmen — diese abstellen. Das wäre auch eine Aufgabe einer solchen Kontrollinstanz.

Meine Damen und Herren, nochmals, es läßt sich nicht leugnen, daß die Menschen im Zusammenhang mit der Wohnung und dem Erwerb dieser Wohnung ein sehr sehr großes Schutzbedürfnis haben. Und es kann nicht richtig sein, wenn sich diese Menschen auch bei den öffentlich geförderten Wohnbauvorhaben oft Aufklärung, Klarstellung oder sogar ihr Recht durch Interessensgemeinschaften, durch sogenannte Schutz- und Trutzbündnisse erwirken müssen. Die Gewährung von Steuergeldern als Förderungsbeiträge in Milliardenhöhe ist nicht nur eine Verpflichtung, sondern es ist dies auch eine Berechtigung, daß wir uns in Zukunft auf diesem Gebiet etwas weiter nach vorne begeben.

Meine Damen und Herren, ich möchte es auch diesmal nicht versäumen, auf die Größenordnungen hinzuweisen, welche die an sich begrüßenswerten subjektfördernden Maßnahmen bereits erreichen. Sie können sie aus den Ziffern des Budgets ja ersehen. Diese sehr sehr hohen Beträge müssen dem eigentlichen Wohnbau, also dem Bauvolumen entnommen werden. Die Auswirkung ist natürlich, daß weniger gebaut werden kann und die Wohnversorgung in besorgniserregender Weise geringer wird. Und vergessen Sie nicht, meine Damen und Herren, das kann ich nicht oft genug sagen, ich sage das nicht nur im Interesse der Bauarbeiter, die selbstverständlich hier in erster Linie betroffen sind, vergessen Sie nicht, daß eine empfindliche Einschränkung des Wohnbaues nicht nur die Bauarbeiter trifft. Sie können gar nicht so viel Mittelstands- und Gewerbeförderung auf der einen Seite betreiben, um den Rückfall, den eine verminderte Wohnbauförderung und Hochbautätigkeit überhaupt für

unzählige Gewerbebetriebe, über die Baubetriebe hinaus, hervorruft, wieder wettzumachen.

Wie die Dinge liegen, meine Damen und Herren, werden wir im kommenden Jahr einiges verkraften müssen! Das sind die Einbringungsquote auf die Vorgriffe, aber auch die nicht unerheblichen Mehrkosten, welche mit der zu Recht verlangten höheren Wohnqualität zusammenhängen. Etwa der Verzicht auf Hochhäuser, die erhöhten Lärm-, Kälte- und Schallschutzmaßnahmen, die Situierung der Bauten, das Aussuchen der Baugründe nach Wohnqualität und vieles mehr. Es wird also vorerst gewiß weniger sein. Das schließt aber nicht aus, daß in vielen Bereichen, wie ich versucht habe, darzulegen, zumindest manches besser gemacht werden kann und das zumindest, meine Damen und Herren, sollten wir versuchen auch tatsächlich zu tun! (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat Herr Landeshauptmann Dr. Friedrich Niederl.

Landeshauptmann Dr. Niederl: Sehr verehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Seit 14 Jahren habe ich die Ehre, bei diesem Kapitel die Schlußrede zu halten und es waren in den Diskussionen immer viele Meinungen, die vorgebracht wurden, Anträge, die gestellt wurden und die letzten Endes dazu geführt haben, die Verhältnisse für die Wohnungseigentümer zu verbessern und vieles, was vorher ausgeschaut hat, daß es nicht gemacht werden kann, auch durchzusetzen. Aber sicher ist es so, daß Probleme offen sind und daß sie zu bereinigen sind. Ich stimme mit Herrn Abgeordneten Loidl vollkommen überein, daß wir Überlegungen anstellen müssen bezüglich des Finanzierungssystems, um diese Flut von Anträgen, die heute da ist, einfach zu bewältigen. Ja man kann sagen: beispielsweise beim Einfamilienhausbau kann man eine Ordnung insofern gar nicht mehr finden, weil jahrelange Wartezeiten einfach vorhanden sind. Und beim Geschoßbau ist es auch so — ich möchte es unumwunden zugeben —, daß sowohl quantitativ als auch qualitativ ein Wohnungsfehlbestand nach wie vor vorhanden ist. Und hier gibt es keine Auffassungsunterschiede. Ich glaube sicher, daß wir uns treffen können, in der Finanzierungsform Änderungen durchzuführen, die es leichter möglich machen, die vorhandenen Mittel optimal einzusetzen. Und so gilt es ja immer wieder abzuwägen, welche Lösungen im Interesse des sozialen Wohnungsbaues zu finden sind, für den schwer zahlenden Wohnungsbesitzer oder für den Wohnungswerber, so daß er voll und ganz geschützt wird. Und wenn wir heute einen Dank aussprechen, so müssen wir es an jene tun, die mitwirken. An die Mieter und Eigentümer, an die Wohnungswerber, die durch ihre Leistungen diesen gewaltigen Wohnungsbau in unserem Lande erst möglich machen. Und aus der Debatte über den Bereich der Wohnbauförderung, der sich immer in diesen Bahnen bewegt, ist ersichtlich geworden, daß es Probleme gibt. Es gibt da und dort die Probleme mit den Wohnbauträgern. Sie sind einfach vorhanden

und nicht wegzudiskutieren und es gibt die Probleme mit den Kosten und auch mit den Kostensteigerungen, obwohl — das möchte ich sagen — die Wohnbauförderung im Landesbudget für das Jahr 1979 höher dotiert ist als 1978. Es sind nach den letzten Meldungen der Verbindungsstelle der Bundesländer etwa 71 Millionen Schilling mehr, die wir für Wohnbauförderung verwenden können und die Summe bewegt sich um die 2-Milliarden-Grenze. Natürlich ist auf der anderen Seite die Kostensteigerung, die gemessen an 1978 etwa 8 Prozent betragen wird. Wir müssen uns, glaube ich, gemeinsam anstrengen, um diese Probleme, die dadurch entstehen, zu entschärfen und immer wieder an der Verbesserung und Weiterentwicklung der Wohnbauförderung zu arbeiten. Gerade für den sozialen Wohnbau ist das wichtig, das sollen wir nicht übersehen.

Wenn wir uns die Wohnbauträger betrachten, so ist es einmal die Einzelperson beim Einfamilienhausbau. Hier gibt es wenig Komplikationen, weil der einzelne die volle Verantwortung selbst übernimmt, um die Leistungen zu erbringen. Es sind da und dort die Gemeinden, die sich immer wieder mehr zugunsten der gemeinnützigen Bauträger zurückziehen und es sind daher heute vornehmlich die gemeinnützigen Bauvereinigungen und Baugesellschaften, die Träger der Wohnbauförderung in unserem Lande geworden sind. Seit dem Krieg wurde hier viel geleistet. Ich möchte das sehr offen aussprechen und sagen, sonst entsteht der Eindruck, es würde alles schlecht gemacht. Das soll uns sicher nicht daran hindern und das möchte ich ausdrücklich sagen, daß die Kritik der letzten Zeit aufgegriffen wird, daß entschärft wird und abgestellt wird. Ich habe daher im April 1978 die Überprüfung von Wohnbauvereinigungen veranlaßt, wo der Verdacht besteht, daß Unzulänglichkeiten geschehen sind und auf Grund dieses Überprüfungsergebnisses wird es unsere gemeinsame Aufgabe sein, Überlegungen anzustellen, den Ursachen der Kritik nachzugehen und das abzustellen. Meiner Meinung nach ist es natürlich unmöglich, wenn sich wirklich Wohnungseigentümerinitiativen bilden müssen, um vorzusprechen bei allen möglichen Stellen, um zu erreichen, daß eine Wohnbauvereinigung Abrechnungen vorlegt. Diese Menschen haben meine volle Unterstützung, das darf ich Ihnen klipp und klar sagen. (Allgemeiner Beifall.) Meiner Meinung nach ist es deshalb unmöglich, weil, wie es auch der Abgeordnete Loidl ausgedrückt hat und wie es auch Präsident Feldgrill gesagt hat, die Wohnbauvereinigung ja keine übergeordnete Instanz ist, die zu entscheiden hat, sondern ein Dienstleistungsbetrieb, der von den Wohnungseigentümern oder Wohnungsmietern angeheuert wurde, um im Namen dieser Wohnungseigentümer tätig zu sein. Wir sollen das klipp und klar feststellen. Der Antrag, den die Österreichische Volkspartei bei der ersten Landtagssitzung eingebracht hat, hat keinen anderen Zweck, als eine Kommission einzuberufen und diesen Fragenkomplex umfassend zu behandeln und mit Vertretern der im Landtag vertretenen politischen Parteien, Vertretern der Kammern und Interessensvertretungen aller im Wohnbau Tätigen und vor allem auch der Wohnungseigentümer und Wohnungsmieter, sollen jene maßgeblichen Vorschläge erarbeitet werden,

um eine befriedigende Neugestaltung dieses Bereiches durchzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bin auch vollkommen der Meinung des Herrn Abgeordneten Loidl, daß allgemein gelten soll, und zwar für alle, daß Zuwendungen, die dem Wohnungseigentümer zugute kommen sollen, nirgends hin geleistet werden können, von keiner gemeinnützigen Bauvereinigung und in keiner Phase. Das sei auch ausdrücklich festgestellt und es sollen keine Schutz- und Trutzbündnisse notwendig sein, meine sehr verehrten Damen und Herren, um hier etwas offenzulegen. Aber interessant ist, und ich möchte es Ihnen nicht vorenthalten, ich habe vor einiger Zeit, im April 1978, den Auftrag gegeben, die gemeinnützige Bauvereinigung GWS zu prüfen und den Prüfungsverband ausdrücklich ersucht, daß im Interesse einer allgemeinen Befangenheit jene Prüfungsorgane auszuschalten wären, die irgendwie auf andere Weise Honorare bekommen haben, wegen Bilanzerstellungen und anderes mehr. Als ich vor einigen Tagen diesen Prüfungsbericht bekommen habe, war er genau von jener Persönlichkeit gefertigt, die auf der anderen Seite die Bilanzen erstellt hat. Das ist ein Vorgang den ich absolut ablehne, denn, meine sehr geehrten Damen und Herren, im Beamtenrecht gibt es den Passus der Befangenheit und dieser Passus muß auch im Genossenschaftsverband gelten, und wir werden dann den Prüfungsbericht anerkennen und hier zur Diskussion bringen, wenn dem Genüge getan wurde. Ich wollte Ihnen das nur mitteilen, weil wir wirklich alles daransetzen sollten, damit hier Klarheit herrscht und Klarheit geschaffen wird. Nun, die Zahl der Wohnbauvereinigungen ist etwa um die 50. Wir haben uns gemeinsam ja immer wieder bemüht, diese Zahl herabzusetzen, weil es bei weitem genügen würde in unserem Lande, wenn weniger Wohnbauvereinigungen tätig sind. Es ist nur sehr schwer möglich. Eines möchte ich Ihnen auch sagen, daß es fast den Anschein hat, daß kleine Wohnbauvereinigungen oft bedeutend besser arbeiten als Monsterwohnbauvereinigungen (Abg. Marczik: „Sicher!“ — Landesrat Bammer: „Sparsamer!“) und die Übersicht gegeben ist und sie auch sparsamer arbeiten. Daher, glaube ich, sind hier auch solche Überlegungen anzustellen, daß nicht unbedingt die Größe für die Zweckmäßigkeit maßgebend sein soll. Ich glaube, wir sollten eines erreichen, daß die gemeinnützige Wohnungswirtschaft ihrem Namen wieder voll und ganz Ehre macht. Denn wie kommen jene vielen anderen dazu, die das sowieso immer wieder bestens durchführen und voll als Dienstleistungsbetrieb tätig sind, und sie sollen in der Öffentlichkeit zu dem werden, was sie nach ihren Zweckbestimmungen zweifellos sind, Treuhänder des Wohnungswerbers, Dienstleistungsbetrieb für die Wohnungseigentümer und Mieter. Und Wohnungseigentümer sind die Eigentümer des Hauses, das sei einmal klargestellt, obwohl es selbstverständlich sein soll, und niemand anderer. Daher sind wir daran, immer wieder auch die Richtlinien zu ändern, im Einvernehmen mit dem Wohnbauförderungsbeirat um zu erreichen, daß die Kontrollen verbessert werden. So ist es vor einiger Zeit geschehen, daß vor Einleitung des Förderungsbegehrens die Pflicht besteht,

den größten Teil des Bauvorhabens öffentlich auszuschreiben. Das gibt stichhaltige und komplette Kostenübersichten sowohl für das Land, als auch für den Förderungswerber, als auch für die Aufsichtsbehörde und für den Bauträger genauso, wie für den Wohnungskäufer. Und Kostenüberschreitungen, wenn sie da sind, müssen klaggestellt werden bis zum letzten Groschen und hier verbürgen wir uns.

Wir haben eigens in der zuständigen Rechtsabteilung eine Informationsstelle eingerichtet, die sich nicht nur mit Erstauskünften befaßt, sondern alle erdenklichen Informationen gibt, die der Wohnungseigentümer braucht und es ist doch interessant, daß in den ersten zehn Monaten diese Informationsstelle von 10.127 Vorsprechenden frequentiert worden ist. Wir freuen uns darüber sehr und vieles wurde angeregt, was wir abstellen könnten, nur ist natürlich der finanzielle Engpaß vorhanden.

Es sei hier auch unumwunden zugegeben, der Rechnungshof prüft jährlich auch die Wohnbauförderung hier im Lande Steiermark. Es sei auch festgehalten, daß im großen und ganzen hier der Prüfungsbericht positiv ist. Es betrifft oft Einfamilienhausbauten, die in der Quadratmeterzahl besonders in der Landwirtschaft nicht ganz stimmen und es betrifft auch die Vorgriffe, die immer wieder bemängelt werden, und ich darf Ihnen offen sagen, hier ist ein Unterschied zwischen Theorie und Praxis. Denn wir haben mit jenen Mitteln, die uns zur Verfügung stehen, regelnd und helfend einzugreifen, nach bestem Einvernehmen mit allen interessierten Stellen. Besonders dann können wir uns solche Vorgriffe erlauben, wenn die Sicherheit besteht, daß wir es zurückzahlen können und wenn in den kommenden Jahren die Einnahmen für die Wohnbauförderung fließen und das wissen wir, daher haben wir im Interesse des außerordentlichen Bedarfes übereinstimmend Vorgriffe getätigt, um die Wohnungen früher den Wohnungssuchenden zur Verfügung stellen zu können, als es sonst möglich wäre, um sie dann in den kommenden Jahren zurückzahlen und insbesondere auch um der Bauwirtschaft und dem Baunebengewerbe, wenn es notwendig ist, wie vor einigen Jahren, Impulse zu geben. Das ist geschehen genauso wie im Wasserwirtschaftsfonds bei Wasserversorgungsanlagen und Kanalisationsanlagen, wo es selbstverständlich infolge des ungeheuren Bedarfes auch immer wieder Vorgriffe gibt, die später abgedeckt werden. Und es sind andere überraschende Leistungen, die aus Wohnbauförderungsmitteln rückwirkend getätigt werden mußten. Beispielsweise die Einführung der Mehrwertsteuer für den sozialen Wohnbau, dann die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 Prozent, die Baukostensteigerungen, vor Jahren auch die Kreditrestriktionen. Wir mußten mit Förderungsmitteln die Kreditrestriktionen überwinden, damit die Bautätigkeit nicht ins Hintertreffen kommt. Ferner die Einführung des Annuitätenzuschusses, die Mehrkosten in der Qualität, wie sie hier aufgezeigt wurden, und anderes mehr. Nur das allein ist schätzungsweise rückwirkend weit über eine Milliarde Schilling gewesen, die zur Verfügung gestellt werden mußte. Wir haben daher nachträglich wesentliche Nachzahlungen leisten müssen.

Das hat zu einer finanziellen Situation geführt, die nun Einschränkungen notwendig macht. Daher haben wir im Sommer 1977 vereinbart, die Vorgriffe und die Nachzahlungen für die oben erwähnten Maßnahmen abzubauen in einem Zeitraum von ungefähr fünf Jahren. Das ist auch das, was mit der Bauwirtschaft abgesprochen wurde, was erträglich ist und das ist auch das, um das Förderungsvolumen in ertragbaren Grenzen zu halten. Natürlich wird jedes Jahr gefördert, beispielsweise 1978/79 3843 Wohneinheiten.

Nun zur Situation auf dem Geschoßbausektor ist noch zu sagen, daß es derzeit in der Steiermark 753 Baustellen mit insgesamt 12.000 Wohnungen gibt, die in Abwicklung sind. Davon sind bei 4000 Wohneinheiten maximal 25 Prozent des Bautenstandes erreicht, bei weiteren 2000 Wohneinheiten ist der Bautenstand zu 50 Prozent erreicht, für die nächsten zwei Jahre sind weitere 185 Baustellen mit zirka 4000 Wohneinheiten im Förderungsprogramm. Dazu kommen rund 3000 Eigenheime jährlich, 1800 Wohnungsverbesserungsfälle und ungefähr 1000 Althausanierungsfälle. Ich sage das deshalb, weil wir daraus erkennen, daß natürlich die Bautätigkeit weitergeht und daß durch die Vorgriffe nicht weniger Wohnungen gebaut werden, sondern der Bau wurde der Finanzierung vorgezogen, und zwar in einer Weise, wie es einem sorgfältigen Kaufmann auch würdig ist.

Nun eine weitere Möglichkeit, eine größere Effektivität der Wohnbauförderungsmittel zu erlangen, ist natürlich, sie von den vermeidbaren Belastungen zu befreien. Und hier sage ich nach wie vor — das ist auch meine persönliche Meinung — die Befreiung von der Mehrwertsteuer! Für eine soziale Leistung Mehrwertsteuer zu zahlen, das begreife ich nicht ganz, denn 18 Prozent sind Mehrwertsteuer. Auf der einen Seite geben wir Wohnbeihilfe und auf der anderen Seite zahlen wir Mehrwertsteuer und ein großer Teil wird gefördert. Und natürlich ist auch ein Überdenken der Wohnbaufinanzierung notwendig. Hier wird ein wesentlicher Punkt liegen, wo wir — sei es durch die Änderung des Prozentsatzes der Direktförderung — auch durch ein Überdenken in der Form des Annuitätenzuschusses die Möglichkeit eröffnen, besser zu fördern. Nun, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir sollen auch anerkennen, daß wesentliche Erfolge erzielt worden sind. Zehn Jahre gibt es das Wohnbauförderungsgesetz 1968. Ich war selbst bei der Erstellung seinerzeit in den Jahren 1966/67 dabei, und man kann eines sagen, bis heute ist dieses Gesetz in den wesentlichen Zügen in Geltung und es hat eines gebracht, was wir nicht vergessen sollen, das Umwandeln der Förderung der Wohnung zum Wohnungseigentümer, je nach seinen sozialen Verhältnissen. Das ist eine Großtat, die wir heute noch würdigen. Und es ist ein Weiteres hervorzuheben. Es ist die Zusammenlegung der Fonds gewesen: des Wohnhauswiederaufbaufonds, des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und der Wohnbauförderung 1954; damit sind für alle die gleichen Voraussetzungen gegeben. Es ist die Übergabe der Förderung an die Bundesländer in der Erkenntnis, daß von den Ländern viel eher erkannt werden kann, wo eben die Förderung notwendig ist. Und es ist —

es sei noch einmal gesagt, die sogenannte Subjektförderung durch das Eigenmittellersatzdarlehen und durch die Wohnbeihilfe. Es ist das ein System, das heute aus der Wohnbauförderung gar nicht mehr wegzudenken ist. Auch die Ziffern können sich sehen lassen. In den letzten zehn Jahren waren es immerhin 10 Milliarden Schilling Förderungsdarlehen, die zur Verfügung gestellt wurden, sowohl dem Wohnungseigentümer, dem Wohnungsmieter als auch der gesamten Wirtschaft. Es sind zirka 35.000 Wohneinheiten, die außer dem Landesfonds gefördert wurden; wenn man bedenkt, daß die Städte Kapfenberg, Bruck an der Mur und Leoben ungefähr 30.000 Haushalte haben, so kann man sich vorstellen, was hier geleistet wurde. Daneben ist es der Landesfonds, in dem ungefähr 3000 Wohneinheiten zusätzlich jährlich gefördert werden. Und wenn ich die Ziffer aufteile, so sind es für die Landeshauptstadt Graz 4,1 Milliarden Schilling, für Leoben 1,2 Milliarden Schilling, für Liezen 633 Millionen Schilling, für Bruck an der Mur 562 Millionen Schilling, für Mürzzuschlag 479 Millionen Schilling, für Judenburg 467 Millionen Schilling, für Graz-Umgebung 456 Millionen Schilling, um die größten Ziffern herauszunehmen. Die Mittel wurden in den Ballungszentren dort verwendet, wo der größte Wohnungsbedarf war. Daneben in den anderen Regionen unter besonderer Berücksichtigung des Einfamilienhausbaues. Um objektiv feststellen zu können, wo in den einzelnen Regionen quantitativ und qualitativ der größte Fehlbestand ist, hat die Landesregierung beschlossen, eine Wohnungsstudie in Auftrag zu geben. Daneben ist es die Jungfamilienförderung mit 1788 Begehren im vorigen Jahr, mit einer Darlehenssumme von über 89 Millionen Schilling. Für das Eigenmittellersatzdarlehen waren es im Jahre 1978 74 Millionen Schilling und 1123 Begehren, für die Wohnbeihilfe 7628 Begehren mit fast 50 Millionen Schilling und für die Wohnungsverbesserung 1590 Begehren mit einer Darlehenssumme von 168 Millionen Schilling, für die Althausinstandsetzung 899 Begehren mit 104 Millionen Schilling.

Ich sage Ihnen die Ziffern auch deshalb, weil wir erkennen können, daß hier immer wieder vieles getan wird. Nun, wir wollen die Wohnbauförderung einsetzen für den sozialen Wohnungsbau. Wir wollen in guter Zusammenarbeit auch mitwirken, daß dem Wohnungswerber erleichtert die Möglichkeit geboten wird, eine Wohnung zu erwerben. Wir wollen in guter Zusammenarbeit mitwirken, damit der Wohnungswerber aber auch der Wohnungseigentümer und der Wohnungsmieter voll und ganz geschützt sind. Ich bitte Sie sehr, meine sehr geehrten Damen und Herren, in der künftigen Kommission alles daran zu setzen, damit dieser Schutz voll und ganz gewährt ist, daß Mängel, die vorhanden sind, abgestellt werden, daß insbesondere Auswüchse, die da und dort zu finden sind, mit aller Kraft beseitigt werden. Und wenn uns das weiter gelingt, wird die Wohnbauförderung jenen Zweck erfüllen, der ihr zukommt. Neben der Arbeitsplatzsicherung, neben der Gesundheit, neben der Versorgung der Menschen mit dem täglichen Bedarf, neben der Möglichkeit der Freizeitgestaltung soll die Wohnbauförderung so eingesetzt sein, daß sie als wichtige

Maßnahme gelten kann, damit schöne Wohnungen zum Frieden und Wohlstand unserer Menschen geschaffen werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Schlußwort hat der Herr Berichterstatter.

Abg. Erhart: Ich verzichte auf das Schlußwort und wiederhole meinen eingangs gestellten Antrag auf Annahme der Gruppe 4.

Zweiter Präsident Gross: Wer mit den Ansätzen und Posten der Gruppe 4 einverstanden ist, möge zum Zeichen der Zustimmung die Hand erheben.

Danke, somit ist die Gruppe 4 angenommen.

Gruppe 5: Gesundheit

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Harald Laurich. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Laurich: Herr Präsident, Hohes Haus!

Die Gruppe 5, Gesundheit, umfaßt in den Abschnitten 51 bis 58 mit den dazugehörigen Unterabschnitten die Ansätze für den Gesundheitsdienst, die Familienberatung, den Umweltschutz, die Müllbeseitigung, die Rettungs- und Warndienste, die Ausbildung im Gesundheitsdienst, die Krankenpflegefachdienste, die Krankenanstalten, Heil- und Kurorte sowie die Veterinärmedizin. Der Finanzausschuß hat die ausgewiesenen Ansätze eingehend beraten, und ich stelle daher den Antrag, die Einnahmen mit S 2.471.533.000,— Schilling und die Ausgaben mit 3.041.399.000,— Schilling zu genehmigen.

Herr Vorsitzender, ich habe meinen Antrag gestellt.

Zweiter Präsident Gross: Meine Damen und Herren! Wir eröffnen die Diskussion. Zu Worte gemeldet ist Frau Abgeordnete Jamnegg, ich erteile es ihr.

Abg. Jamnegg: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Die Beschlußfassung über die Budgetansätze der Gruppe 5, insbesondere auch der Ansätze für unsere Landeskrankenanstalten sollte, glaube ich, auch ein Anlaß sein, über notwendige Reformen und neue Vorhaben für den Spitalsbereich, mit welchen sich der Landtag zu beschäftigen haben wird und die nun in Angriff genommen werden müssen, zu sprechen.

Da ist zunächst einmal, meine Damen und Herren, die Novelle zum Krankenanstaltengesetz und, ich glaube Herr Landesrat, es besteht Übereinstimmung darüber, daß der Entwurf der Krankenanstaltengesetznovelle sehr rasch wieder in den Landtag eingebracht, behandelt und auch bald beschlossen werden soll. Die OVP-Fraktion ist jedenfalls bereit, sofort nach der Wiedereinbringung und Zuweisung an den zuständigen Ausschuß die Parteienverhandlungen darüber zu führen. Wir sind auch der Meinung, daß auch die Frage eines selbständigen Wirtschaftskörpers für unsere Krankenanstalten disku-

tiert und bald schon einer gesetzlichen Regelung zugeführt werden soll.

Wir halten diese Reform für wichtig, denn wir glauben, es kann auf die Dauer gesehen, sicher nicht die Aufgabe der Hoheitsverwaltung sein, einen so großen Wirtschaftskörper, wie ihn die Landeskrankenanstalten darstellen, selbst zu führen. Heute wird ja ganz allgemein anerkannt, und ich verweise hier auf Gespräche in anderen Bundesländern, daß auch für die Krankenanstalten wirtschaftliche Überlegungen eine große und vor allem eine zunehmende Rolle spielen. Beispiele aus dem Ausland, insbesondere aus der Bundesrepublik Deutschland, zeigen, daß privatwirtschaftlich geführte Spitäler durch den Einsatz eines entsprechenden Managements, und zwar ohne Qualitätsverlust für den Patienten, Millionenbeträge einsparen. Unsere Vorstellungen gehen nun dahin, daß durch die Errichtung eines selbständigen Wirtschaftskörpers, in dem alle steirischen Landeskrankenanstalten zusammengefaßt sind, die Agenden der privatwirtschaftlichen Verwaltung der Landeskrankenanstalten von den behördlichen Aufsichtsagenden getrennt werden sollten. Wir glauben, daß die wirtschaftlichen Interessen unserer Krankenanstalten bei einer solchen Trennung wesentlich besser gewahrt werden und die wirtschaftliche Führung unserer Spitäler nach den Erkenntnissen der modernen Betriebsführung und eines zeitgemäßen Managements in einem höheren Maße als bisher sichergestellt werden können. Alle Anzeichen sprechen dafür, meine Damen und Herren, daß auch in unseren Krankenanstalten, und zwar ohne Substanzverlust in der medizinischen Versorgung und Betreuung der Patienten, durch ein von der Administration losgelöstes Management, wirtschaftlicher vorgegangen werden könnte. Das zeigt sich ja schon an den Einsparungen, die in diesem Jahr sicher in Zusammenarbeit, aber vornehmlich durch die Initiativen der neuen Direktion im Landeskrankenhaus Graz, trotz der heute noch bestehenden einengenden Gegebenheiten erreicht werden konnten. Ich glaube daher, daß wir unmittelbar nach der Verabschiedung der Krankenanstaltengesetznovelle als weiteren Schwerpunkt zu einer umfassenden Spitalsreform in der Steiermark ein Gesetz zur Zusammenfassung aller steirischen Landes-spitäler in einen selbständigen Wirtschaftskörper verhandeln und nach Möglichkeit realisieren sollten.

Als weiteres wichtiges Erfordernis sehen wir auch, und ich bitte, das ist ein Dauerbrenner, Herr Landesrat, die Vorlage eines Spitalsplanes für die Steiermark, der auch die Versorgung der Langzeitkranken mit einbeziehen sollte, wie auch eine Konzeption für die Umschichtung von Betten, um die Bettenanzahl in unseren steirischen Krankenanstalten nicht noch weiter ansteigen zu lassen. Es ist bekannt, daß die Steiermark hier seit Jahren mit Abstand die Spitze hält, und zwar im innerösterreichischen Vergleich, wie auch im internationalen Vergleich. Laut Herrn Landesrat Dr. Klauser ist nun eine weitere Aufstockung erfolgt. Allein von 1977 auf 1978 wurden die Planbetten um 527 vermehrt. Hier muß es zu Umschichtungen kommen, weil ja die Folgekosten dieser Vermehrung nicht außer Betracht bleiben können und ein Bedarf für eine generelle zahlenmäßige Ausweitung ja auch nicht besteht, zumal

auch die Auslastung in unseren Spitälern sehr unterschiedlich ist.

Miteinzubeziehen wären hier auch Überlegungen, wie man die Spitäler entlasten könnte. Mit der Einführung der Hauskrankenpflege, die jetzt ange laufen ist, à la long gesehen, wird es zweifellos zu einer solchen Entlastung kommen können. Ernsthaft zu prüfen wäre auch die schon diskutierte Frage der Errichtung eines Patientenhotels am Landeskrankenhaus Graz, und zwar nach Schweizer Muster. Auch hier könnte eine Entlastung der Akutbetten erfolgen, ein Projekt jedenfalls, das im Spitalsplan und im Zusammenhang mit Bettenumschichtungen mit zu berücksichtigen wäre.

Das Krankenanstaltengesetz, meine Damen und Herren, und die Spitalsreform wird den Landtag in der nächsten Zeit sehr stark beschäftigen, und ich möchte hoffen, daß wir in einer sachlichen Atmosphäre gemeinsam diese schwierigen Fragen einer guten Lösung zuführen können. Nun, meine Damen und Herren, möchte ich im Zusammenhang mit der kommenden Krankenanstaltengesetznovelle über einige grundsätzliche Fragen, die man bisher auch als heiße Eisen bezeichnet hat, aber wo doch einige klärende Worte auch anläßlich einer solchen Budgetdebatte mir erforderlich scheinen, etwas sagen. Es ist unbestritten, daß in unseren Spitälern von den Ärzten und vom Pflegepersonal große Leistungen erbracht werden. Gleichzeitig aber, meine Damen und Herren, läßt sich nicht leugnen, daß in diesem großen Bereich bestimmte Strukturen veraltet sind und nach den Erkenntnissen unserer Zeit als überholt angesehen werden müssen. Strukturen, die sowohl den heutigen humanitären, als auch ökonomischen Erfordernissen, wie auch den Grundsätzen der Partizipation nicht mehr gerecht werden und daher dringend reformbedürftig sind. Das zeigt sich deutlich an der Größenordnung verschiedener Kliniken und Abteilungen, die die international gültigen Normen weit überschreiten und sich zu Monsterbereichen entwickelt haben, die sowohl von außen als auch von innen nur mehr schwer überschaubar sind. Darunter leiden natürlich in erster Linie die Patienten. Von mehr Menschlichkeit im Krankenhaus nur zu reden, meine Damen und Herren, ist sicher zuwenig. Es müssen auch Maßnahmen gesetzt werden, um diese auch dort, wo sie sich auf Grund der bestehenden Strukturen kaum oder nur schwer entwickeln kann, zu erreichen. Und die Erfahrungen zeigen, daß die Menschlichkeit und die Humanität im Krankenhaus sich dort am besten entwickeln wo die Einheiten überschaubar sind. Daher wird es erforderlich sein, zu große Fachabteilungen beziehungsweise Kliniken, und wir meinen damit alles, was etwa über 150 Betten hinausgeht, in Departements, das heißt, in kleinere Verantwortungsbereiche zu unterteilen, im Interesse der besseren Überschaubarkeit und auch nach den Notwendigkeiten der Spezialisierung. Und hiefür, meine Damen und Herren, muß im Landeskrankenanstaltengesetz eine entsprechende Vorsorge getroffen werden. In Graz gibt es ja seit dem Jahre 1971 Departementkliniken. Aber nicht alle Kliniken mit großer Bettenanzahl haben die Auflage, etwa die Medizinische Fakultät, diese in Departementkliniken umzuwandeln, bis heute erfüllt. Auch die

Stellung der Departementleiter, die in ihrem Wirkungsbereich de facto völlig selbständig arbeiten, ist bis heute nicht ausreichend definiert. Zwar hat der Bund den Departementleitern an den Kliniken soweit es sich um Extraordinarii, das heißt, außerordentliche Professoren handelt, die volle Selbständigkeit in Forschung und Lehre wie auch in der Krankenbehandlung dekretiert. Auf Landesebene fehlt bis heute eine klare Definition über die Stellung der Departementleiter. Im Krankenanstaltengesetz muß daher für die Departements als einzelne Verantwortungsbereiche innerhalb einer Klinik und für die Departementleiter selbst, für deren Rechte und Pflichten eine eindeutige Definition sichergestellt werden, wobei meiner Meinung nach davon auszugehen sein wird, daß den Departementleitern unter Wahrung der vollen Koordination innerhalb der Klinik, der jeweils der Vorstand vorsteht, die Selbständigkeit auch de jure zuerkannt wird. Die Klinikvorstände, meine Damen und Herren, sind durch Landesverträge als Primarii vom Land abgesichert. Um nun auch die Stellung der Departementleiter entsprechend abzusichern und sie, wie ein Vorfall aus der jüngsten Zeit erst klagemacht hat, vor willkürlichen Absetzungen zu schützen, werden auch für diese eigene Verträge mit dem Land erforderlich sein.

Und nun komme ich zu der Frage, die die Öffentlichkeit immer wieder bewegt, das ist die Frage der besonderen Gebühren. Klarstellen möchte ich, daß diese zwar nicht aus Steuermitteln, wie vielfach irrtümlich angenommen wird, sondern von den privat versicherten Patienten der 1. und 2. Spitalsklasse aufgebracht werden. Rund 45 Prozent davon erhält das Land als Spitalserhalter, 55 Prozent verbleiben als Ärztehonorar, deren Aufteilung allerdings vor allem Gegenstand der Kritik ist. Ein Klinikvorstand hat mir einmal gesagt, ich kann ja nichts dafür, daß ich soviel verdiene, daran ist das System schuld und die Entwicklung der Gebühren. (Abg. Brandl: „Das System ist schuld!“ — Landesrat Gruber: „Haben Sie ihn nicht gleich bedauert?“) Meine Damen und Herren, ich möchte dem beipflichten, denn das stimmt! Hier ist das System der Aufteilung der besonderen Gebühren die Ursache allen Übels. Ein System, nach dem einzelne Klinikvorstände und Primarii monatlich Summen erreichen — sie wurden ja in den Zeitungen immer wieder einmal im einzelnen veröffentlicht —, die es in dieser Relation in keinem anderen Bereich gibt und wofür die Öffentlichkeit begreiflicherweise wenig Verständnis aufbringt. Ohne hier große Leistungen schmälern zu wollen, muß doch gesagt werden, daß die Honorierung einer Leistung, auch einer außergewöhnlichen Leistung, sich daran zu orientieren hat, bis zu welchem Ausmaß ein einzelner überhaupt Leistung erbringen kann. Und hier stimmen die Relationen sicher nicht mehr, weder im Vergleich zu anderen Bereichen mit Höchsteinkommensbeziehern, noch im Vergleich zu den Leistungen anderer im unmittelbaren eigenen Bereich. Meine Damen und Herren, Monatseinkommen von 200.000,— Schilling, 300.000,— Schilling, 400.000,— Schilling, 500.000,— Schilling, ja im Extremfall bis zu einer Million Schil-

ling und wahrscheinlich bald darüber, denen bei ebenfalls hoher Leistung und ärztlicher Eigenverantwortung im Spitalsbereich Einkommen aus den Gebühren von 10.000,— Schilling, 15.000,— Schilling und 20.000,— Schilling, um nur einige Summen zu nennen, gegenüberstehen und das trifft jedenfalls auf Departementleiter zu, die in ihrem eigenen Spezialgebiet ebenfalls internationales Ansehen haben, machen deutlich, daß das System der Aufteilung der Ärztehonore nicht in Ordnung ist, daß da etwas nicht mehr stimmt und daß es im Rahmen der Krankenanstaltengesetznovelle hier zu Neuregelungen im Sinne einer gerechteren und vertretbareren Aufteilung der Arzthonore zwischen den Klinikvorständen, Primarii und Departementleitern und den Assistenzärzten beziehungsweise beihilfeleistenden Ärzten kommen muß. Die Regelung der Departementfrage und die der besonderen Gebühren wird daher sicher Schwerpunkt der Krankenanstaltengesetznovelle sein, neben einer Reihe anderer wichtiger Neuregelungen für den Spitalsbereich, über die wir ja zu gegebener Zeit hier in diesem Hohen Haus sprechen werden.

Ich hoffe, meine Damen und Herren, daß wir im gemeinsamen Bemühen diese wichtige Gesetzesnovelle bald zu beschließen haben werden und auch die anderen großen Reformen in unseren Spitälern, die mehr Menschlichkeit, mehr Wirtschaftlichkeit und die optimale medizinische Versorgung sicherstellen, im kommenden Jahr in Fluß bringen werden. (Allgemeiner starker Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Brandl. Ich erteile es ihm.

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Umweltschutz ist ein weltweites Problem. Er hat natürlich auch im Land Steiermark seine grundsätzliche und entscheidende Bedeutung und findet auch jeweils im Landesvoranschlag seinen Niederschlag. Beim Umweltschutz geht es um viele Detailbereiche. Es ist der Landschaftsschutz ein eigenes Kapitel für sich. Die Luftreinhaltung und die Lärmbekämpfung, es sind die Gewässerreinigung und die Abwasserbeseitigung, die uns von Jahr zu Jahr mehr Sorgen bereiten und die enorme öffentliche Mittel brauchen. Und es ist letzten Endes auch die Müllbeseitigung, bei der wir für unser Bundesland sagen können, daß wir auf dem Wege einer Besserung sind, daß wir auf dem Wege sinnvoller Regelungen sind. Aber bei all diesen Problemen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist überall der Zusammenhang mit dem technischen Fortschritt festzustellen. Es sind die Probleme, die Auswirkungen aus dem Wirtschaftswachstum, die sehr eng verbunden sind mit den Umweltproblemen und es ist wiederholt im Hohen Hause ausgesprochen worden, daß ein Unbehagen bei vielen Mitbürgern besteht. Der Abgeordnete Schilcher hat gestern darüber sehr ausführlich gesprochen. Es besteht die grundsätzliche Schwierigkeit, daß die Menschen verständlicherweise einerseits eine heile Umwelt verlangen und andererseits natürlich auch ein bequemes Leben haben wollen und aus dem technischen Fortschritt und aus dem Wirtschaftswachstum eben

verschiedene Probleme entstehen, die unsere Umwelt belasten. Und es ist wiederum auch die entscheidende Frage, wie das Umweltbewußtsein der Menschen im allgemeinen ist. Ich glaube, nun einmal sagen zu können, daß es zuwenig ist, gegen eine notwendige Maßnahme zu sein. Es ist viel wichtiger und viel entscheidender, im jeweils gegebenen Fall die entsprechend richtige Lösung zu finden, und ich glaube auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, daß wir hier sagen können, daß in den letzten Jahren sehr viel in allen Bereichen des Umweltschutzes in unserem Land Steiermark, aber auch insgesamt in Österreich geschehen ist. Es sind enorme Bundes- und Landesmittel aufgewendet worden und auch die Gemeinden haben sich nach allen ihren Kräften bemüht, eine Verbesserung verschiedener Zustände herbeizuführen und hier darf ich sagen, gerade in den Gemeinden ist der Schwerpunkt der Auseinandersetzungen festzustellen. Hier geht es in der Regel um die entscheidende Frage, ob eine Abwasseranlage gebaut werden soll, ob sich mehrere Gemeinden zusammenfinden sollen um eine regionale Müllbeseitigungsanlage zu errichten. Verschiedene Probleme, die innerhalb der Gemeinde diskutiert werden müssen und wo das Verständnis der Gemeindebürger gesucht werden muß. Ein Verständnis der Bevölkerung, das erstens finanziell tragbare Lösungen findet und zweitens, daß auch Finanzierungsformen erarbeitet werden müssen, die letzten Endes auch noch von den Gemeinden verkraftet werden können. Ich habe schon einmal in diesem Hohen Hause gesagt, daß wir immer wieder das Problem bei diesen Maßnahmen haben, daß es halt noch viele Mitbürger gibt, die sich Lösungen nach dem Florianiprinzip vorstellen: „Verschone mein Haus und zünde das andere dafür an.“ Eine Abwasserbeseitigung ja, aber die Kläranlage kann nicht hier sein, sondern die muß irgendwo anders sein. Eine Müllbeseitigung ja, aber nicht in diesem Bereich, sondern in einem anderen Bereich und das glaube ich, meine Damen und Herren, das sind nun einmal die Schwierigkeiten. Umweltschutz kostet Geld, kostet sogar sehr viel Geld, und wir haben letzten Endes in den Gemeinden diese Kosten zu verkraften, und wir müssen dafür sorgen, daß wir auch kostendeckende Gebühren hereinbekommen.

Ich möchte ein Problem herausgreifen, und zwar die Müllbeseitigung. Ich glaube, wir können hier feststellen nach einiger Zeit der Erfahrung, daß sich das Steiermärkische Abfallbeseitigungsgesetz absolut bewährt hat. Ein neues, modernes Gesetz, das die Möglichkeit gibt, in erster Linie die Müllbeseitigung überregional zu sehen und es hat sich auch in der Zwischenzeit herausgestellt, daß diese überregionalen Lösungen der Müllbeseitigung die sinnvollsten Lösungen für unser Bundesland sind, und daß auch die Unterstützung des Landes bei diesen überregionalen Lösungen absolut aner kennenswert ist. Im Voranschlag 1979 sind an Beiträgen an die Gemeinden für die Errichtung von Müllbeseitigungsanlagen 8 Millionen Schilling vorgesehen.

Wenn ich gegenüberstelle, im Jahre 1978, also im heurigen Jahr, waren es im Voranschlag lediglich 1,750.000,— Schilling. Es sind mehrere regionale

Müllbeseitigungsanlagen in Planung und im Bau: Mürzzuschlag, Bruck, Voitsberg, Feldbach-Fürstentfeld zusammen, Murau und Frohnleiten. Damit wird schon ein wesentlicher Teil von dem Plan erfüllt, den sich das Land Steiermark in der Müllbeseitigung selbst gestellt hat. Es ist sehr erfreulich, daß auch bezüglich der Förderungsmittel hier nun ein Schlüssel gefunden wurde, der auch für die Gemeinden, auch dann, wenn sie sich in Verbänden zusammenschließen, einigermaßen tragbar ist, und zwar leistet das Land Steiermark 50 Prozent an Förderungsmitteln, 30 Prozent an Beihilfe und 20 Prozent an Darlehen. Erstmals im Budget ist auch ein Posten für die Beseitigung von Autowracks vorgesehen. Wir haben schon einige Diskussionen hier im Landtag über dieses Problem gehabt. Es scheint nun doch so zu sein, daß wir diese Frage in den Griff bekommen und zur Bewältigung dieses Problems sind erstmals 1,5 Millionen Schilling im Landesvoranschlag vorgesehen. Ebenfalls ein neuer Ansatz, die Beseitigung von Altglas. Hier besteht die Möglichkeit, daß die Gemeinden Verträge mit der Österreichischen Produktionsförderungsgesellschaft abschließen, und daß das Land Steiermark lediglich eine Ausfallhaftung übernimmt. Also mir scheint hier eine sehr sinnvolle Wiederverwertung eines wichtigen Rohstoffes in Gang zu kommen. Mit ein kleiner Beitrag unserer sogenannten Wegwerfgesellschaft, hier dieser Entwicklung etwas entgegenzuwirken. Abschließend, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich an den Landtag, vor allem an die Landesregierung und an die zuständigen Beamten in der Landesregierung das Ersuchen stellen, daß wir gemeinsam alle Anstrengungen unterstützen, verbesserte Umweltbedingungen für die Menschen unseres Landes zu schaffen. Dankeschön! (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lackner. Ich erteile es ihm.

Abg. Lackner: Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Der Herr Generalredner, Kollege Dr. Štepančič, hat gestern erwähnt, beziehungsweise aufgezeigt, was die Menschheit in der letzten Zeit alles erreicht hat und was sie alles zu tun imstande ist. Er sagte unter anderem: „Wir haben den Mond erreicht, wir beherrschen die Stratosphäre, wir können Organe verpflanzen und ähnliches mehr — aber eines, was eigentlich viel leichter wäre, gelingt uns scheinbar nicht, unseren Lebensraum, der uns beheimatet, sauber zu halten. Im Gegenteil, wir betreiben Raubbau auf diesem Gebiete und sind dabei, diese Natur ununterbrochen zu verschandeln.“

Aus diesen Überlegungen heraus haben sich unsere Naturschützer bemüht, gesunde Naturräume als Nationalpark zu erhalten, damit wenigstens ein Teil unserer Heimat unberührt und unbeeinflusst bleibt.

Die Bundesländer Salzburg, Kärnten und Tirol haben 1971 einen Beschluß gefaßt, einen Nationalpark Hohe Tauern zu errichten. Das Kind ist damals wohl gezeugt, aber nie geboren worden (Landesrat

Bammer: „Dauerschwangerschaft!“), weil das Vorhaben an verschiedenen großen Schwierigkeiten gescheitert ist.

Im Jahre 1974 hat der Obmann der Österreichischen Gesellschaft für Natur- und Umweltschutz, Landeshauptmannstellvertreter Dr. Herbert Moritz aus Salzburg dem Poltzmann-Institut den Auftrag gegeben, ein Nationalparkprojekt „Niedere Tauern“ auszuarbeiten und es wurde dieses am 12. Oktober 1977 der Rechtsabteilung 6 beim Amt der Steiermärkischen Landesregierung streng vertraulich übergeben, was mir allerdings unverständlich ist und was sicherlich einen Grund gehabt hat. Darüber wurde auch ein Bildband herausgebracht, der hierorts vielleicht hinlänglich bekannt ist. In diesem Bildband spiegelt sich wirklich die Schönheit dieses Fleckchens unserer Heimat wieder. Unverständlich ist nur, daß von diesem Institut beziehungsweise der Gesellschaft für Umweltschutz auch die Empfehlung herangetragen wurde, den § 14 Abs. 3 und 4 unseres Naturschutzgesetzes aus 1976 zu novellieren, weil in diesem Paragraph wie es wörtlich heißt, sich erhebliche verfahrensrechtliche Schwierigkeiten bei der Gründung eines Nationalparks mit den betroffenen Grundbesitzern ergeben würden.

Bei aller positiven Einstellung zum Naturschutz wird es ja jetzt ein bißchen kritisch und wir müssen leise treten und erst klarstellen, wer die Grundbesitzer dieser betroffenen Gebiete sind. Ich weiß, daß es die Bauern sind, die seit Jahrhunderten mit bescheidenem Lohn erfolgreich zur Ernährung unserer Bevölkerung beigetragen haben, die jahrhundertlang diesen Boden nicht nur bebaut, sondern auch bearbeitet und bewahrt haben. Ich glaube, daß diese Bauern wohl auch ein Anrecht haben, daß man ihnen vor Beschlußfassung dieses Gesetzes sagt, worum es geht.

Das von uns beschlossene Naturschutzgesetz wahrt ohnedies die Rechte der Grundbesitzer, und ich sehe nicht ein, warum dieses zum Nachteil der Grundbesitzer novelliert werden soll. Zumindest sollen diesbezüglich zuerst die betroffenen Grundbesitzer entsprechend aufgeklärt werden. Unsere Bergbauern haben schon Sorgen genug, und es ist nicht notwendig, daß man ihnen neuerlich Sorgen auferlegt.

In dieser Vorgangsweise birgt sich die Gefahr, daß es unseren Bergbauern einmal zuviel wird, sie das Werkzeug hinlegen und dann löst sich das Problem Naturschutz von selbst, weil aus diesem Naturland ein Un- und Odland wird. Wir können und dürfen auf eine zeitgemäße Bewirtschaftung, auch unserer Berglandschaften, wie auf die Forstwirtschaft nicht verzichten. Die Zeiten, in denen der Holzknecht mit der Kraxn sein Werkzeug und seine Lebensmittel stundenlang an seinen Arbeitsplatz, zum Holzschlag, getragen hat und dort oft eine ganze Woche ein sehr menschenunwürdiges Dasein geführt hat, sind ein für allemal vorbei. Unsere Forste müssen erschlossen werden, weil ja auch die Bringung des Holzes anders gar nicht mehr denkbar wäre. Ich gebe zu, daß es unmittelbar nach Bau eines neuen Weges in unseren Wäldern nicht

immer gut ausschaut, aber wir leben in einer Landschaft mit klimatischen Verhältnissen, wo die Lebenskraft des Waldes so stark ist, daß nach einigen Jahrzehnten diese Wunden geheilt sind und die Weganlagen der modernen, zeitgemäßen und landschaftsschonenden Nutzung unserer Wälder dienen. Dasselbe gilt auch für die Almwirtschaft. Die Bergbauern können auf die Bewirtschaftung der Almen nicht verzichten und die Zeiten der Sennerin, die einmal so schön besungen wurden, sind nun leider auch vorbei. (Abg. Preamberger: „Leider vorbei!“) Es müssen auch die Almen erschlossen werden, um sie zeitgemäß bewirtschaften zu können.

Der Bauer kann heute nicht mehr stundenlang oder tagelang das Vieh auf die Alm und wieder zurücktreiben, sondern er muß die Möglichkeit haben, mit modernen Verkehrsmitteln dorthin zu gelangen, weil es vielfach auch nicht mehr möglich ist, Betreuungspersonal für das Vieh einen ganzen Sommer lang zu bekommen und die Beaufsichtigung des Viehs durch tägliche oder in der Woche mehrmalige Nachschau vom Heimgut aus erfolgt. Gerade diese arbeitswirtschaftliche Situation hat auch bewirkt, daß viele unserer Hochräume heute nicht mehr bestoßen sind und daß sie verwildern und oft unmittelbar Ursache geben für neue Lawinenkatastrophen. Es ist dann auch vorbei mit schönen, grünen Almmatten, und das Landschaftsbild hat sich durch teilweise Wiederbewaldung mit Zwergsträuchern ganz anders geprägt. Ich behaupte auch, daß es in unseren Breiten ein Irrtum ist, wenn wir glauben, daß man ein Gebiet vollkommen unberührt lassen kann und es gegen jegliche Nutzung absichert. Damit ändert sich auch die zur Zeit vorhandene Fauna und Flora, weil diese letztlich durch Jahrhunderte mit durch die Bewirtschaftungsmethoden geprägt wurde. Wir haben ein sehr lebendiges Beispiel im Bezirk Liezen, an das sich die älteren Kollegen sicherlich noch erinnern können.

Der Landtag hat vor Jahren beschlossen, daß im Paltental das sogenannte „Edlacher Moor“ aufgekauft wird, weil dort ein ganz seltener, einmaliger Pflanzenwuchs mit dem Karlszepter vorkommt. Wir haben uns für diese „Unter-Schutz-Stellung“ eingesetzt, weil wir glaubten, daß wir das unserer Heimat und unseren Nachkommen schuldig sind. Heute nach zehn Jahren sieht allerdings die Sachlage anders aus. Das Karlszepter, das man schützen wollte, ist in arger Bedrängnis, und zwar deshalb, weil diese Moorböden nicht mehr bewirtschaftet werden, nicht mehr gemäht werden, die Vorflutgräben ungepflegt bleiben und damit auch die gesamten Licht- und Feuchtigkeitsverhältnisse in diesem Edlacher Moor sich verändert haben. Das Karlszepter konnte sich, solange es genug Licht hatte, was die Mahd bei der Streunutzung bewirkte, jedes Jahr wunderbar entwickeln, während heute durch den Aufwuchs von Zwergsträuchern und auch Bäumen das Lichtangebot immer geringer wird und das Karlszepter zu verschwinden droht. Ich weiß nicht, ob von Ihnen jemand Rosen züchtet. Der es tut, wird wissen, daß man im Herbst die Rosen zurückschneiden muß, damit sie im Frühjahr entsprechend Blütenknospen tragen. Auch die Weinbauern schneiden den Rebstock ganz zusammen,

damit er im Frühjahr wieder gut in Saft kommt und entsprechende Triebe, sogenannte Schoße, macht.

Es wird sehr viel geredet von sogenannten biologischen Lebensmitteln, und viele glauben, sie sind besonders gescheit und haben etwas Neues erfunden. Dies ist sicherlich nicht der Fall, den unsere Bergbauern, die seit eh und je wertvolle biologische Lebensmittel produzieren, tun dies heute auch noch mit dem gealpten Vieh, das völlig frei von Umwelteinflüssen und gedüngten Futtermitteln in der Lage ist, gutes und gesundes Fleisch, aber auch ebensolche Milch zu produzieren. Hier ist die gesunde Kraft in Lebensmitteln erhalten, die unsere Mitmenschen benötigen. Naturschutz kann daher auf keinen Fall nur die Angelegenheit von ein paar Naturschützern sein, sondern muß ein Anliegen der gesamten Bevölkerung, unserer ganzen Gesellschaft bleiben.

Auf keinen Fall aber darf der Naturschützer auf dem Rücken der Bauern, sondern nur im Einverständnis mit ihnen, seine Vorstellungen in die Tat umsetzen. Ich lade daher jetzt die Herren Naturschützer der Steiermark ein, sich so schnell als möglich mit den betroffenen Grundbesitzern an einen Tisch zu setzen und darüber einmal zu reden und den Bauern zu sagen, worum es geht.

Ich stimme hier sehr gerne mit dem Kollegen Brandl überein, der gesagt hat, man darf nicht immer Gegenmaßnahmen treffen, sondern muß neue Wege suchen. Schon gar nicht darf der „Nationalpark Niedere Tauern“ etwa deshalb errichtet werden, weil man damit ein geplantes Kraftwerk verhindern könnte. Wir alle, ganz gleich in welchem Beruf wir stehen, beanspruchen in reichem Maß Energie, und wir sind daher selbstverständlich verpflichtet, unseren Beitrag für eine ausreichende Energieversorgung zu leisten.

Deshalb lade ich alle Naturschützer auch ein, sich mit den Energieversorgern zusammen an einen Tisch zu setzen und in steirischer Art zu besprechen beziehungsweise zu vereinbaren, was notwendig ist, um beiden Zielen, der Energieversorgung und der Erhaltung unserer Kulturlandschaft, gerecht zu werden. Diese Gespräche, im guten steirischen Geist geführt, könnten auch grünes Licht für den „Nationalpark Niedere Tauern“ bringen. (Allgemeiner Beifall.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zdarsky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarsky: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Wie wahrscheinlich jedem von Ihnen durch Interventionswünsche reichlich bekannt sein wird, setzt jeden Frühsommer der Run in die Krankenpflegeschule ein. Der Zudrang zu diesen Krankenpflegeschulen des Landes Steiermark hat seit der Herabsetzung des Aufnahmealters zugenommen, aber man muß auch von der Praxis her sagen, daß das Ausbildungsniveau gestiegen ist. Junge Menschen, auf Lernen trainiert, bewältigen die sehr großen

Lernanforderungen leichter als Schüler, die schon länger aus dem Lernprozeß ausgestiegen sind. Wenn hier im Voranschlag 1979 eine relativ hohe Summe für die Krankenpflegefachdienste, das heißt, für die Ausbildung in der Krankenpflege veranschlagt ist, so wird sicher viel dafür verlangt, und ich möchte aber auch sagen, sehr viel dafür zurückgegeben. In den drei Jahren der wirklichen Ausbildung muß die Schülerin oder der Schüler 52 Prüfungen ablegen, dazu kommt aber noch die sicherlich nicht geringe seelische und körperliche Belastung, die die praktische Ausbildung am Krankentbett eben mit sich bringt. Es ist ja ein Spezifikum der pflegerischen Arbeit, daß sie in viele spezialisierte Tätigkeiten aufgegliedert ist, die nicht in allen Details im Rahmen der Ausbildung vermittelt werden können. Um so mehr erhebt sich für die Krankenpflegeausbildung die Forderung, die Grundfähigkeit des Lernens und Umlernens in den Schülern zu entwickeln.

Zur Zeit absolvieren 1189 Schülerinnen und Schüler die Allgemeine Krankenpflege beziehungsweise die Kinderkrankenpflegeausbildung im Lande Steiermark. Außer diesen sind noch 24 Schülerinnen und Schüler in der Psychiatrischen Pflegeausbildung. Allein im vergangenen Herbst wurden im Lande Steiermark 497 Schülerinnen und Schüler zur Ausbildung aufgenommen. Eine hohe Zahl, und wenn man sie noch mit den gesetzlich vorgeschriebenen Prüfungen multipliziert, weiß man, daß auch die Lehrschwestern und Lehrer, der Leiter unserer Schule sitzt ja hier im Hause, sehr belastet sind. Vielleicht werden nicht alle diese jungen Menschen, die jetzt in Ausbildung stehen, eine Stelle in der Steiermark antreten können, doch, daß sie die Ausbildungsmöglichkeit haben und sie den Beruf ihrer Wahl erlernen können, ist ein Vorteil für ihr ganzes Leben, trägt aber auch sicherlich zum Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit bei. Aus diesem Grunde richte ich auch die Bitte an den zuständigen politischen Referenten und an die Ausbildungsverantwortlichen, alles zu tun, daß die Schüleraufnahmezahl nicht herab-, sondern eher hinaufgesetzt wird, noch dazu, wo der Zubau des Schwesterninternates sehr zügig voranschreitet und mit der Fertigstellung im Sommer des kommenden Jahres zu rechnen ist. Die zusätzlich geschaffenen 220 Internatsplätze werden dann mit Beginn des Schuljahres 1979/1980 zur Verfügung stehen. Die Baukosten werden einschließlich Planung und Einrichtung etwas über 30 Millionen Schilling betragen. Durch die Fertigstellung des Zubaues wird es möglich sein, ein für die Schule angemietetes Objekt zu kündigen. Unter Bedachtnahme auf die im Landesinternat derzeit über etwa 300 Internatsplätze werden somit mit Schulbeginn 1979/80 insgesamt 530 Internatsplätze den Krankenpflegeschülerinnen der Allgemeinen- und Kinderkrankenpflegeschule zur Verfügung stehen. Darüber hinaus betreibt das Land noch das Internat in der Wickenburggasse für die Schülerinnen des ersten allgemeinen Ausbildungsjahrganges mit 110 Internatsplätzen und den sogenannten Hahnhof mit 50 Betten für Burschen.

Von den 64 einschlägigen Schulen in Österreich hat sich die Krankenpflegeausbildung in der Steiermark weit über Österreich hinaus einen guten Namen gemacht, und wir sind alle mit Recht darauf stolz. Aber ich muß immer wieder sagen und immer wieder darauf zurückkommen, daß es um so unverständlicher ist, daß die Steiermark, die über so viele qualifizierte Lehrer und Ausbildungsstätten verfügt, noch immer keine eigene Institution für die Weiterbildung zur Lehr- und Oberschwester eingerichtet hat. Noch immer werden große Summen nach Mödling gezahlt, und noch immer müssen unsere steirischen qualifizierten Krankenpflegefachkräfte sich diese Ausbildung außerhalb unseres Bundeslandes holen. Es ist mir, gleich vielen anderen, einfach unbegreiflich, daß die dafür zuständige kompetente Stelle eher einen Verein subventioniert, als sich die Lorbeeren selbst auf das eigene Haupt setzt. Damit wird den steirischen Krankenanstalten kein guter Dienst erwiesen und die steirischen Ausbildungsstätten werden dadurch abgewertet. Es wäre echt an der Zeit zu überdenken, ob die Lehr- und Oberschwesterausbildung nicht realitätsbezogener, ökonomischer und vor allem für die Absolventen, wie für die Häuser aus denen sie kommen, wesentlich besser und belastungsärmer in der Steiermark zu führen wären. Für die Krankenschwestern in der Steiermark würde die Aufstiegschance und damit sicherlich der Interessentenkreis vergrößert werden. Es würde sich aber auch ganz sicher zum Wohle der steirischen Krankenanstalten auswirken, da gerade für die leitenden Stellen gute Auslese wünschenswert wäre. (Allgemeiner Beifall.)

Hohes Haus, aber nun zu einem ganz anderen Thema. Auf der Seite 99 des Voranschlages in der Untergruppe 52, Ansatz 528, scheint die Tierkörperbeseitigung auf. Bitte lassen Sie mich ein paar Worte dazu sprechen, die vielleicht manchen von Ihnen nicht zeitgemäß erscheinen mögen, vielleicht manchen von Ihnen lächerlich erscheinen mögen, aber ich bitte Sie trotzdem, mir zuzuhören, denn ich glaube, das was ich Ihnen hier sagen möchte, kommt für viele Menschen aus dem Herzen gesprochen. Ganz sicherlich gibt es in unserem Lande größere Probleme, aber die wird es für uns Menschen wahrscheinlich immer geben. Besonders aber für jene Menschen, denen Tiere nichts bedeuten. Viele Menschen aber gibt es, für die ein Tier fast ein Familienangehöriger ist. Es gibt Tausende Menschen, die ein Haustier haben und an ihm mit Zuneigung hängen. Allein in Graz sind über 8000 Hunde registriert. Oft ergeben sich aus der Tierhaltung allein schon Probleme. Manche alte Menschen wollen keinesfalls in ein Heim, weil sie sich von ihrem tierischen Gefährten nicht trennen können. In manchen Wohnhäusern ist es verboten, Haustiere zu halten, und man fragt sich dann wohl, woher die Kinder Liebe, Rücksichtnahme und vor allem auch Verantwortung für die Tiere lernen sollen. Schon Schopenhauer sagte: „Die vermeintliche Rechtlosigkeit der Tiere, der Wahn, daß unser Handeln gegen sie ohne moralische Bedeutung sei, ist eine empörende Rohheit und Barbarei des Abendlandes und hier das besondere Problem für unsere Kulturgesellschaft, die Kunstaussstellungen

veranstaltet, auf Bildung Wert legt und das Wort Ethik im Munde führt.“ Wenn nämlich so ein lieber Hausgenosse, der oft mehr als 10 und 15 Jahre mit und in der Familie gelebt hat, ich will hier gar nicht von Gefühlen reden, wenn also so ein liebes Haustier sein Leben beendet hat, dann ist das Haustier nur mehr Abfall für die Mülltonne, das heißt, es kommt die Tierkörperbeseitigung. Wie schmerzlich schon das Ableben den Menschen, der mit dem Tier gelebt hat, trifft, noch viel furchtbarer ist diese Tierkörperbeseitigung. Wenn man gesehen hat, wie ein Hund, der viele Jahre treue Liebe den Menschen entgegengebracht hat, dann bei den Füßen gepackt wird und eine Stiege hinuntergeschleift wird, wobei der Kopf an jeder Stufe aufschlägt, der weiß, was ich damit meine. Viele Haustierhalter wollen ihren Lieblingen das ersparen und vergraben dann die Haustiere irgendwo auf Wiese oder Feld. Dies ist vom Umweltschutz her sicherlich nicht richtig, aber es ist verständlich. Es tut mir leid, daß der Herr Landesrat Krainer nicht hier ist, denn in seine Kompetenz würde das fallen. In seine Kompetenz fällt nämlich die Tierkörperbeseitigung. Vielleicht gibt es eine Möglichkeit, bei der Vergabe von Subventionen, eine Möglichkeit für den Abtransport toter Haustiere zu erreichen, daß sie mit mehr Anstand und Würde auch dem toten Tier gegenüber erfolgt. Ich denke da vielleicht an Kisten oder dergleichen. Gleichzeitig möchte ich aber auch die Frage aufwerfen, ob es in den Ballungszentren nicht eine Möglichkeit für die Schaffung einer Tierbestattung gibt. Ich meine jetzt nicht Begräbnisstätten mit Marmortafeln et cetera, aber ich könnte mir vorstellen, daß es auch eine Einäscherungsmöglichkeit für Haustiere gibt. Sehr geehrte Damen und Herren, Leben und Tod sind für jede Kreatur gleich, man muß nur das Gefühl dafür haben. Die Verantwortung und der Humanismus hören nicht beim eigenen Leben auf und auch nicht beim Menschen. (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Präsident: Zu Worte gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Loidl. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Bei Behandlung dieses Kapitels stehen die Fragen der Finanzierung des Gesundheitswesens im allgemeinen, der jährliche Abgang unserer Krankenanstalten im besonderen, sowie die Mängel in der ärztlichen Versorgung unserer Bevölkerung und manchmal auch Auseinandersetzungen zwischen den Krankenkassen und der Ärztekammer im Mittelpunkt der Debatten. Es kann zwar keineswegs gesagt werden, daß das riesige Problem der Finanzierung des sich atemberaubend weiterentwickelnden und daher kostspieliger werdenden Fortschrittes in der Medizin etwa gelöst wäre.

Auch die Mängel in der ärztlichen Versorgung wurden bisher kaum gemildert, schon gar nicht behoben! Zwischen der Ärztekammer und den Krankenkassen gibt es selbstverständlich nach wie vor bedeutende Interessensgegensätze. Und dennoch,

meine Damen und Herren, kann niemand mehr ganz jene Positionen beziehen, wie es jahrelang nahezu unverändert der Fall war. Natürlich ist und war der aus dem Budget zu deckende Betriebsabgang Gegenstand solcher Debatten. Überhaupt wenn dieser, wie im heurigen Jahr bereits einen Betrag von über 600 Millionen Schilling erreicht. Aber außer Appellen zum Sparen und Einigen, so weit ich dies überhaupt beurteilen kann, guten Vorschlägen hiezu, haben Sie sich, meine Damen und Herren von der ÖVP, im wesentlichen darauf beschränkt, zu fordern, daß der Bund mehr geben müsse, daß die Krankenkassen höhere Verpflegskosten bezahlen sollen. Natürlich — so wie immer —, ohne gleichzeitig zu sagen, wo dieses Geld hergenommen werden soll. Nun, inzwischen wurde durch die Initiative der Bundesregierung der sogenannte Krankenanstalten-Zusammenarbeitsfonds geschaffen. Dieser Fonds wird im wesentlichen aus den Erträgen des erhöhten Mehrwertsteuersatzes, vielfach auch Luxussteuer genannt, gespeist. Aus den Erträgen jener Steuer also, meine Damen und Herren, deren Einführung Sie sehr wütend bekämpften, und manche haben dies sogar als einen Raubzug auf die Taschen der Bürger bezeichnet. Aus diesen Geldern erhalten wir jetzt Zuschüsse für unsere Krankenanstalten in einer solchen Höhe, daß der von uns abzudeckende Betriebsabgang von heuer 640 Millionen Schilling auf 465 Millionen Schilling reduziert werden kann. Meine Damen und Herren, Sie hätten jetzt eine wunderbare Gelegenheit, wegen Ihrer seinerzeitigen Haltung öffentliche Abbitte zu leisten, um so mehr als sich die Richtigkeit dieser Maßnahme auch im Hinblick auf die Verbesserung der Zahlungsbilanz inzwischen ganz klar herausgestellt hat. Dies sei nur nebenbei bemerkt. (Abg. Dr. Eichinger: „Haben wir noch nie verlangt!“) Daß es im Zuge der Verhandlungen zur Errichtung des Zusammenarbeitsfonds auch zu Vereinbarungen gekommen ist, welche wenigstens kurzfristig die Frage der von den Krankenkassen zu zahlenden Pflegegebühren regeln, muß auch hervorgehoben werden. Es ist zu hoffen, daß es gelingt, eine faire Lösung zu finden, daß dieser permanente Streitpunkt aus der Welt geschafft wird. Offen sind allerdings, darauf hat die Frau Abgeordnete Jamnegg sehr ausführlich hingewiesen, die — sagen wir — erwarteten Reformen, welche durch das neue Krankenanstaltengesetz eingeleitet werden sollen. Es ist richtig, die Arbeiten wurden durch die vorzeitigen Wahlen im Landtag unterbrochen und können jetzt wieder fortgesetzt werden. Es gibt da schon manches, was sich Eingeweihte und Spezialisten, aber auch die Öffentlichkeit erwarten. Es ist aber beileibe nicht alles schlecht, und es wird sich, so glaube ich, außerdem sehr deutlich herausstellen, daß auch den schönsten Wünschen durch die gegebenen Realitäten bestimmte Grenzen gesetzt sind.

Meine Damen und Herren, ich habe schon erwähnt, daß sich die ungleichmäßige ärztliche Versorgung unserer steirischen Bevölkerung kaum geändert hat. Ich habe hier Listen von vorhandenen, aber nicht besetzten Planstellen für praktische Ärzte, für Facharztstellen und für Zahnbehandler. Ich lade

jeden ein, Einsicht zu nehmen. Es findet sich kein Bezirk, der in dieser Liste nicht aufscheint. Ich stelle auch gerne hier jedem, der daran zweifelt, daß es so ist, eine Karte zur Verfügung, in der die kaum mehr auf die Dauer tragbare ungerechte Verteilung der ärztlichen Versorgung in unseren Bezirken dargestellt ist. Ganz besonders schlimm steht es um die Versorgung mit Frauenärzten. Während in Graz neben 12 Vertragsärzten und 19 Privatfrauenärzten das Krankenhausambulatorium — also 31 Frauenärzte zur Verfügung stehen, gibt es im Bezirk Liezen mit rund 80.000 Menschen nur einen einzigen Frauenarzt. Es gibt in Murau überhaupt keinen, es gibt in Radkersburg keinen, es gibt in Mürzzuschlag nur einen, in Hartberg nur einen, in Weiz nur einen, und so könnte man die Liste fortsetzen. Es gibt aber auch hier, meine Damen und Herren, einen zumindest erwähnenswerten Ansatz, daß sich die Dinge — wenn auch langsam — so doch zum Besseren wenden. In den kürzlich zwischen der Ärztekammer und dem Hauptverband abgeschlossenen und immerhin für 10 Jahre gültigen Vertrag heißt es unter anderem: „Die österreichische Ärztekammer und der Hauptverband kommen überein, die Zahl der Vertragsärzte und ihre örtliche Verteilung abgestimmt weiter zu entwickeln, um zu einer ausgewogenen ärztlichen Versorgung der österreichischen Bevölkerung zu gelangen.“ Außerdem wurde vereinbart, daß die Zahl der Vertragsarztstellen unter Berücksichtigung dieses Grundsatzes um jährlich 2,2 Prozent erhöht wird. Die medizinische Nahversorgung, wenn man dies so bezeichnen kann, der Bevölkerung ist wohl mindestens so wichtig und bedeutungsvoll, wie die auch in diesem Haus schon oft und heftig diskutierte Nahversorgung mit Gebrauchsgütern oder Nahrungsmitteln. Ich bedaure, daß der Herr Präsident der Ärztekammer wegen eines unaufschiebbaren Termines, den er in Wien hat, heute nicht bei dieser Debatte hier sein kann. Auf Grund der getroffenen Vereinbarungen dürfen wir wohl annehmen, daß auch die steirische Ärztekammer in Zukunft keine so unverständliche Aktion mehr setzt, wie es die kürzlich erzwungene Schaffung von zwei zusätzlichen Planstellen für Frauenärzte in Graz war. Dies, obwohl, ich habe es vorhin schon gesagt, neben dem Krankenhaus und dem Ambulatorium der Gebietskrankenkasse zwölf Vertragsärzte und neunzehn Privatärzte schon zur Verfügung stehen, wogegen es wie gesagt, ganz große steirische Bezirke gibt, die überhaupt keinen haben. Nun, meine Damen und Herren, aber über all den Überlegungen, welche da von allen Seiten zu den Fragen des Gesundheitswesens angestellt werden, dürfen wir aber die gewaltigen Leistungen, welche von Jahr zu Jahr in so hohem Maße ganz besonders im Bereiche der Krankenanstalten vollbracht wurden und werden, nicht übersehen. In ununterbrochener Reihenfolge wurden im ganzen Land modernste Krankenanstalten errichtet, oder bestehende zu solchen ausgebaut. Die dafür bisher aufgewendeten Summen sind einfach gigantisch. Kaum ist Großes oder sogar Größtes realisiert, wird schon wieder Neues in Angriff genommen.

Der seit vielen Jahren verfolgte Weg zur optimalen Versorgung unserer Bevölkerung wird also konsequent gegangen und fortgesetzt.

Der mit einem Kostenaufwand von 478 Millionen Schilling vorgenommene Ausbau des LKH Leoben zu einem der modernsten Schwerpunktkrankenhäuser wurde erst vor ganz kurzem abgeschlossen und vom Herrn Bundespräsidenten der Bestimmung übergeben. Und schon wird der Ausbau von Rottemann vorangetrieben, schon dürfte das in Aussicht genommene riesige Neubauvorhaben in Bruck mit immerhin 476 Betten durch die Projekterstellung im kommenden Jahr konkrete Formen annehmen und nicht zuletzt ist auch der bevorstehende Bau eines neuen Krankenhauses in Deutschlandsberg mit 240 Planbetten zu erwähnen. Der steirischen Bevölkerung stehen schon jetzt 13 Spitalsbetten pro Einwohner zur Verfügung. Darauf hat die Frau Abgeordnete Jamnegg auch schon hingewiesen. Das liegt weit über den Verhältniszahlen in anderen Bundesländern, Niederösterreich 9,6, Vorarlberg 9,5, Oberösterreich 9,2, und wir haben das Doppelte, meine Damen und Herren, des internationalen Durchschnitts von 6 bis 7, manche sagen 5 bis 6. Da aber die Finanzierung einer noch größeren Bettenzahl keinem, der in Frage kommenden Kostenträger möglich ist, muß einfach die Entlastung, welche durch den Neu- und Ausbau anderer Krankenhäuser für das LKH Graz zwangsläufig entsteht, dort zu einer entsprechenden Bettenreduzierung und damit zu der ohnehin so dringend gewünschten und geforderten Auflockerung führen.

Auf eines, meine Damen und Herren von der ÖVP, möchte ich aber wegen der seit vielen Jahren immer wieder, wahrscheinlich aus parteipolitischen Motiven vorgebrachten Kritik, ganz besonders hinweisen. Wir wissen alle, daß der Spielraum für Einsparungen ohne Qualitätsverlust in den Krankenhäusern infolge der überhaupt nicht oder nur ganz wenig beeinflussbaren Fixkosten äußerst gering ist. Ich denke da an das Personal, an die Verpflegung, an die Raumkosten und vieles andere mehr. Wenn wir also die Gewißheit gelten lassen, daß auch jene Persönlichkeiten, welche in anderen Bundesländern für die Führung und für die Verwaltung von vergleichbaren Krankenanstalten verantwortlich sind, ebenfalls entsprechende Qualitäten besitzen, so ist ein Vergleich der amtlichen Pflegegebühren äußerst aussagekräftig und spricht eigentlich für sich selbst.

Ich muß Sie mit ein paar Zahlen belasten:

Bei uns betragen 1978 diese amtlichen Pflegegebühren 720,— Schilling, im LKH Klagenfurt 1100,— Schilling, im Krankenhaus Oberwart 900,— Schilling, in Amstetten 835,— Schilling, in Wiener Neustadt 851,— Schilling, in Linz 800,— Schilling, in Salzburg 998,— Schilling, in Innsbruck 1120,— Schilling und in Bregenz 1429,— Schilling, also doppelt so hoch. Es mag gewiß da oder dort berechnete Begründungen für diese teilweise so gewaltigen Unterschiede geben. Aber im großen und ganzen gesehen, glaube ich, kann dies nur das Ergebnis von beharrlichen, langen und zielstrebigem Bemühungen sein, nicht eines einzelnen, sondern

vieler, welche man doch zur Kenntnis nehmen sollte, wenn man sich schon nicht dazu bereit finden kann, sie besonders zu würdigen. (Abg. Doktor Heidinger: „Unter großzügiger Defizitfinanzierung der Krankenhäuser!“) Meine Damen und Herren! Was immer von uns oder von den dafür Zuständigen verbessert oder bewältigt werden muß, auf gar keinen Fall müssen wir oder diese von einer Stunde Null ausgehen. Auch jetzt schon finden täglich und stündlich Tausende Menschen in modernsten Einrichtungen im ganzen Land, durch hervorragende Ärzte, tüchtige Schwestern und im Zusammenwirken mit vielen, vielen anderen, Hilfe, Linderung und Heilung. Es geht eigentlich nur darum, daß noch mehr und daß noch besser geholfen werden kann. Dies wird auch in den nächsten Jahren durch die Realisierung der bereits fixierten Vorhaben in hohem Maße der Fall sein. (Beifall bei der SPO.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Wimmmler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmmler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zum selben Thema sprechen, zu dem sich Kollege Lackner zu Wort gemeldet hat. Im heurigen Sommer habe ich nämlich an einer amtlichen Wanderung teilgenommen und dabei die Gelegenheit wahrgenommen, mir selbst ein Bild über die Möglichkeit und die Notwendigkeit der Schaffung eines Nationalparks „Schladminger Tauern“ zu machen und eine eigene Meinung zu bilden. Wenn Kollege Lackner nicht gehbehindert wäre, ich bin sicher, er wäre damals mit von der Partie gewesen und seine Bedenken wären höchstwahrscheinlich dadurch etwas abgebaut worden. Im allgemeinen sind wir immer sehr stolz auf unsere technischen Errungenschaften und den Fortschritt, vergessen aber zu leicht auf unsere gesunde Umwelt, die nach wie vor unsere eigentliche Lebensgrundlage bildet. Bei dieser Wanderung, meine Damen und Herren, habe ich mich davon überzeugt, daß die Schönheit und der nahezu unberührte Charakter und Zustand dieses Gebietes schon seit Jahrzehnten das Kapital der Gemeinden und ihrer Bewohner und darüber hinaus unseres ganzen Landes sind.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Tätigkeit unserer Alpinvereine lobend hervorheben, die mit großem Idealismus wesentlich zur Erschließung und zum Ausbau alpiner Einrichtungen, aber auch zur Wahrung dieser landschaftlichen Schönheiten beigetragen haben und beitragen.

Nicht unerwähnt soll hier auch die Gemeinschaft der Preintaler, einer kleinen Wiener Gruppe bleiben, die in wirklich uneigennütziger Weise mit ihren gut eingerichteten Schutzhütten demselben Ziele dient. Meine Damen und Herren, der Kapitalwert dieser Landschaft kann aber sehr schnell durch umgelenkte scheinwirtschaftliche Technisierung empfindliche Einbuße erleiden, aber selbstverständlich, zur Beruhigung, Kollege Lackner, unter Beibehaltung der Almwirtschaft und unter Beibehaltung der son-

stigen landwirtschaftlichen Bewirtschaftung. Eben aus dem von ihm angeführten Beispiel des Edlacher Moores, daß es auf die Bewirtschaftung ankommt. Und es geht um den Fremdenverkehr, den wir so notwendig brauchen. Und bedenken wir auch, daß es um ein echtes Erholungsgebiet für den mitteleuropäischen Raum geht. Der Gedanke eines Nationalparks ist ja — wie Kollege Lackner auch ausgeführt hat — nicht neu. Aber nicht erst seit dem Jahre 1974, sondern schon vor dem Ersten Weltkrieg strebte man drei Naturschutzräume in Mitteleuropa an: die Lüneburger Heide, den Bayerischen Wald und eben die Niederen Tauern. Und auch der Österreichische Alpenverein hat sich im Erzherzog-Johann-Jahr 1958 für einen Naturschutzpark in diesem Gebiet ausgesprochen. Dennoch ist Österreich das einzige Kulturland Mitteleuropas, dem es noch nicht gelungen ist, solche naturnahen Landschaften zu Nationalparks zu erklären. Die Schladminger Tauern, meine Damen und Herren, erfüllen nach dem Naturschutzgesetz 1976 alle Voraussetzungen für einen Nationalpark, und ich glaube auch nicht, daß der Landwirtschaft aus der Schaffung eines Nationalparks Nachteile erwachsen würden, denn gerade sie ist es, die für die Erhaltung der Erholungslandschaft sorgt. Ebenso glaube ich auch nicht, daß bestehende Fremdenverkehrseinrichtungen und Fremdenverkehrsbetriebe zu Schaden kommen würden. Vielmehr glaube ich, daß die Erhaltung von Naturlandschaften in immer stärkerem Maße die Grundlage von Tourismus und Fremdenverkehr bilden wird. Und ich glaube, daß Universitätsprofessor Wolkinger, der Vorstand des Institutes für Umweltwissenschaften und Naturschutz, recht hat, wenn er meint, daß jedes zusätzliche Eindringen technischer Maßnahmen in die Kernzone im Schutzhüttenbereich einen Messerstich ins Herz bedeuten würde. Rasches Handeln, meine Damen und Herren, ist daher meiner Meinung nach wirklich ein Gebot der Stunde, damit nicht durch dieses Eindringen technischer Maßnahmen die Entscheidung vorweggenommen wird. Natürlich wird es da und dort Schwierigkeiten geben, aber ich bin sicher, daß bei gutem Willen auf allen Seiten der richtige Weg gefunden werden kann. Wo Einschränkungen nicht vermieden werden können, muß der zu schaffende Nationalparkfonds für die entsprechende Abgeltung solcher Einschränkungen sorgen. Es wird selbstverständlich auf einen gerechten Ausgleich zwischen Fremdenverkehr und Tourismus einerseits, dem Privateigentum, der Wahrung erworbener Rechte und den Bedürfnissen der Land- und Forstwirtschaft andererseits besonders zu achten sein. Aber es muß immer der Grundsatz gelten, daß Ökologie vor Ökonomie geht! Meine Damen und Herren, die Landesregierung wurde bereits vor einiger Zeit durch einstimmigen Beschluß des Landtages aufgefordert, sich dieser Angelegenheit anzunehmen. Ich weiß, daß es sich um keine einfache Materie handelt. Aber ich glaube, es sollte keine Zeit versäumt werden, und ich ersuche daher die zuständigen Stellen, sich der Sache wirklich anzunehmen.

Ganz allgemein wäre zum Naturschutz noch zu sagen, daß auch auf die Erstellung von Landschaftspflegeplänen ein besonderes Augenmerk gelegt und

auch der Forschung ein entsprechender Platz eingeräumt werden sollte. Die hierfür im Voranschlag vorgesehenen Mittel reichen natürlich nicht aus, aber vielleicht ist es dem zuständigen Referenten Herrn Landesrat Professor Jungwirth möglich, bei weniger wichtigen Posten Einsparungen vorzunehmen. Vielleicht ist es aber auch möglich, im nächsten Budget mehr Mittel dafür vorzusehen, damit dem Naturschutz in unserem Lande auch finanziell jener Stellenwert eingeräumt werden kann, der ihm gebührt. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Hammer gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Hammer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte keine Lawine lostreten, dieses Thema wurde bereits von meinen Vorrednern im vorgehenden Kapitel erwähnt. Ich möchte aber trotzdem den Winterbericht 1976/77 der Lawinenwarnkommission doch etwas näher beleuchten. Auf Grund eines Regierungsbeschlusses vom Oktober 1975 hat die Lawinenwarnkommission ihre Tätigkeit aufgenommen und in sieben steirischen Bezirken Kommissionen errichtet, und zwar wird in 29 Gemeinden eifrigst und fleißig und in aller Stille — das muß man dazusagen — vorbildliche Arbeit zum Schutze des allgemeinen Gutes und zum Schutze des persönlichen Gutes geleistet. Sechs Wettermeldestellen wurden eingerichtet und 783 Wetter-, Schnee- und Lawinenberichte wurden in der Zeit zwischen Dezember und April weitergegeben, damit ein Lawinenlagebericht beziehungsweise eine Lawinenprognose erstellt werden können, die sicherlich für den touristischen Schilaf und auch für den allgemeinen Wintersport von wesentlicher Bedeutung sind. Meine Damen und Herren, es ist für die Lawinenwarnkommissionen sicherlich nicht leicht einzuschreiten, wenn an einem Lifthang schihungrige und freizeitsüchtige Menschen stehen und die Lawinenwarnkommission dann entscheiden muß, daß diese Pisten wegen Lawinengefahr gesperrt werden müssen. Aber ist es einmal notwendig, denn viel zu vieles kann passieren, und wenn Menschenopfer zu beklagen sind, ist auch ein Opfer zu viel. Sicherlich kann trotzdem noch immer etwas passieren, und hier sollte man doch nicht gleich zu hart ins Gericht gehen mit den Lawinenkommissionen und die Schuld auf sie abwälzen oder etwa irgendwelche Schuldgefühle bei ihnen erwecken zu suchen, denn die Technik kann die Natur gerade auf diesem Gebiet überhaupt nicht beherrschen. Aber vielleicht ein Appell an unsere Herren von der Presse. Ich glaube, für sie wäre es ein großes Aufgabengebiet, hier die Menschen aufzuklären, sie zu warnen und darauf aufmerksam zu machen, wie gefährlich es ist, sich abseits von Pisten zu begeben oder auch die Warnungen der Lawinenwarnkommissionen in den Wind zu schlagen. Vermehrt wäre den Lawinennachrichten beziehungsweise dem Lawinenlagebericht und den Prognosen im Telefonanrufrufdienst beziehungsweise den Rundfunkmeldungen Beachtung

zu schenken. Es gab im Berichtszeitraum drei Lawinenkatastrophen, bei denen acht Personen mitbeteiligt waren. Eine Person konnte nur noch tot geborgen werden. Es mag dies eine etwas kleine Zahl erscheinen, aber wie ich bereits erwähnt habe, jedes Opfer, das hier gebracht wird, ist sicherlich zuviel, und ich glaube gerade dieses Opfer mußte uns dazu veranlassen, vielleicht kann ich es als Anregung geben, daß die Lawinenkommissionen ihre Tätigkeiten ausweiten, daß in verschiedenen Orten weitere Lawinenkommissionen errichtet werden, die in guter Organisation ihre Aufgaben erfüllen. Vielleicht ist es sogar auch möglich und notwendig, einen Lawinenkataster zu erstellen, damit man von vornherein weiß, welche Gebiete gefährdet sind. Ich bin sicher, die Touristenvereine sind hier zur Mithilfe bereit. Aber ich glaube auch Ansätze in diesem Winterbericht 1976/77 bereits zu finden, daß man doch dem Gedanken nähertritt, einen Lawinenkataster zu erstellen, damit Unglücke nach Möglichkeit von vornherein vermieden werden können. Meine Damen und Herren! Die Kommission kann nur warnen, sie kann keine Lawinen verhindern. Ich glaube, es ist in unser aller Interesse, wenn wir diesen Leuten, die hier in uneigennütziger Tätigkeit ihre Freizeit zur Verfügung stellen und sich bei Wind und Wetter in den unwirtlichen Geländen herumschlagen, um andere vor Schaden zu bewahren, unseren aufrichtigen Dank und unsere Anerkennung aussprechen. Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Schrammel gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Schrammel: Werter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren des Hohen Hauses!

Ich möchte wieder zum Kapitel Gesundheit zurückkommen und dabei im speziellen auf die gesundheitliche Versorgung der ländlichen Bevölkerung zu sprechen kommen. Im Gesundheitszustand gibt es auch ein sogenanntes Stadt-Land-Gefälle. Das hat sicher verschiedene Ursachen. Die schwere Arbeit, die bei jedem Wetter verrichtet werden muß. Die einseitige Ernährung, die sich gebessert hat. Das späte Einsetzen der Sozial- und Krankenversicherung.

Es gibt daher am Lande typische bäuerliche Krankheiten: die rheumatischen Krankheiten, Haltungsschäden, schlechte Zähne und Magenleiden. In letzter Zeit kommen aber auch die typischen Zivilisationskrankheiten dazu; nämlich der Herzinfarkt, Kreislaufschäden und die psychischen Krankheiten.

Die Kranken- und Sozialversicherung der Bauernschaft ist daher in der heutigen Zeit unbedingt notwendig. Es ist nur bedauerlich, daß in letzter Zeit die Sozialversicherungsbeitragsleistungen enorm gestiegen sind und zu einer argen finanziellen Belastung wurden. Ich möchte auch hier einige Beispiele herausgreifen. Es bezahlt ein 12-Hektar-Betrieb im Jahr an Beiträgen zur Sozialversicherung rund 26.000,— Schilling, ein 15-Hektar-Betrieb fast 33.000,— Schilling und ein 20-Hektar-Betrieb mehr

als 40.000,— Schilling. Das ist sehr viel, wenn man bedenkt, daß das Einkommen in der Landwirtschaft gerade in den letzten Jahren merkbar zurückgeblieben ist. Im Vergleich zu anderen Berufsgruppen macht das durchschnittliche bäuerliche Einkommen etwa 55 Prozent vom durchschnittlichen Einkommen eines Industriearbeiters aus. Man muß begreifen, daß gerade im Grenzland viele Landwirte gezwungen sind, einen Nebenerwerb anzunehmen. Dies vielfach, um den Sozialversicherungsbeiträgen ausweichen zu können. Nun, wir bekennen uns aber zu diesen Sozialverpflichtungen. Wir wissen, daß in der heutigen Zeit ein Sozialschutz unbedingt notwendig ist. Wir hätten hiebei aber noch dringende Forderungen anzumelden. Für die Bäuerinnen könnte in der Sozialversicherung noch mehr getan werden. Es gibt Feststellungen, wonach gerade die Bäuerinnen ihrem Aussehen nach oft etwa um 5 bis 15 Jahre älter ausschauen, als sie es wirklich sind. Unsere Bäuerinnen haben genauso das Recht in der Gesellschaft anerkannt zu werden. So sollte wenigstens das Mutterschaftsgeld auch den Bäuerinnen zukommen. Vor allem deshalb, weil aus dem Familienlastenausgleichsfonds ohnedies für andere Berufsgruppen, die jetzt schon das Mutterschaftsgeld bekommen, etwa 1400,— Schilling pro Monat bezahlt werden.

Die Landwirtschaft braucht aber auch eine bessere fachärztliche und zahnärztliche Versorgung und zum Teil auch noch mehr praktische Ärzte. Ich danke dem Kollegen Loidl von der sozialistischen Seite, daß er hier auch die gleiche Meinung vertreten hat, und ich könnte auch Bezirke nennen, Orte nennen, die dringend einen praktischen Arzt suchen, Fachärzte suchen, Zahnärzte suchen. Es sei mir erlaubt, nur eine Marktgemeinde herauszugreifen, nämlich Burgau, die keinen praktischen Arzt, keinen Facharzt und keinen Zahnarzt hat.

Es gibt bei den Zahnärzten oft sechsmonatige Wartezeiten, das heißt, man muß sich sechs Monate vorher anmelden, daß man zur Behandlung drankommt.

Das Land Steiermark hat mit dem Distriktsärztegesetz sicher sehr viel getan. Wenn man bedenkt, daß von den 107 ausgeschriebenen Stellen bis auf 22 alle neu besetzt werden konnten, vor allem auf das Land Ärzte gebracht wurden. Trotzdem haben die Bezirke Feldbach, Murau, Radkersburg und Deutschlandsberg noch immer eine sehr schlechte ärztliche Versorgung. Das geht so weit, daß zum Beispiel im Bezirk Murau auf einen Facharzt 16.000 Einwohner kommen. Die schlechteste zahnärztliche Versorgung hat der Bezirk Hartberg, wo 5200 Einwohner auf einen Zahnarzt kommen.

Den Bereich der Hauskrankenpflege, die über Initiative der ÖVP hier im Landtag beschlossen wurde, möchte ich noch anführen. Es wurde ein Verein geschaffen und es bestehen sehr gute Ansätze für eine zukunftssträchtige Fortentwicklung zur Entlastung der Krankenhäuser und für eine bessere ärztliche Versorgung und eine bessere Versorgung mit Medikamenten im ländlichen Bereich. Die Hauskrankenpflege steht natürlich auch der städtischen Bevölkerung im selben Umfang zu.

Wir freuen uns, daß es dieser Tage zu einem Vertragsabschluß zwischen der Sozialversicherung der Bauern und der Zahnärztekammer kommen wird, so daß ab Jänner 1979 auch die Bauernschaft einen Zahnarztvertrag haben wird, das heißt, daß dann eben Refundierungen auf Grund von fixen Vereinbarungen über die Sozialversicherung getätigt werden können.

Zum Schluß darf ich zusammenfassend festhalten, daß Gesundheits- und Sozialleistungen auch für die Landbevölkerung selbstverständlich genauso notwendig sind wie für die Stadtbevölkerung. Ich möchte nur meinen, daß eine bessere ärztliche Versorgung am Lande unbedingt angestrebt werden muß und damit auch der Gesundheitszustand der Landbevölkerung verbessert werden kann. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Bischof gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

Abg. Bischof: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Mit meiner zweiten Wortmeldung heute möchte ich mich in der Gruppe 5 den Problemen der Lebensmittelkontrolle widmen. Im Lebensmittelgesetz 1975 Paragraph 35 Absatz 1, betreffend Überwachung durch Aufsichtsorgane, heißt es wörtlich: „Die Überwachung des Verkehrs mit den durch dieses Bundesgesetz erfaßten Waren obliegt dem Landeshauptmann. Der Landeshauptmann hat sich zur Erfüllung seiner Aufgaben besonders geschulter Organe als Aufsichtsorgane zu bedienen.“ Am 15. April 1975 haben die sozialistischen Abgeordneten Sebastian, Strenitz, Bischof, Gross und Genossen einen Antrag eingebracht, betreffend den Ausbau der Lebensmittelkontrolle in der Steiermark. In diesem Antrag wurde aufgezeigt, daß Organe der Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Steiermark bei der Überprüfung verschiedener Fleischereibetriebe in Graz festgestellt haben, daß einige Fleischwarenerzeuger Waren anbieten, die qualitätsmäßig den bestehenden Vorschriften nicht entsprechen und die auch geeignet sind, einen großen Personenkreis gesundheitlich schwerstens zu gefährden. Die genannten Abgeordneten waren der Auffassung, daß erstens die bei der Abteilung für das Gesundheitswesen bestehende Einrichtung der Lebensmittelinspektoren ausgeweitet werden muß und zweitens, daß die Gemeinden, die über eigene Marktämter verfügen, eingeladen werden sollen, für eine strengere Kontrolle zu sorgen. Dazu hat die Vorlage der Landesregierung ausgesagt, daß durch eine eingeholte Stellungnahme bei der Kammer tatsächlich diese Mißstände aufgezeigt wurden und in einigen Fällen zu Verurteilungen geführt haben. Berücksichtigt muß dabei werden, daß beim Marktamt des Magistrates Graz neun Beamte zur Verfügung stehen, die die Berechtigung zur Durchführung von Kontrollen nach dem Lebensmittelgesetz haben. Diesen Marktamtsbeamten obliegt aber auch zusammen mit Beamten des Gewerbe-Referates die Beaufsichtigung und Durchführung von

Vorschreibungen nach dem Gewerberecht. Dadurch erfahren die lebensmittelpolizeilichen Agenden natürlich eine Minderung. Auf der anderen Seite wird aber den übrigen steirischen Marktämtern laut Paragraph 35 Absatz 3 zwingend vorgeschrieben, daß mindestens drei geschulte Organe, von denen eines als Arzt oder Tierarzt die jeweilige Physikatsprüfung abgelegt haben muß, im Dienststand der jeweiligen Behörde sein muß, daß also diese drei geschulten Organe zur Verfügung stehen. Diese Bedingungen nach Paragraph 35 des Lebensmittelgesetzes werden einen Ausbau des Referates Lebensmittelkontrolle erfordern, da vermutlich die meisten Marktämter diese gestellten Bedingungen der drei besonders geschulten Organe nicht erfüllen werden können. Meine Damen und Herren, nun, wie schaut die Wirklichkeit aus? Für die Überwachung nach dem Lebensmittelgesetz ist von der Landesregierung nur ein Kontrollorgan für die Bezirke Bruck an der Mur und Mürzzuschlag eingesetzt. Durch diese krasse Unterbesetzung ist eine größtmögliche Kontrolle, wie es dem berechtigten Wunsche der Bevölkerung entspricht, auf keinen Fall gegeben. Nach Rücksprache mit dem seinerzeit tätigen Beamten der Stadt Kapfenberg erhielt ich nachstehenden Tätigkeitsbericht für 1975: 155 Probenziehungen, 26 Beanstandungen, 576 Betriebsrevisionen und wöchentliche Kontrolle des Wochenmarktes; 87 Kilogramm Lebensmittel verschiedenster Art mußten ausgeschieden werden. In 29 Erzeugerbetrieben wurden wöchentlich Kontrollen durchgeführt, ebenso bei 36 Lebensmittelhändlern, in 64 Gaststätten, in fünf Kantinen und in sechs Drogerien. Anstelle dieser wöchentlichen Kontrollen von früher, erfolgen jetzt vom Land nur mehr fallweise Kontrollen. Von seiten des Landes erfolgt keine Kontrolle des Trinkwassers und des Badewassers mehr. Dieser Zustand ist, glaube ich, im Interesse der Volksgesundheit unhaltbar. Es liegt deshalb ein Resolutionsantrag der sozialistischen Abgeordneten vor: „Die Landesregierung wird aufgefordert, dafür zu sorgen, daß das Lebensmittelinspektorat bei der Abteilung für das Gesundheitswesen personell so ausgestattet wird, daß die Lebensmittelkontrollen, wie sie eben das Lebensmittelgesetz vorsieht, auch wirklich zielführend durchgeführt werden können. Sollte die Landesregierung diesem Ersuchen nicht nachkommen, wird der Herr Landeshauptmann in seiner Eigenschaft als Verantwortlicher für die Überwachung des Verkehrs mit den durch dieses Bundesgesetz erfaßten Waren aufgefordert, einer Verwaltungsgemeinschaft (Allgemeine Heiterkeit.) der Städte Kapfenberg und Bruck, mit drei besonders geschulten Organen, die Kontrolle zu übertragen.“

Sehr geehrte Damen und Herren! Sie sind sicher mit mir einer Meinung, was nützt uns das beste Lebensmittelgesetz, wenn wir nicht die entsprechende Kontrolle haben. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete DDr. Stepantschitz gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. DDr. Stepantschitz: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich wollte eigentlich heute nicht mehr reden, aber gestern hat der Herr Abgeordnete Hammerl gesagt, ich solle mich mehr um das Spital kümmern und weniger um die Stadt Graz. Also ich möchte dem recht tun und noch etwas zum Spital beitragen, aber ich darf sagen, ich werde die Stadt Graz nicht vergessen, und ich glaube, wir sollen uns doch alle kümmern, um die, die gesund sind und um die, die krank sind. Ich darf einleitend feststellen, fast alles, was hier gesagt wurde, möchte ich unterstreichen, und ich werde mich hüten, es zu wiederholen. Nur, Herr Abgeordneter Loidl, zu Ihnen etwas. Sie haben gesagt, aus politischen Gründen wird immer wieder vergessen, daß wir im Land Steiermark relativ billig arbeiten. Ich glaube, ich bin das 16. Mal jetzt bei der Diskussion über die Krankenhäuser hier am Pult, und Sie können es nachlesen, ich habe noch jedesmal festgestellt, daß unsere Krankenhäuser gut geführt werden und daß die Referenten sich bemühen und das war bitte auch die Haltung von uns allen. Ich darf Ihnen aber nur eines sagen, zu den Zahlen selbst. Sie haben bitte nur einen kleinen Denkfehler. Sie haben also gesagt, wir haben relativ sehr sehr viele Betten in der Steiermark. Das stimmt und natürlich sind die dann billiger, wie woanders, denn wenn man viele Betten hat, hat man natürlich mehr Leichtkranke und das drückt dann natürlich auch die Kosten. Das ist ein Argument aber nicht das entscheidende. Ich gebe sehr gerne zu, daß im wesentlichen unsere Krankenanstalten gut geführt werden. Die Bettenzahl bewegt Sie aus verständlichen Gründen sehr, weil es viel kostet. Uns kostet es auch viel, ich habe gestern auch festgestellt, es sind wieder mehr Betten geworden, und ich glaube wirklich aus voller Überezeugung folgendes: Bei der Planung der Betten, bei der Regionalisierung, bei der Aufteilung der Aufgaben, da ist eine Bürokratie — so wie sie das Land ist — einfach überfordert und das ist ja mit der Hauptgrund, warum wir einen unabhängigen selbständigen Wirtschaftskörper wollen. Der unabhängig ist auch von gewissen Einflüssen, die ich hier nicht nennen will, aber die Sie auch genau wissen, wie ich. Ich glaube, es wird notwendig sein, daß da also wirklich eine unabhängige Kraft tätig wird, sonst werden wir einfach überrumpelt von Forderungen, denen Sie nicht offen widerstehen können. Ich glaube, da braucht man einfach diese Kraft. Eine andere Frage noch: Der Herr Kollege Schrammel hat über die Zahnärzte gesprochen. Schauen Sie, das geht jetzt wieder in Planung. Wir wissen alle, daß wir zu wenig Zahnärzte haben. Wir haben gewußt, daß immer weniger werden. Wir brauchen mehr Ausbildungsplätze. Es ist das in Graz geplant worden. Man hat hier aber wieder vier Stellen gestrichen. Warum weiß ich nicht. Jetzt sagt die Frau Bundesminister, warum habt ihr die gestrichen, die zahle ich euch ja. Jetzt werden wir wieder ein kleines Eckchen drankleben, weil wir die Zahnärzte wirklich brauchen. Sehen Sie, das ist wirklich wieder ein Argument, daß man wirtschaftlich vorgehen muß.

Eine andere Frage sind die Schwesternschulen. Gar keine Frage, daß sie gut geführt sind, daß sie wichtig sind, daß noch ein paar Kurse fehlen! Es geht mir um die Schwesterninternate. Es gibt ein großes Internat des Landes Steiermark und es gibt drei private, wenn Sie wollen, zwei von geistlichen Orden und eines vom Roten Kreuz und da werden jetzt die Schwestern seit Jahren nach irgendeinem Schlüssel proporzmäßig aufgeteilt. Ich glaube, es würde doch auch hier richtig sein, im Sinne eines Freiheitsdenkens, das wir doch alle haben, wenn man es den Mädchen überlassen könnte, wo sie hinwollen, wenn man auch hier bei der Pluralität des Angebotes, die Pluralität der Möglichkeit, davon Gebrauch zu machen, auch berücksichtigt. Das möchte ich bitte hier auch anmerken. Da geht es wirklich auch um ein Grundrecht jener jungen Mädchen und Pfleger, es gibt ja auch Männer, wo sie untergebracht werden wollen.

Ich bin jetzt schon fertig. Es ist gedankt worden für Leoben. Ich glaube, es ist sehr viel geschehen in der vergangenen Zeit. Ich freue mich, daß wir auch etliche Baustellen haben. Ich freue mich deshalb, weil die Bauten ja weitergehen, etwas Neues anfangen können wir ja nicht. Ich freue mich, daß sich in der Frage Röntgentherapiezentrum jetzt eine Lösung abzeichnet. (Abg. Marczik: „Jetzt geht es auf einmal!“) Ich darf feststellen, es ist verzögert worden, weil man sich nicht einig war über den Platz. Ich darf aber auch feststellen, daß im Rahmen dieser Überprüfungen auch dank der Mithilfe der Herren vom Landesbauamt, von der Fachabteilung IV a, es nun gelungen ist, diesen Plan wesentlich billiger zu machen, als er unsprünglich vorgesehen war. Man ist darauf gekommen, daß Funktionsräume drinnen vorgesehen waren, die man heute einfach nicht mehr braucht.

Da alles schon so vorweihnachtlich ist und weil man sich auch etwas wünschen darf, besteht der sehr dringende Wunsch im Namen der Steiermark, daß die neue Kinderchirurgie endlich in die Nachbarschaft der Kinderklinik übersiedeln könnte. Die Zustände im derzeit benützten Haus sind schlecht und unerträglich. Wenn wir alles das erfüllen würden, was der Hygieniker und das Arbeitsinspektorat verlangen, dann müßten wir sie sowieso zusperren, weil das einfach Dinge sind, die dort nicht mehr hineingehen. Es ergibt sich die Möglichkeit durch Tausch mit dem Bund — die Gebäude, die jetzt benützt werden, werden vom Bund für die Universität gebraucht — wahrscheinlich auch eine Finanzierbarkeit zu erreichen. Meine Bitte am Schluß dieser kurzen Ausführungen an Sie, meine Damen und Herren, und auch an Sie Herr Landesrat: Helfen Sie uns bitte, daß unsere Kinder nicht mehr in Zukunft auf der Chirurgie so schlecht untergebracht werden müssen, wie es derzeit der Fall ist! Danke! (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Ing. Turek. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Turek: Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich wollte mich nach dem Schlußwort des Herrn Landesrates Gruber nicht mehr zu Wort melden,

weil an und für sich die jetzige Gruppe ja auch in etwa einschlägig ist und ich mich bei dieser Gruppe jetzt dazu äußern möchte und darauf antworten möchte, was der Herr Landesrat Gruber in seinen Ausführungen gesagt hat. Wir sind es an und für sich ja ohnedies schon gewöhnt, daß die Sozialistische Partei grundsätzlich bestimmt was Sozialpolitik ist und wer sozial ist und wer nicht. Der Herr Landesrat Gruber hat es sich herausgenommen, auch hier Zensuren zu verteilen, indem er halt hier gemeint hat, wir wissen ja, die FPÖ hat ja zur Sozialpolitik ein gestörtes Verhältnis, dann hat er sich allerdings eingeschränkt, ich weiß nicht wen er damit gemeint hat, es sind nicht alle, es gibt auch Ausnahmen, hat er gemeint. Nun, meine Damen und Herren, ich nehme für mich und meine Partei in Anspruch, daß auch wir uns über soziale Belange und soziale Probleme Gedanken machen, allerdings sage ich auch gleichzeitig, daß wir andere Lösungen anstreben, als sie die Sozialistische Partei anstrebt, und ich verahre mich dagegen (Abg. Premberger: „Aber geh!“), daß derjenige als unsozial abgestempelt wird, der nicht die Gießkannensozialpolitik der Sozialistischen Partei mitmacht, der nicht die Sozialpolitik der Gleichmacherei der Sozialistischen Partei mitmacht und der nicht die unsoziale Sozialpolitik der Sozialistischen Partei mitmacht. (Abg. Zdarsky: „Eine Diffamie!“) Meine Damen und Herren, ich verahre mich dagegen, daß derjenige, der andere Vorstellungen von Sozialpolitik hat, als unsozial hingestellt wird. Eines steht nämlich auch fest, aus den Ausführungen des Herrn Landesrates Gruber ist ja sehr deutlich hervorgegangen, daß er sehr beklagt und daß er sehr erstaunt war, daß es 130.000 Steirer gibt, die offensichtlich von den sozialen Wohltaten in diesem Land sehr wenig erfahren haben und er hat sehr gestaunt darüber. Ich staune nicht darüber, weil das ist ein Zeichen dafür, daß die Sozialistische Partei offensichtlich einen falschen Weg eingeschlagen hat mit ihrer Sozialpolitik, daß jene 72 Milliarden Schilling, das habe ich mir schnell herausgesucht (Abg. Brandl: „Euch passiert das nicht. Ihr geht denselben Weg wie die ÖVP!“), auf Bundesebene für die soziale Wohlfahrt und für das Gesundheitswesen verwendet werden, offensichtlich nicht jenen Effekt erzielen, den Sie sich erwartet haben. Fast 10 Prozent der Steirer leben mit einem Pro-Kopf-Einkommen von unter 2000,— Schilling. Also bitte, wenn das ein Beweis sein soll, daß die sozialistische Sozialpolitik so gut ist, ich danke schön, und vor allem diejenigen werden sich sehr schön bedanken. (Abg. Ileschitz: „Wieviele waren es vorher? Früher waren es mehr. Das ist ein Unsinn!“) Meine Damen und Herren, wir lesen es ja überall, und Ihre Argumente hören wir auch überall, die lauten, es ist uns noch nie so gut gegangen wie jetzt.

Meine Damen und Herren der Sozialistischen Partei, unter diesen 130.000 Steirern sind mehr als 30 Prozent Selbständige und Landwirte davon betroffen. (Abg. Ileschitz: „Die haben früher im Stall geschlafen, in der Futterkrippe. Was haben Sie getan, daß es ihnen besser geht? Wo bleiben Ihre Initiativen?“) Und ich ersuche Sie, diese 30 Prozent zu befragen, ob es ihnen nicht früher doch besser

gegangen ist als heute, und ich behaupte, daß das genau ein Berufsstand, eine Gruppe ist, denen es damals besser gegangen ist als jetzt. Also dort geht es ins Leere und es sind immerhin über 40.000 Steirer (Abg. Ileschitz: „Ihr habt Rom an einem Tag erbaut!“), von denen behaupte ich, daß es ihnen früher besser gegangen ist als jetzt.

Nun, meine Damen und Herren, es stimmt am System etwas nicht, nichts anderes habe ich mir erlaubt anzumerken, und dabei bleibe ich! (Abg. Ileschitz: „Nicht ablenken!“) Die Sozialistische Partei betreibt auf Bundesebene jetzt eine Politik, nachdem sie sieht, daß die Ausgaben sich diametral zu den Einnahmen bewegen, eine Politik, daß sie versucht, das Förderungswesen zu durchforsten; nur trifft sie wieder die falschen. Sie versucht, bei der Minderheit einzusparen, weil sie sich mit der Mehrheit nicht anlegen will. Sie versucht, das Stützungswesen zu durchforsten. Dies trifft auch wieder die Minderheit, es wird also nicht viel heraus schauen. Sie versucht, auf dem Sektor der Freibeträge etwas zu tun, weil sie glaubt, hier gibt es Privilegierte. Sie geht nach dem Verursacherprinzip vor. Damit wurde ja auch die Einführung der LKW-Steuer motiviert und begründet. Also bitte, offensichtlich bricht der Staatshaushalt (Abg. Ileschitz: „Um den brauchen Sie sich keine Sorgen machen!“) aus allen Fugen, und man versucht hier Einnahmen zu eröffnen.

Nun zum Verwaltungsübereinkommen, lieber Herr Landesrat Gruber! Und hier meine ich, daß dies genau ein Beispiel dafür ist, wo sich unsere Auffassungen nie treffen werden, weil dieses hier zitierte Verwaltungsübereinkommen ein unsoziales Übereinkommen ist. Ich meine unsozial in dem Sinne, daß soziale Leistungen demjenigen zugute kommen sollen, der sie nicht braucht. Und damit Sie mein Bekenntnis noch einmal hören. Oberste Maxime meiner Vorstellung von Sozialpolitik ist die, daß derjenige durch die Gesellschaft gestützt werden soll, der der Stütze, der Hilfe der Gesellschaft bedarf! Ich glaube, hier liegen wir vielleicht gar nicht soweit auseinander. Und hier trifft es eben Leute, die die Stütze dieser Gemeinschaft und Gesellschaft nicht brauchen. Sie haben ja schon den historischen Hergang geschildert. Im Jahre 1942 ist dieses Verwaltungsübereinkommen mit der Gebietskrankenkasse geschlossen worden, und zwar deshalb, weil die Gebietskrankenkasse bei Krankenhausaufenthalten von Familienangehörigen von Versicherten damals nur 70 Prozent bezahlt hat und 30 Prozent der Betroffene selbst zu zahlen hatte. Und da ist die öffentliche Hand eingesprungen und hat gesagt, also diese 30 Prozent bezahlen wir. Im Jahre 1945 ist dann der Landesfürsorgeverband in dieses Übereinkommen eingestiegen und inzwischen allerdings hat sich auf Grund verschiedener ASVG-Novellen der Umstand ergeben, daß nicht mehr 30 Prozent nicht bezahlt werden, sondern nur mehr 10 Prozent nicht bezahlt werden. Und mit der Verabschiedung des Sozialhilfegesetzes, meine Damen und Herren, hat sich dieses Übereinkommen nach unseren Vorstellungen auf jeden Fall erübrigt, weil wenn es sich um einen Bedürftigen handelt, ja auf Grund des Sozialhilfegesetzes diesem Sozialbedürf-

tigen ohnedies die Krankenhauskosten bezahlt werden. (Landesrat Gruber: „Nur ein Zwischenruf. Sie sind bereit mit Ihrer Koalition dieses Verwaltungsübereinkommen zu kündigen? Danke schön!“) Ja, und zwar deshalb, weil dieses Verwaltungsübereinkommen jene Gießkanne darstellt, die Sie so als Beglückung über alle österreichischen Staatsbürger hier darüberschwenken, weil nämlich auf Grund dieses Verwaltungsübereinkommens auch Nichtbedürftige (Landesrat Gruber: „Eines ist mir neu, daß Sie für die ÖVP sprechen!“), meine Damen und Herren, hier diese 10 Prozent Krankenhauskosten ersetzt bekommen. Und da meine ich, das ist nicht notwendig. (Abg. Preamberger: „Wir werden es den Arbeitnehmern sagen, welche Einstellung Sie haben!“) Hier haben wir die Auffassung vertreten, und Sie haben sich ja offensichtlich auf die Zeitungsmeldungen von heute auf Grund der Pressekonferenz, die unser Fraktionsobmann gegeben hat, berufen, hier sind wir der Meinung, daß sei noch einmal betont (Abg. Zdzarsky: „Die gehen dann zu spät ins Krankenhaus!“ — Abg. Sponer: „Klassenunterschiede schaffen!“), daß der Sozialbedürftige vom Sozialhilfeverband diese 10 Prozent bekommen soll. Keine Frage, dazu bekennen wir uns! Wir haben ja auch zum Sozialhilfegesetz ja gesagt. Aber wir sehen es nicht ein, daß derjenige, der nicht bedürftig ist, dies auch ersetzt bekommt, meine Damen und Herren! Ich darf Sie nur darauf hinweisen, ich habe mich hier kurz erkundigt, weil ich soetwas in Erinnerung hatte, bei der bäuerlichen Versicherung schaut es ja auch so aus. Bei der bäuerlichen Versicherung gibt es 20 Prozent Selbstbehalt auf 28 Tage. Nach 28 Tagen werden die Kosten voll bezahlt, aber 28 Tage hindurch muß er auch 20 Prozent Selbstbehalt zahlen. (Abg. Brandl: „Die zahlen geringere Beiträge!“ — Landesrat Gruber: „Das stimmt nicht!“) Das stimmt, das haben mir die Landwirte hier gesagt, meine Damen und Herren. Also nachdem ich die genaue Ziffer nicht im Kopf hatte, habe ich mich bei den Landwirten hier erkundigt und sie haben es mir bestätigt. Das stimmt und so sieht es aus! Es ist dies nicht ein Sonderfall.

Und dann bitte noch etwas. Sie haben richtig gesagt, dieses Übereinkommen gibt es nur in der Steiermark. Warum haben die anderen Bundesländer dies nicht? Weil sie es nicht für notwendig erachtet haben. Weil sie dort genauso ihre Sozialhilfegesetze haben, ihre Sozialhilfeverbände und sich sagen, na gut, wenn jemand eine Hilfe braucht, dann bekommt er über den Sozialhilfeverband diese Hilfe und wenn er sie nicht braucht, so sind offensichtlich die anderen Bundesländer der Meinung, daß er es nicht zu bekommen hat. Wobei — ich weiß, daß manchmal die Gebietskrankenkasse das auch nicht einfordert, das gebe ich zu — (Landesrat Gruber: „Sie halten gar nichts von steirisch-eigenständig!“ — Abg. Preamberger: „Er will nichts davon wissen!“) Schauen Sie, das „Steirisch-eigenständig“ wird ja immer so gedreht, wie man es braucht. Das machen nicht nur Sie so, das macht ja die Volkspartei auch so. Aber das ist eine grundsätzliche Sachfrage, die mit „steirisch-eigenständig“ nichts zu tun hat, sondern ich gebe ja nur über-

legen, daß die anderen Bundesländer sich ja auch Gedanken gemacht haben. (Landesrat Gruber: „Wo bleibt der Föderalismus?“) Nein, die haben sich sicher auch Gedanken gemacht.

Und bitte, meine Herrschaften, das muß man jetzt auch einmal offen sagen, der Kollege Hammerl ist ein hier anwesender Zeuge, die Anträge, dieses Verwaltungsübereinkommen zu kündigen, wurden vom Sozialamt und nicht von politischer Seite hier gestellt, von den Beamten oder Verantwortlichen des Sozialamtes, die ja 30 Jahre hindurch sehr sorgfältig durch die Sozialistische Partei ausgesucht wurden. Jene Beamten haben von sich aus die Meinung vertreten, das Übereinkommen zu kündigen. Sie sind auch Sozialisten, um es zu sagen, und ich unterstelle Ihnen nicht, daß sie unsozial sind. Aber sie haben sich etwas gedacht als Verwaltungsbeamte und Leute, die ständig mit sozialen Belangen zu tun haben. Die Anträge sind von Amts wegen an den verantwortlichen Referenten gegangen, nur hat er darauf nicht reagiert. Am 3. Dezember 1975 ein Amtsantrag weg, am 5. Dezember 1975 ein Amtsantrag weg, am 12. September 1977 ein Amtsantrag weg, am 13. Juli 1978 ein Antrag weg. Die Beamten, die Tag für Tag mit den sozial Bedürftigen und auch mit dem sozialen Elend in dieser Stadt konfrontiert sind — dies gebe ich zu, Sie wissen selbst, Sie werden ja schon einmal hinübergeschaut haben, was sich Tag für Tag im Rathaus an sozialem Elend einfand —, sind offensichtlich von sich aus der Überzeugung, daß es richtig wäre, dieses Übereinkommen zu kündigen, meine Damen und Herren. Die sind nicht auf Grund einer politischen Weisung zu diesem Entschluß gekommen, sondern aus eigener Sachkenntnis, und ich traue ihnen diese Sachkenntnis zu, und ich glaube auch, daß sie mit Sicherheit mehr Sachkenntnis haben als ich. Aber die haben auch die Meinung vertreten. Also so von der Luft hergeholt ist das nicht, lieber Herr Landesrat Gruber! (Landesrat Gruber: „Sie reden immer von den Beamten und erwecken den Eindruck, daß diesen Antrag eine Menge von Beamten unterschrieben haben. Den hat nur einer unterschrieben. Es ist nur eine Unterschrift darauf, und zwar die vom Sozialamtsdirektor und sonst von niemandem!“) Der Chef ist ja zuständig!

Ja Sie, es würde sich jeder Abteilungsleiter dagegen verwahren, daß von seiner Abteilung etwas hinausgeht, was er nicht kennt und was er nicht unterschrieben hat. Das kann nicht irgendwer, hier sind die Verantwortungsstrukturen ja ganz eindeutig da. Der Chef hat das unterschrieben, ja selbstverständlich! Und Sie wollen dem Chef ja nicht unterstellen, daß er nicht weiß, was er unterschreibt (Abg. Sponer: „Euch paßt das ja!“), wobei er den Antrag vielleicht gar nicht erarbeitet hat, das ist durchaus möglich, das kann ich auch nicht sagen, aber von ihm gezeichnet als Empfehlung an den Sozialreferenten der Stadt Graz, der nicht nur in dieser Frage versagt hat (Abg. Preamberger: „Sagen Sie das in der Gemeinde!“), sondern wie ich auch gestern — natürlich was die Gebühren und Tarife anbelangt — recht ausführlich hier versucht habe darzulegen, auch in anderen Bereichen versagt hat.

(Abg. Brandl: „Zur Gruppe 4, das gehört zur Gruppe 5!“ — Abg. Zinkanell: „Wir sind bei der Gruppe 5 und nicht bei der Gruppe 4!“) Diese Diskussion gibt es ja nur deshalb, weil die Sozialistische Partei (Abg. Brandl: „Dann fangen wir bei der Gruppe 0 an!“) jetzt glaubt, so ein vorbudgetäres Theater in der Stadt Graz aufführen zu können. (Abg. Sponer: „Das ist eine ganz neue Art!“) Herr Landesrat Gruber ist im Schlußwort auf diese Frage eingegangen. Ich war nur so fair und habe mich — (Abg. Preamberger: „Das ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen!“) Lieber Herr Kollege Preamberger, die Geschäftsordnung interpretiert der Herr Präsident. (Abg. Zinkanell: „Es gibt in der Gruppe 5 keinen Ansatz, wo das dazugehört!“ — Abg. Sponer: „Das ist eine zweite Generalrede!“) Der Herr Präsident hat bisher offensichtlich die Meinung vertreten, daß es zur Sache gehört, weil ich mich nach dem Schlußwort eines Referenten nicht melde. Aber bitte, unbeantwortet kann man solche Unterstellungen einfach nicht hinnehmen, und das wollte ich damit gesagt haben. (Abg. Gerhard Heindinger: „Was sagt der Präsident? Das ist entscheidend!“ — Beifall bei der FPÖ und bei der ÖVP.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Zdarky. Ich erteile es ihr.

Abg. Zdarky: Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Turek hat mich jetzt ein bißchen herausgefordert. (Abg. Dipl.-Ing. Chibidziura: „Es ist nicht immer gut, wenn Sie herausgefordert werden!“) Zur Gruppe 5, und zwar zum Selbstbehalt beim Spitalsaufenthalt. Die ÖVP-Abgeordneten haben zwei leitende Ärzte unter ihren Abgeordneten, die wären sicher, wenn sie das vertreten würden, selbst auf diese Idee gekommen und hätten hier bei dieser Gruppe auch einmal das gefordert. (Abg. Ing. Turek: „Das ist da. Das ist nicht gefordert worden!“) Zehn Prozent Selbstbehalt! Ich möchte nur sagen, ich bin sehr lange im Krankenhaus tätig. Ich habe seinerzeit erlebt, als es die Bauernkrankenkasse noch nicht gab, wie viele Frauen zu uns gekommen sind, denen nicht mehr zu helfen war, weil sie zu spät gekommen sind. Ich bin froh und dankbar, daß das nicht mit den 10 Prozent Selbstbehalt ist und auch nicht bleiben soll und auch nicht kommen soll, denn das wäre (Abg. Ing. Turek: „Das ist so!“ — Abg. Gerhard Heindinger: „De facto ist es nicht! Wer zahlt es? Rede keinen Blödsinn!“ — Abg. Ing. Turek: „Auch de facto! Bei den Bauern schon!“) De facto ist es nicht, denn dann werden wieder viele Menschen zu spät kommen, denen vielleicht nicht oder sehr schwer zu helfen wäre und es wäre vielleicht eine viel größere finanzielle Belastung des Budgets als jetzt diese 10 Prozent. Ich bin froh und dankbar, daß die Frauen rechtzeitig kommen können, weil sie eben diese Hilfe umsonst haben (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Landesrat Prof. Jungwirth das Wort.

Landesrat Prof. Jungwirth: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! (Abg. Gerhard Heindinger: „Es ist ein Unterschied gewesen!“ — Abg. Ing. Turek: „Nicht Sozialisten, sondern Sozialdemokraten!“ — Weitere unverständliche Zwischenrufe.) Darf ich reden? Bitte sehr. Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich melde mich zu Wort, weil ich in vier Wortmeldungen angesprochen wurde, und möchte die Fragen, die hier aufgerollt wurden, kurz beantworten. Zuerst zur Frage der Lebensmittelkontrolle, die von der Frau Abgeordneten Bischof angeschnitten wurde. Dieses Problem ist mir sehr gut bekannt und auch eine Sorge im Sinne der Volksgesundheit und des Fremdenverkehrs. Ein Problem, das nicht übersehen werden darf! Die Problematik liegt zum Teil im Personalstand; das ist richtig, und wir haben uns mit der Personalabteilung in Verbindung gesetzt. Sie steht ununterbrochen unter dem Beschuß von jenen Kritikern, die sagen, daß die Personalkosten zu stark steigen und hat daher nicht sofort mit Mengen von Aufstockungen reagiert, aber es ist eine mehrstufige Aufstockung der Lebensmittelkontrolle vorgesehen, und eine erste Realisierung wird bereits mit 1. Jänner 1979 eintreten. Es wird eine weitere Planstelle in der Lebensmittelkontrolle geschaffen werden, so daß eine gewisse Verbesserung bereits ab 1979 eintreten wird.

Frau Abgeordnete Zdarky hat sich für das leitende und lehrende Pflegepersonal interessiert beziehungsweise für die Frage der Sonderausbildung dieses Personals in der Steiermark. Es ist richtig, daß wir auf dem Gebiet der Sonderausbildung mehrere wichtige Gebiete in der Steiermark bereits gut abdecken. Auf diesem speziellen Gebiet noch nicht. In Wien und Mödling besteht diese Möglichkeit, aber noch nicht bei uns. Die Fachabteilung für das Gesundheitswesen hat das Einvernehmen mit dem Bundesministerium für Gesundheit und Umweltschutz hergestellt, und die Sonderausbildung für diese Schwestern ist ja für die Steiermark inzwischen bewilligt worden. Das Problem, das noch zu lösen ist, ist die Frage des Lehrprogramms. Die Fachabteilung hat versucht, den Kontakt mit der Hochschule herzustellen. Wir würden dieses Problem gerne zusammen mit der Medizinischen Fakultät und eventuell auch mit dem Pädagogischen Institut, mit Professor Seel, zusammen lösen. Hier gibt es noch kleine Probleme, aber ich hoffe, daß die auch lösbar sein werden. Sollte das nicht der Fall sein, müßten wir auf Landesebene zu arbeiten beginnen. Ich rechne jedenfalls damit, daß ab Herbst 1979 diese Ausbildung auch in Graz angeboten werden kann.

Eine sehr ernste und wichtige Frage betrifft den Nationalpark „Niedere Tauern“. Es ist tatsächlich so, daß durch das neue Naturschutzgesetz die Möglichkeit gegeben ist, in der Steiermark, auch in anderen Bundesländern inzwischen, eine gewisse Zone, deren Landschaft besonders wertvoll ist, mit dem Gütesiegel, mit einem Etikett „Nationalpark“ zu versehen. Im konkreten Fall handelt es sich um eine Zone, die etwa umrissen werden kann mit den Regionen der Niederen Tauern zwischen Schladming und Gröbming im Norden und Tamsweg und Murau

im Süden. Die Zonen reichen dabei von der Steiermark hinein in das Land Salzburg. In einem solchen Nationalpark soll dafür gesorgt werden, daß großtechnische Eingriffe, die die Landschaft eindeutig verändern und verschlechtern, unmöglich gemacht werden. Dabei soll durchaus die landwirtschaftliche Nutzung, die ganze forst-, jagd-, fischereiwirtschaftliche Nutzung im bisherigen Ausmaß weiterhin möglich sein, denn sie ist ja natürlich eine Arbeit, die die Landschaft pflegt und das ökologische Gleichgewicht sichert; das wissen Naturschützer sehr genau. Nun gibt es ein Konzept, das eine Kernzone vorsieht und eine Randzone. Die Kernzone soll zum Naturschutzgebiet erklärt werden, die Randzone zum Landschaftsschutzgebiet. Laut Gesetz hat natürlich der Eigentümer das Recht der Parteistellung, das heißt, es müssen die Verordnungsentwürfe hinausgehen und alle Eigentümer müssen befragt werden, müssen das Recht haben, ihre Parteistellung zu wahren. Es gibt ein Problem und das ist ein rein rechtliches. Es steht nämlich im Text des Naturschutzgesetzes, daß die Absichten dieser Verordnung den Grundeigentümern (Verfügungsberechtigten) bekanntzugeben sind. Die Grundeigentümer sind im Grundbuch sehr einfach aufzuspüren, die Verfügungsberechtigten aber nicht. Das heißt, die Abteilung, die mit dieser Verordnung beschäftigt ist, hat hier sehr große Probleme, und es wird sich sogar die Frage erheben, ob nicht über den Terminus „Verfügungsberechtigter“ noch einmal diskutiert und eventuell sogar eine Novellierung des Gesetzes vorgesehen werden muß. Diese Zeit ist aber sicherlich gut auszunützen, indem man für eine Phase, ich möchte sagen, von Information und Diskussion sorgt. Denn sicherlich gibt es noch eine Menge ungeklärter Fragen, eine Menge von Ängsten und Reserven, die, so glaube ich aber, zum Großteil gut und positiv aufgeklärt werden können. Ich hoffe jedenfalls, daß dieses Projekt zum Tragen kommen wird, denn es gibt uns sicherlich die Chance, im Einvernehmen mit den Menschen, die in diesen Regionen leben, wohnen und arbeiten, dafür zu sorgen, daß eine großartige, einmalige Landschaft erhalten bleiben kann und damit auch unserem Land ein Reichtum bleibt, der letzten Endes — das sollte zwar nicht das einzige Motiv sein, aber wir sollen es nicht vergessen — auch dem Fremdenverkehr in dieser Region sehr viel bringen kann.

Und viertens und letztens, meine Damen und Herren, zur Frage der ärztlichen Versorgung der ländlichen Gebiete. Hier sind Fortschritte durch das Distriktsärztegesetz erzielt worden, das wurde schon gesagt. Es gibt den Stellenplan, der zwischen Ärztekammer und Sozialversicherung ausgehandelt wird. Es hat darüber hinaus die Fachabteilung für das Gesundheitswesen auch mit der Raumplanung Kontakte aufgenommen, so daß dieser Bedarfsplan immer wieder korrigiert werden kann. Ich möchte sagen, daß es sehr erfreulich ist, daß wir gerade auf diesem Gebiet im abgelaufenen Jahr durch finanzielle Anreize einen sehr großen Fortschritt erzielen konnten. Es wird ja über das Landesbudget durch Zinsenzuschüsse Ärzten leichter möglich gemacht, sich außerhalb der Landeshauptstadt anzusiedeln. Seitdem diese Aktion im Rahmen der Fach-

abteilung für das Gesundheitswesen läuft, sind 96 solcher Niederlassungen mit Hilfe des Landes entstanden. Davon ein Drittel, genau sind es 31, im Jahre 1978. Die Mehrzahl dieser 96 neu angesiedelten Ärzte sind praktische Ärzte; 16 sind Fachärzte, sieben davon, die so dringend gesuchten Zahnärzte, die vielfach außerhalb von Graz wirklich sehr, sehr fehlen. Diese Aktion ist also erfolgreich, aber es wäre falsch, das Defizit zu verschweigen, das derzeit noch besteht. Nach dem derzeitigen Stellenplan sieht dieses Defizit Ende 1978 so aus: Es fehlen 36 Praktiker, also 36 Planstellen für praktische Ärzte sind in der Steiermark noch unbesetzt. Hier konnten wir zwar das Defizit stark drücken, aber immerhin 36 bleiben noch übrig. Es sind ebenso 22 Planstellen für Zahnärzte unbesetzt und 16 weitere Facharztstellen für Frauenfachärzte, Kinderfach-, Lungenfach-, Nervenfachärzte und Hals-Nasen-Ohren-Fachärzte. Das heißt, die Aktion muß weitergeführt werden, und es freut mich, daß die einschlägige Budgetpost — Sie können sich davon vergewissern — eine der seltenen ist, die im Jahre 1979 im Vergleich zum Jahre 1978 stark aufgestockt werden konnte. Auf diese Weise wird es möglich sein, das Recht auf gute ärztliche Versorgung in der Steiermark weiterhin gerechter zu verteilen. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Das Wort erteile ich dem Herrn Landesrat Bammer. Es ist gleichzeitig das Schlußwort.

Landesrat Bammer: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Diskussion über die steirischen Krankenanstalten hat viele Jahre. — man könnte fast Jahrzehnte sagen — in diesem Hohen Haus für atmosphärische Höhepunkte gesorgt. Ich glaube, daß, wenn es heute eine so relativ kurze Diskussion gegeben hat, es nicht nur oder ausschließlich auf die Abwesenheit des Herrn Abgeordneten Piaty zurückzuführen ist, sondern daß so wie in einer Familie, wenn die wirtschaftliche Basis schlechter wird, wenn das Geld knapper wird, alle mehr zusammenrücken, um also gemeinsam leichter einen solchen Engpaß zu überwinden oder eine solche Passage zu passieren. Ich bin allen Diskussionsrednern für die Vorschläge, die gemacht wurden, sehr dankbar. Auch für die kritischen Vorschläge. Ich darf Ihnen versichern, daß ich, sobald ich das stenografische Protokoll der letzten Budgetdebatte in die Hand bekommen habe — es war leider, wie im Finanz-Ausschuß schon betont, relativ spät —, mich bemüht habe, nachzulesen, welche Vorschläge in der Budgetdebatte erstattet worden sind und auch bemüht war, mit der zuständigen Abteilung soweit die wirtschaftlichen Gegebenheiten vorhanden sind, Vorschläge zu realisieren oder Änderungen und Anpassungen in unserem System nach diesen Vorschlägen vorzunehmen. Ich verspreche das auch im Hinblick auf die heute gemachten Vorschläge und darf aber doch zu einigen schon jetzt knappe Ausführungen machen.

Die Frau Abgeordnete Jamnegg hat über die Diskussion, über die bevorstehende Diskussion zur Krankenanstaltengesetznovelle gesprochen, und ohne

auf den Gesprächsstand einzugehen, das haben ja auch Sie nur am Rande getan, möchte ich sagen, daß in der kommenden Regierungssitzung am Montag in der nächsten Woche die Vorlage der Regierung vorgelegt wird und dann sicher sehr bald im Jahre 1979 dem Landtag zugewiesen und dann die Diskussion wieder fortgesetzt werden kann. Wir haben uns entschlossen, um nicht Zeit zu verlieren, die seinerzeitige Vorlage wieder unverändert einzubringen, weil wir uns damit das gesamte Begutachtungsverfahren und Anhörungsverfahren ersparen, das uns sicherlich ein halbes Jahr hätte kosten können. Wir werden uns im ersten Halbjahr 1979 sehr im Detail mit diesen Fragen auseinandersetzen, die Sie ja auch aufgezeigt haben.

Zur Frage des Wirtschaftskörpers, des selbständigen Wirtschaftskörpers, zu dem die Krankenanstalten zusammengefaßt werden sollen, habe ich keine abschließende Auffassung. Wir haben uns in den Parteiverhandlungen darauf geeinigt, daß wir die Frage sehr ernsthaft prüfen, diskutieren und daß wir uns gemeinsam bemühen wollen, hier ein Stück weiterzukommen. Ich muß nur aufmerksam machen, mir scheint es aber aus meiner Sicht nicht sehr leicht zu sein. Ich habe das erste Mal in der steirischen Diskussion um die Krankenanstalten im Jahre 1974 den Vorschlag von der OVP gehört, selbständiger Wirtschaftskörper für die Spitäler. Es gibt bis heute in der OVP — soweit mir bekannt ist — kein abschließendes Papier, das als Verhandlungsgrundlage dienen könnte. Ich kritisiere das nicht, es zeigt nur, wie schwierig es ist, denn ich habe ja sehr bald nach Antritt meines Ressorts hier dem Herrn Landeshauptmann geschrieben und bat ihn um die Vorschläge, die es hier gibt, um die Unterlagen, und er teilte mir mit, daß, sobald sie fertiggestellt sind, ich sie bekommen werde. Sie sind offensichtlich noch immer in Arbeit.

Zur Frage des Spitalsplanes darf ich aus der Erfahrung mit Recht sagen, daß der als Zwischenbericht vom Landtag zur Kenntnis genommene Krankenanstaltenplan eine gute Grundlage für den gegenwärtigen Stand unserer Dispositionen bildet, daß natürlich ein Plan, der weit in die Zukunft reichen soll, Weichen stellen muß, immer den geänderten Gegebenheiten, Erkenntnissen und Entwicklungen angepaßt werden wird müssen und dazu bekennen wir uns. Das werden wir sicher auch tun.

Zum Diskussionsbeitrag der Frau Abgeordneten Zdarsky, mehr Krankenpflegeschülerinnen aufzunehmen: Wir haben uns schon in der Regierung gemeinsam dazu bekannt, die Ausbildungszahlen nicht zu senken, obwohl wir keinen so großen Bedarf im eigenen Bereich haben, weil wir glauben, daß ein junges Mädchen, das eine Ausbildung in dieser Art hat, auch diese erlernte Ausbildung sowohl in der Familie, der Verwandtschaft und in vielen anderen Bereichen nutzbringend verwerten kann und daß hier die Krankenpflegeschule den Charakter einer öffentlichen Lehrwerkstätte — wenn Sie wollen — annimmt. Wir werden uns auch bemühen, erweiterte Möglichkeiten für die Zeit zu suchen, wo ein großes Interesse und ein großes Angebot von jungen Mädchen hierfür gegeben ist. Der Abgeordnete Loidl, dem ich sehr für die An-

erkennung, die er allen im Krankenhausbereich Tätigen gezollt hat, danken möchte, hat sich mit der Frage des Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds und seiner Auswirkung beschäftigt. Ich werde darauf noch kurz zurückkommen.

Es ist ein Schwerpunkt der Überlegungen sicher auch die Frage der vermehrten Bereitstellung von Zahnärzten zur Behebung der Unterversorgung in vielen Teilen unseres Landes. Aber von der Diskussion über den Plan bis zu den ersten zusätzlichen Promotionen und Ergebnissen der Ausbildung vergehen viele Jahre. Wir werden die vermehrten Ausbildungsplätze sicher voll nützen, sie werden auch voll genützt aber die Absolventen, die fertigen Zahnärzte, die werden doch erst in einigen Jahren zur Verfügung stehen, so daß eine unmittelbare Auswirkung nicht zu erwarten ist, weil vielleicht etwas spät darangegangen wurde, diese verbesserten Möglichkeiten zu schaffen. Aber für die weitere Zukunft ist sicherlich mit einer Linderung dieses Problems zu rechnen.

Ich komme nunmehr im Anschluß an die Ankündigung der letzten Fragestunde zu der Frage, oder zum ersten Ergebnis der ersten Auswertung des Patientenfragebogens im Landeskrankenhaus Graz. Von Anfang Oktober bis etwa 17. November, also etwa sechs Wochen, wurden 1402 Patientenfragebögen ausgegeben, sind also von den Patienten abgegeben und ausgewertet. Es haben 22 Prozent aller mit Fragebögen Beteiligten diese Fragebögen ausgefüllt und abgegeben, und zwar in der Form, daß die Anonymität des Beantworters gewährleistet ist. Man kann sagen, daß insgesamt bei der ersten Grobauswertung sich ergeben hat, daß ein vorwiegend positives Ergebnis in der Beurteilung unserer Krankenanstalten aufscheint. Es sind also in dem Textteil, der auch hier verwertet werden konnte, häufig Danksagungen und Hinweise wie: „Machen sie so weiter“ und „Es ist alles bestens in Ordnung“. Diese Hinweise finden wir sehr oft. Es gibt natürlich auch, wie könnte es anders sein, Detailkritik. Das betrifft vor allem die älteren Häuser, wo die Sanitäreinrichtungen mangelhaft oder in der Zahl zu gering sind. Es gibt aber auch Klagen, daß in der I. Chirurgie, im Bad, das sehr gelobt wird, kein Vorhang ist. Ein gewisser Standard wird halt, wahrscheinlich entsprechend dem eigenen Wohnungsstandard, dann auch im Krankenhaus sehr unterschiedlich verlangt. Sicher also, daß in den Zimmern, wo mehrere Patienten zusammen sind, geklagt wird, daß eine zu große Enge dadurch gegeben ist. Da möchte ich aber dem endgültigen Ergebnis nicht vorgreifen. Es werden die Ärzte, überwiegend das Personal, vor allem die Schülerinnen in überreichem Maße als positiv beschrieben und bewertet. Wir werden also auch dort, wo es Klagen gibt, daß etwa das Essen immer kalt ins Zimmer kommt oder gewisse andere Dinge nicht funktionieren, denen gemeinsam mit der Leitung des Krankenhauses nachgehen. Daß manche Patienten sagen, wo es die Wahlkost gibt, mir hätten eigentlich von den drei Menüs, die zur Wahl stehen, zwei geschmeckt, warum kann ich das zweite nicht am Abend haben, ist natürlich menschlich begründet, aber in der Abwicklung unseres Betriebes nicht

möglich. Jedenfalls werde ich sehr gerne nach diesem ersten Ergebnis bemüht sein, den Fragebogen auch noch an die Erfahrungen anzupassen und dann in den anderen steirischen Krankenanstalten ebenfalls zur Verteilung bringen lassen, um also ein gesamtes Urteil der Patienten über unsere Einrichtungen zu erhalten. Es ist nun sehr schwierig aus dem Ressort einige Dinge herauszuziehen. Sie wissen, das Ressort ist auch von den Ziffern her sehr groß und es gibt viele, viele Probleme. Vielleicht einige Stichworte nur.

Die Verweildauer in den steirischen Krankenanstalten konnte weiterhin gesenkt werden; das ist sehr wertvoll. Es ist die Säuglingssterblichkeit, ein immer wieder sehr stark diskutiertes Problem, ebenfalls wesentlich gesenkt worden. Wir hatten ja 1975 24,5 Promille, 1977 18,9 Promille und im ersten Halbjahr 1978 hatten wir 16,4 Promille. Das heißt also, wir sind eigentlich, wenn der gesamt-österreichische Trend nicht noch weiter sinkt, im österreichischen Mittel gelandet. Wir waren lange Zeit von den Bundesländern her gesehen, an letzter Stelle, das heißt in schlechtester Position.

Wie schon der Finanzreferent und auch der Herr Abgeordnete Loidl heute wieder gesagt haben, besteht die erfreuliche Tatsache, daß der Zuschußbedarf des Landes für die Krankenanstalten durch die Beiträge aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds wesentlich herabgesetzt werden konnte. Wir hatten im Rechnungsjahr 1975 einen Abgang für Betten von 468 Millionen und haben bei einer beachtlichen Steigerung der Aufwendungen unter Zuhilfenahme der zusätzlichen Mittel, die 1978 bereitgestellt wurden und auch 1979 wieder bereitstehen, für den Voranschlag 1979 einen Abgang von 465 Millionen Schilling, das heißt, wir liegen gegenwärtig mit dieser Zuwendung aus dem Krankenanstaltenzusammenarbeitsfonds unter dem Abgang des Jahres 1975, was sicherlich für die anderen Regierungsmitglieder und für den Finanzreferenten eine wertvolle Entwicklung ist.

Leider muß ich sagen, ist der Trend in den Krankenanstalten ein höherer Anteil des Personalaufwandes zu Lasten des Sachaufwandes, auch des Investitionsaufwandes, weiterhin zu beobachten. Wir lagen ja im Jahre 1978 bei 37,4 Prozent Sachaufwand und es werden im Jahre 1979 35,9 Prozent sein, das heißt, wir sind schon bei über 64 Prozent Personalaufwand in unseren Krankenanstalten. Das ist natürlich für die Neuanschaffungen, für die Investitionen und für alle anderen Vorhaben, die wir haben, eine sehr betrübliche Entwicklung. Ich habe ein beachtliches Paket von Blättern vor mir, auf denen überall festgehalten ist, was 1978 fertiggestellt und 1979 weitergebaut wird. Ich habe den Eindruck, daß ich Sie trotz der Großartigkeit dieser Leistungen zu sehr strapazieren würde, wenn ich das alles verlese, obwohl ja jeder Abgeordnete sich sehr bemüht, für sein Krankenhaus, das in seinem Tätigkeitsbereich gelegen ist, neue Anschaffungen und verbesserte Ausbauten und Modernisierungen zu erreichen. Ich werde mir erlauben, unter Verzicht auf die Verlesung, den Abgeordneten einen kurzen schriftlichen Bericht nach der Budgetdebatte zuzusenden. (Allgemeiner Beifall.)

Ich möchte nur auf ein Problem und auf eine großartige Leistung, auf die alle Mitglieder des Hauses und der Regierung stolz sein können, verweisen. Es ist die Fertigstellung des Neubaus am Landeskrankenhaus Leoben. Ich habe mir erlaubt, die Eröffnungsschrift auf den Tisch zu legen. Wer das Krankenhaus schon besucht hat, ich hoffe nicht als Patient, sondern als wirklicher Besucher, wird beeindruckt sein von der Atmosphäre, die in diesem Krankenhaus, durch das Können der Architekten und durch geschmackvolle Farbenverwendung, entstanden ist. Es ist auch so, was doch sicherlich nicht oft vorkommt, daß Primarii gekommen sind und sich ausdrücklich bedankt haben bei den Regierungsmitgliedern, weil sie ein Arbeitsgebiet gefunden haben, das allen Erwartungen entspricht und das wirklich die besten Möglichkeiten für die Behandlung der ihnen Anvertrauten für die Zukunft gibt. Ich glaube wirklich, daß wir auf dieses große Werk, das unter meinem Referatsvorgänger weitestgehend entstanden ist, stolz sein können, und wir haben allerdings, das ist heute auch schon gesagt worden, mit den Planungen für Bruck, Deutschlandsberg und Rottenmann sowie mit den zahlreichen Ausbauten und mit den großen Problemen der Neubauten im Bereich des Landeskrankenhauses Graz, viele große Sorgen. Gerade im Bereich des Landeskrankenhauses Graz können die vielen Sorgen mit den Mitteln des Bundes gelindert werden.

Wir haben im Jahr 1978 vom Bund bekommen: für die I. Med. über 8 Millionen Schilling, Kinderchirurgie fast 2 Millionen Schilling, Augenklinik eine viertel Million Schilling, Frauenklinik 6,5 Millionen Schilling, Dermatologie über 2 Millionen Schilling, Radiologische Klinik 5,9 Millionen Schilling, Nervenklinik 400.000,— Schilling. Dazu kommt ein Forschungsbeitrag von 5 Millionen Schilling und so weiter. Das sind also an Bundesmitteln rund, ich glaube etwa 34,5 Millionen Schilling. Dazu 102 Millionen Schilling klinischer Mehraufwand, dazu 340 Millionen Schilling Zweckzuschuß und dazu 40 Millionen Schilling Investitionsbeitrag. Sie sehen also, daß sicher auch manches nur dadurch geleistet und geschaffen werden konnte, weil wir Beihilfen in Anspruch genommen haben. Wir haben mit 1. Jänner 1979, das scheint mir doch erwähnenswert, in allen unseren Anstalten die Kostenstellenrechnung, und zwar unter geringstem personellen Mehraufwand, eingeführt. Wir haben von den zuständigen Beamten des Gesundheitsministeriums volle Anerkennung bekommen; kaum ein anderes Bundesland hat diese Aufgabe so geschafft in dieser Form, wie wir in unseren Krankenanstalten. Hier verdienen alle Mitarbeiter in den Verwaltungen unserer Krankenanstalten sicher große Anerkennung und damit komme ich auch schon zum Schluß, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich möchte wirklich dem Hohen Haus und der Regierung für das Verständnis für den schwierigen Bereich der Krankenanstalten aufrichtig danken. Ich möchte aber auch allen in den Anstalten selbst Tätigen, vom ärztlichen Direktor in Graz, der Probleme genug hat und Sorgen, bis zu den Professoren, Klinikchefs, Primären, Ärzten, im Pflegedienst Tätigen, auch im Wirtschaftsdienst Tätigen herzlich

danken, ich möchte aber doch auch zum Ausdruck bringen, daß mit einer geringen Anzahl von Beamten in der Rechtsabteilung 12 ein außerordentlich großes Werk vollgebracht wird, denn vieles von dem, was mit der Führung der Krankenanstalten zusammenhängt, ist ja uns allen vielleicht gar nicht immer ganz gegenwärtig. Hofrat Dr. Schaffer und alle Beamten in der Rechtsabteilung 12 verdienen sicher volle Anerkennung und herzlichen Dank für diese Bemühungen.

Ich möchte aber darüber hinaus noch ein paar Dankesworte an einen Mann richten, der große Verantwortung im Schwerpunktkrankenhaus in Leoben getragen hat. Der ärztliche Leiter des Schwerpunktkrankenhauses Leoben, wirkl. Hofrat Primarius Dozent Dr. Karl Quaiser verläßt mit Jahresende das Landeskrankenhaus Leoben und damit den Landesdienst; er geht in Pension. Er hat sich große Verdienste um das Krankenhaus in Leoben, um alle im Anvertrauten erworben. Er hat Jahre hindurch, ja über zehn Jahre alle Probleme mit dem Bau gehabt, von den ersten Planungen bis zum Übersiedeln, bis zum Anlaufen des Betriebes im neuen Haus und da eigentlich alles fertig ist und so richtig ins Laufen kommt, ist seine Dienstzeit beendet und er tritt in den Ruhestand. Ich glaube, daß diesem Mann, der ja auch mit einer hohen bundesstaatlichen Auszeichnung vom Herrn Bundespräsidenten ausgezeichnet worden ist, der volle Dank des Landes, des Landtages und der Regierung gilt. (Allgemeiner Beifall.)

Ich darf Sie, meine Damen und Herren, aufrichtig ersuchen, auch in Zukunft den steirischen Krankenanstalten jene wohlwollende Grundhaltung zuzubilligen, die es allein möglich macht, daß diese Anstalten als wirklich gut organisierte und gut funktionierende Stätten des Gesundwerdens unserer steirischen Bevölkerung dienen. In diesem Sinne herzlichen Dank für Ihre Beiträge, und ich darf Ihnen die Versicherung geben, daß wir unter sparsamsten Bedingungen versuchen, auch in Zukunft in den Krankenanstalten der Steiermark für die Bevölkerung das Beste zu leisten. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Es liegt keine Wortmeldung mehr vor. Herr Abgeordneter Laurich hat das Schlußwort.

Abg. Laurich: Ich bitte über meinen Antrag abstimmen zu lassen.

Präsident: Wenn Sie den Ansätzen und Posten der Gruppe 5 Ihre Zustimmung geben, bitte ich um Ihr Händenzeichen. Die Gruppe ist angenommen.

Die Sitzung wird auf eine halbe Stunde bis 19.15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 18.45 bis 19.15 Uhr.)

Zweiter Präsident Gross: Meine Damen und Herren! Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf und kommen zur Gruppe 6, Straßen- und Wasserbau, Verkehr.

Gruppe 6: Straßen- und Wasserbau, Verkehr

Berichterstatte ist Abgeordneter Franz Kollmann. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Kollmann: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 6 behandelt unter anderem den Bau von Bundes- und Landesstraßen und die für die Erhaltung derselben erforderlichen Personal- und Sachaufwendungen. Zum allgemeinen Wasserbau, der die Förderung der Wasserversorgung und die Förderung der Abwasserbeseitigung einschließt, zählt auch der Beitrag an den Wasserwirtschaftsfonds, den das Land im kommenden Jahr vereinbarungsgemäß leisten muß, um das Funktionieren dieses Fonds für die Zukunft zu gewährleisten. Der Schutzwasserbau mit den Ansätzen für die Beobachtung und Sicherung des Wasserhaushaltes, den beachtlichen Beiträgen zu Flußbauten, zur Wildbachverbauung und für Lawenschutzbauten zählt ebenfalls zu dieser Budgetgruppe, die darüber hinaus auch Maßnahmen für den Straßenverkehr und die Luftfahrt einschließt. Die Einnahmen in dieser Gruppe sind mit 22,086.000,— Schilling veranschlagt, die Ausgaben mit insgesamt 1.130,435.000,— Schilling präliminiert. Zu den beachtenswertesten Ansätzen zählen die zweifelsohne die Ausgaben für die Autobahnfinanzierung. Die Gruppe 6 wurde im Finanzausschuß eingehend beraten. Namens des Ausschusses bitte ich um Annahme.

Zweiter Präsident Gross: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Lind. Ich erteile es ihm.

Abg. Lind: Hohes Haus, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich komme aus einer Region, in der sich das West-Ost-Wohlstandsgefälle besonders bemerkbar macht. Das Leben muß in unserer Region, in unserem Raum wieder lebenswerter gemacht werden. Der steigenden Arbeitslosigkeit ist zu begegnen, die Vollbeschäftigung ist zu sichern. Die Verkehrserschließung kann hier erstrangigen Beitrag leisten. Der Ausbau der Verbindungen des Wirtschaftsdreiecks Wien—Graz—Linz ist aus gesamtösterreichischer Sicht ein besonderes Erfordernis. Die Südautobahn bringt Verbindung in alle Welt, für die Wirtschaft, für den Fremdenverkehr, für alle. Sie schließt die Bundesländer Wien, Niederösterreich, Burgenland, Steiermark und Kärnten erst richtig zusammen. Die bisherigen Verhandlungen und Beschlüsse zwischen der Verantwortlichen des Landes Steiermark, des Bauten- und Finanzministeriums in der Frage der Vor- beziehungsweise Sonderfinanzierung steirischer Autobahnabschnitte und zahlreiche Kontaktgespräche mit den zuständigen Bearbeitern der genannten Ministerien haben zu einer Klärung in der finanziellen Beteiligung Bund—Land und zu einer Einigung in der technischen Festlegung der Abschnitte geführt. Da aus steirischer Sicht der Bau beider Autobahnen eine besondere Dringlichkeit hat, muß die Finanzierungsfrage auch einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden. Und dies ist mit Hilfe des Landes bereits geschehen.

Zur Südautobahn selbst: In den Jahren 1970 bis 1976 hat der Verkehr auf der Wechselstraße B 54 um 70 Prozent zugenommen. Von dieser Zunahme ist besonders der Abschnitt Hartberg—Gleisdorf der bestehenden Bundesstraße betroffen, der mit seinen Anlageverhältnissen nicht mehr in der Lage ist, das Verkehrsaufkommen zu tragen. Die Prognosebelastungen 1985 nach Professor Köstenberger für jenen Verkehr, der sich auf die Autobahn verlagern wird, betragen für die Abschnitte der künftigen Südautobahn Hartberg—Gleisdorf und für die Umfahrung Gleisdorf beinahe 17.000 Fahrzeuge in 24 Stunden. Verkehrsspitzen sind noch höher, daher sind auch laufend Verkehrsunfälle, Verkehrsstauungen, zum Teil auch Verkehrsunfälle mit tödlichem Ausgang. Die Verlagerung des LKW-Verkehrs auf die Wechselstraße bei der Fertigstellung der Autobahn aus Süden kommend, nimmt natürlich einen besonderen Rang auf der Wechselstraße ein. Engstellen und Ortsdurchfahrten zeichnen ein unzumutbares Bild. Diese Entwicklung zwingt zu einem raschen Ausbau der Südautobahn zwischen Hartberg und Gleisdorf und zeigt, daß mit einem vorrangigen Halbausbau von Hartberg bis zur Umfahrung Gleisdorf vorerst noch das Auslangen gefunden werden kann, zumal eine Richtungsfahrbahn vier-spurig aktiviert werden könnte, und der Langsamverkehr entfällt. Dieser vorrangige Halbausbau ist auf Grund der derzeitigen Zuteilungsquote nur mit einer Vorfinanzierung von seiten des Bundes und des Landes für die nachstehenden Abschnitte erreichbar. Diese Abschnitte sind Hartberg—Ilz mit Gesamtbaukosten von 1,1 Milliarden Schilling, Umfahrung Gleisdorf B 65 mit Gesamtbaukosten von 350 Millionen Schilling. Die Gesamtbaukosten der Abschnitte betragen somit also 1.450.000.000,— Schilling unter Berücksichtigung einer fünfjährigen Bauzeit und einer Baupreissteigerung von sechs Prozent. Der restliche Abschnitt von Ilz bis zur B 65 müßte im Rahmen der normalen Zuteilungsquote ausfinanziert werden. Mit dieser Abschnittsgliederung ist es möglich, unter Einbeziehung der Fürstfelder Straße B 65 bereits verkehrswirksame Abschnitte zu erzeugen. Zu diesen Gesamtbaukosten kommen noch die Kosten für den Ausbau eines Zubringers im Raume Hartberg. Dieser Zubringer könnte nach Fortsetzung des Autobahnbaues bis zur Anschlußstelle Friedberg vom Land übernommen werden.

Nun zur Finanzierung der Abschnitte. Der Vorfinanzierungsbeitrag setzt sich zusammen aus den Gesamtbaukosten Hartberg—Ilz mit 1,1 Milliarden Schilling, der Umfahrung Gleisdorf mit 350 Millionen Schilling und für die Zubringerstraße sind zirka 50 Millionen Schilling angesetzt. Ich hoffe sogar, daß hier noch eine günstigere Lösung gefunden wird. Für diese Vorfinanzierung zahlt das Land Zinsenzuschüsse von jeweils 25 Millionen Schilling in den ersten beiden Jahren, die mit 10 Millionen Schilling auf je 350 Millionen Schilling Vorfinanzierung bemessen werden, so daß eine Kreditaufnahme nur für die Autobahnabschnitte von 1.450.000.000,— Schilling erforderlich ist. Für diesen Kredit trägt der Bund Zinskosten bis 4 Prozent, jedoch höchstens die Hälfte der tatsächlichen Zin-

sen. Das Land übernimmt jene Zinskosten, die über 4 Prozent hinausgehen. Dem gegenständlichen Finanzierungsmodell wurde bei der besten technischen Durchführung eine Bauzeit von fünf Jahren und eine Tilgungszeit von ebenfalls fünf Jahren zugrunde gelegt. Die Baukostenerhöhung wurde mit 6 Prozent veranschlagt, die Zinskosten mit 9 Prozent in Rechnung gestellt, das heißt, daß die Steiermark 5 Prozent der Zinskosten zu tragen hat. Demnach ergibt sich auf Grund der technisch festgelegten Abschnitte folgendes Finanzierungsmodell:

Beim Vorfinanzierungsmodell wurde die Gesamtbetrachtung der Südautobahnfinanzierung einbezogen und der im Bauprogramm 1977 vorgesehenen Zuteilungsquote von 275 Millionen Schilling unter Berücksichtigung einer jährlichen Steigerung von 6 Prozent ausgegangen. Das heißt, die jährlichen Belastungen wurden mit den zu erwartenden Zuteilungen des Bundes in Einklang gebracht, woraus sich folgende Zielvorstellungen ergeben: Fertigbau über die Pack bis 1983 und Ausfinanzierung, Fertigstellung der Südumfahrung Gleisdorf bis 1980 und Ausfinanzierung, Bau der Abschnitte Hartberg—Ilz sowie die Verlängerung der Umfahrung Gleisdorf B 65 bis 1983 mittels einer Vorfinanzierung, Ausbau des noch fehlenden Abschnittes B 65 Ilz aus normalen Zuteilungsmitteln. Die Mitfinanzierung der Steiermark soll innerhalb eines zehnjährigen Zeitraumes von 1978 bis 1987 mit den ausgewiesenen Beträgen zum Tragen kommen. Wenn die Zusagen von seiten des Ministeriums eingehalten werden (Abg. Schrammel: „Wenn!“) und wenn also die hier von mir nun genannten Mittel bereitgestellt werden, so besteht berechtigt die Aussicht, und wir hoffen es, bis zum Jahr 1980 die vorrangigsten Baumaßnahmen der Südautobahn für den Raum Hartberg—Gleisdorf vorzunehmen. Das würde bedeuten, daß bereits 1978 106 Millionen Schilling, 1979 225 Millionen Schilling und 1980 257 Millionen Schilling, 1981 378 Millionen Schilling und 1982 401 Millionen Schilling verbaut würden. Erfolge eines gemeinsamen harten Kampfes für den Bau der Südautobahn zeichnen sich nun Gott sei Dank ab. Mit dem Anschlag des Kalcherkogeltunnels vor einigen Tagen ist das letzte Hindernis für den Packübergang im Zuge der Südautobahn beseitigt worden. 1982 soll der Verkehr über die Autobahn nach Kärnten fließen. Aber auch im Abschnitt Hartberg—Gleisdorf können wir erfreuliche Aktivitäten feststellen. Die Umfahrung Gleisdorf wird 1980 in Verkehr gehen, hoffen wir, und für die Fortsetzung in Richtung Ilz sind zahlreiche Brücken schon im Bau. Herr Landesrat Dr. Krainer und unsere Autobahnplaner haben sich ein Ziel gesteckt, nämlich die Verkehrswirksamkeit einer Richtungsfahrbahn der Autobahn bis 1982. Es könnte aber sein, daß diese Terminpläne durch ein leichter erscheinendes Problem gefährdet sind, und zwar geht es um die Savereregulierung zwischen Hopfau und Waltersdorf in der Oststeiermark. Seit mehr als einem Jahrzehnt haben wir vom Wasserverband, deren Obmann ich bin, auf die Notwendigkeit einer vordringlichen Regulierung hingewiesen und auch einige Regulierungsabschnitte bereits realisiert. Wir haben bisher 44 Millionen Schilling investiert, ohne daß bisher

ein Groschen von der Autobahnverwaltung beige-tragen worden wäre. Bei der seinerzeitigen Festlegung der Autobahntrasse war für die betroffenen Gemeinden die Durchführung der Saverregulierung eine wesentliche Bedingung für die Zustimmung. Nun ist aber das Bautenministerium der Ansicht, daß für den Autobahnbau lediglich abschnittsweise Teilregulierungen erforderlich sind. Der Wasserverband würde, unter anderem auch im Hinblick auf die Weiterbeschäftigung der bei den bisherigen Arbeiten eingesetzten Arbeitspartien, die Regulierungsarbeiten durchführen, wobei von den geschätzten Gesamtkosten von zirka 47 Millionen Schilling von der Autobahnverwaltung eine Pauschalsumme von etwas weniger als 40 Millionen Schilling zu entrichten wären. Außerdem hat sich der Wasserverband bereit erklärt, nach Fertigstellung der Regulierungsarbeiten die künftige Erhaltung zu übernehmen. Zwischen den Bedingungen, zu denen der Wasserverband, wie vorhin geschildert, zu einem Übereinkommen mit der Bundesstraßenverwaltung der Autobahn bereit wäre und den Vorstellungen seitens des Bundesministeriums für Bauten und Technik liegen, sage und schreibe lächerliche 3 bis 4 Millionen Schilling. Lächerlich in bezug auf die Gesamtkosten für den Halbausbau zwischen Hartberg und Ilz von mehr als einer Milliarde Schilling.

Sie alle wissen, wie dringend der weitere Ausbau der Südautobahn in Richtung Hartberg ist, und daß durch die Beteiligung des Landes eine Vorfinanzierung möglich wurde. Sie sehen, wenn man von Gleisdorf in Richtung Fürstenfeld fährt, daß die Bauarbeiten an den Brücken zügig voranschreiten und nun sollte es bei diesen so dringlichen Regulierungsmaßnahmen, wegen der Uneinsichtigkeit einiger Herren im Ministerium für Bauten und Technik zu Verzögerungen kommen? Dadurch würde der vorgesehene Fertigstellungstermin Ende 1982 in Frage gestellt sein. Ich bitte auch alle damit befaßten Stellen dahingehend zu wirken, daß mit den Regulierungsarbeiten unverzüglich begonnen werden kann. Immerhin sind ja gerade die Wintermonate ideal für Flußbauarbeiten, um so mehr, als bei einer Verzögerung die anfallenden Mehrkosten in keinem Vergleich zu den genannten 3 bis 4 Millionen Schilling stünden.

Halten wir uns noch einmal die Verkehrssituation vor Augen. Wir registrieren heute an der automatischen Zählstelle bei Hartberg und bei Gleisdorf einen durchschnittlichen täglichen Tagesverkehr von fast 17.000 Fahrzeugen. Von allen Transit-routen in Österreich hat die Route über den Wechsel die höchsten Steigerungsraten in der Verkehrszunahme aufzuweisen. Von 1970 weg sind es 9,5 Prozent im Jahr, das ergibt einen Verdoppelungszeitraum von weniger als zehn Jahren. Die Steigungsstrecken zusammen mit dem starken Schwerlastverkehr machen derzeit die Bundesstraße zwischen Hartberg und Gleisdorf zu einem Alptraum für die Autofahrer. Aber auch für die an dieser Straße wohnenden Menschen. Unsere angekündigten Selbstverteidigungsmaßnahmen sind uns Gott sei Dank erspart geblieben. Die Erfolgsaussichten für den Weiterbau der Südautobahn scheinen gegeben zu

sein, dies allerdings durch die tatkräftige Unterstützung von seiten des Landes. Ich bitte daher alle Verantwortlichen, alles daran zu setzen, daß die Südautobahn in ihrer Gesamtlänge also nicht nur von Hartberg bis Gleisdorf, sondern von Wien durchgehend bis zur Staatsgrenze in Kärnten, sobald als nur möglich fertiggestellt wird. Mit dem Autobahnbau hängen aber auch viele Arbeitsplätze zusammen. Mit dem Motto „Rege Bautätigkeit anstelle Arbeitslosigkeit“ möchte ich meine Ausführungen schließen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Abgeordnete Aichholzer.

Abg. Aichholzer: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich möchte zur Entwicklung des Verkehrs Stellung nehmen und hiebei auch auf andere Länder hinweisen und Vergleiche ziehen. Verkehrssteuern, meine Damen und Herren, hat es immer schon gegeben. Wenn man in der Vergangenheit zurückblättert, so hat man im Altertum schon Zölle und Maut eingehoben, um das Steuersäckel zu füllen. Die einzelnen Fürstentümer haben sich dieser Mautgebühren bedient. Bei uns ist es dann nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges wieder zur Einführung der Verkehrssteuer gekommen, die sich aber zuerst hauptsächlich nur für den Pkw-Verkehr ausgewirkt hat, weil es ja kaum einen Güterverkehr auf internationaler Ebene gegeben hat. Nach mehreren Jahren der Einhebung dieser Verkehrssteuern und mit Zunahme des Personenverkehrs haben dann die einzelnen Länder, die einzelnen Staaten auf Gegenseitigkeit diese Verkehrssteuern aufgehoben. Das heißt, sie haben sich gegenseitig davon befreit. Das kommt uns zugute, daß wir eigentlich jetzt in alle Länder Mitteleuropas, zum Teil auch Vorderasiens, ohne Gebühren, ohne Steuern zu zahlen, einreisen dürfen. Das hat so lange ausgereicht, als etwa die bestehenden Straßen für den Verkehr ausreichten und mit den bisher hergebrachten Verkehrswegen das Auslangen gefunden wurde. Mit dem Ausbau der Autobahnen wurde dann in einzelnen Ländern die Mautgebühr eingeführt. So haben zum Beispiel Italien und Griechenland auf allen Autobahnteilen Mautgebühren ein, auch Jugoslawien hat begonnen auf den Teilstücken, die ausgebaut sind, Mautgebühren einzuheben, und eigentlich alle anderen Staaten Mitteleuropas haben keine Mautgebühren eingeführt, vor allem nicht Deutschland, welches ja über ein gut ausgebautes Autobahnnetz verfügt. (Abg. Schrammel: „Außer Österreich mit der Lkw-Steuer!“) In Österreich hat man auch dann begonnen, die Westautobahn zuerst auszubauen, und man war der Meinung, in ganz Österreich die Autobahnen ohne Mautgebühr errichten zu können. Erst die schwierige Errichtung der Alpenübergänge hat es erfordert, doch Mautgebühren einzuheben, weil sich gezeigt hat, daß es sich in der vorgesehenen Zeit, die der Ausbau der Autobahnen benötigt, nicht bewerkstelligen ließe, ohne zusätzliche Mittel zu schöpfen. Wenn man aber mit den jetzt eingeho-

benen Mautgebühren in Italien und in Griechenland Vergleiche anstellt, dann zahlt man etwa für 300 bis 400 Kilometer, was die Durchreisestrecke in unserem Lande ausmachen würde, etwa von Spielfeld bis Salzburg oder von Spielfeld bis Passau, den Betrag, der bei uns für einen Alpenübergang eingehoben wird, so zum Beispiel am Felbertauern, am Großglockner, die Tauern-Autobahn, die Schleuse zwischen Mallnitz und Pöckstein, aber natürlich auch der Gleinalmtunnel. Es ist so, daß etwa zwischen 160,— und 200,— Schilling für diese Strecke verlangt werden, so daß, wenn man bei uns das aufteilen würde auf die 300 Kilometer, nicht sehr viel mehr Mautgebühren hereinkommen würden, als jetzt eben für das kleine Stück des Alpenhauptüberganges verlangt wird. Daß natürlich solche Länder wie die Türkei, die etwa ein Straßennetz von 2000 Kilometer zu errichten haben, für jenen Güterverkehr, der durch das Land durchfährt nach Persien und in den Persischen Golf, das ist sicherlich verständlich, daß die nicht ohne Gebühren für die Ausländer die Straßen dort erhalten könnten. Bei uns wurde dann nach langen Diskussionen in den letzten Jahren immer mehr und mehr der Ruf laut nach einer Besteuerung jener Lastkraftwagen, die aus dem Ausland hier bei uns durchfahren. Nach längerer Diskussion kam es dann zur Einführung der sogenannten Lkw-Steuer. Die Europäische Gemeinschaft wurde auch damit befaßt, und der zuständige Vertreter dieser Gemeinschaft hat bei der verkehrswissenschaftlichen Tagung hier in Graz sich so geäußert, daß die EG sicherlich Verständnis hat für diese Notmaßnahme Österreichs. Man könne von Österreich nicht verlangen, allein für die Wege durch Österreich aufzukommen, die ja hauptsächlich von den anderen benutzt werden. Also die Gemeinschaft sieht dies als eine Notmaßnahme an bis zu einer endgültigen Regelung der Wegekosten, die ja wohl auf alle beteiligten Länder aufgeteilt werden sollten. Dazu ist im Vergleich zu sagen, daß ein Lkw etwa einen Straßenverschleiß bewirkt wie 30.000 Pkws und natürlich ist es auch erforderlich für die 30, 40 und 50 Tonnen schweren Brummer wesentlich besser fundierte Straßen zu errichten als es sonst der Fall wäre. Die Einführung dieser Kraftfahrzeugsteuer, dieser Lkw-Steuer mit 1. Juli des heurigen Jahres hat dann zu einem gewaltigen Protest der Lkw-Besitzer geführt und sie haben zu einem Streik aufgerufen. Dieser Streik hat sich etwa zwischen dem 3. und 10. Juli abgespielt und hat sich so dargestellt, daß die Halter versuchten, ihre Lkws an der Grenze aufzustellen und so den Verkehr, den Ein- und Ausreiseverkehr zu behindern. Viele von den Straßenbenützern haben diese Maßnahme als Terror empfunden, weil sie ja überhaupt nichts dafür können, daß die Straßensteuer eingeführt wurde, und andere haben das wieder als einen Protest, als Revolte gegen den Staat aufgefaßt. In Spielfeld wurde diese Blockade zuerst vom zuständigen Bezirkshauptmann untersagt, das heißt, er hat dem ersten Ansuchen dieser Blockade keine Bewilligung erteilt. Es war den Sicherheitsorganen, also der Gendarmerie möglich, diese Blockade zu unterbinden, und es kam bei den ersten Maßnahmen zu keinem

Streik und die Lkw, die dort aufgestellt wurden, wurden von den Gendarmerieorganen weggeschafft. Das zweite Mal allerdings kam es zu keiner Untersagung mehr, weil anscheinend, so nehme ich an, dem Herrn Bezirkshauptmann Auftrag erteilt wurde, eine Untersagung nicht mehr auszusprechen. In diesem Zusammenhang hat auch Landeshauptmann Haslauer verlangt, die Sicherheitsdirektionen in Österreich aufzulassen, weil, so meinte er, die Landeshauptleute eine bessere Koordinierung herbeiführen könnten. In diesem Zusammenhang hat einer der Sicherheitsdirektoren an den Herrn Landeshauptmann Haslauer einen Brief gerichtet, den er auch an alle anderen interessierten Landeshauptleute und Politiker versendet hat und sie gebeten hat, sich dieser Sache anzunehmen. Er meint nämlich, daß ein weisungsgebundener Beamter, zum Beispiel ein Sicherheitsdirektor, der dem Innenministerium untersteht, sicherlich besser für die Sicherheit in Österreich sorgen könnte, als etwa ein Landeshauptmann, der zwar in diesem Fall auch weisungsgebunden wäre, aber doch im anderen Fall vielleicht auch der zuständige Interessensvertreter für das Verkehrsgewerbe sein könnte. Die Lkw-Halter sind anscheinend der Meinung, der Staat, das Land oder die Gemeinden sollen oder mögen die Straßen bauen, damit die Lkw-Halter fahren können. Wieviel und ob sie bezahlen wollen, das wollten allerdings die Lkw-Halter selbst bestimmen, denn sonst könnte es nicht der Fall sein, daß viele der Lkw-Halter jetzt den neuerrichteten Gleinalmtunnel meiden, nur um sich die Mautgebühren zu ersparen. Ich glaube, daß es nicht sinnvoll sein kann, sehr viele Mittel aufzuwenden, um eine gut ausgebaute Autobahn zu errichten und dann die Lkw weiterhin auf einer Route fahren zu lassen, wo sie weiterhin die Bevölkerung durch Lärm und Abgase belästigen.

Dazu möchte ich Ihnen einen Vergleich bringen, wie etwa die Schweiz versucht, das zu regeln. Die Schweiz hat bereits seit den dreißiger Jahren ein Nachtfahrverbot, welches im Sommer von 22 Uhr bis 4 Uhr früh Gültigkeit hat und im Winter von 21 Uhr bis fünf Uhr früh wirkt, außerdem eine Gewichtsbeschränkung für 28 Tonnen. Die Schweiz kann trotzdem ohne Schwierigkeiten die Versorgung gewährleisten, und es kommt zu keiner Behinderung der Lebensmittelversorgung oder sonstiger Güterversorgung im Lande. Es wäre zweckmäßig, auch für uns eine verstärkte Kontrolle, vor allem für die Gewichtsbeschränkung einzuführen und auch zu überlegen, ob nicht für jene Strecken, die außerhalb der Autobahnen liegen, auch ein generelles Nachtfahrverbot einzuführen wäre. Die Umweltbelastung durch den Lkw-Verkehr ist derart stark, daß namhafte Leute der Meinung sind, daß man nach wenigen Jahren sich wird überlegen müssen, Lkw mit Verbrennungsmotoren überhaupt zu verbieten. So hat sich zum Beispiel der Präsident der EG-Kommission dahingehend geäußert, daß man versuchen müßte, überhaupt die Lkw mit Verbrennungsmotoren aus dem Verkehr zu ziehen. (Abg. Preamberger: „Ich erlebe das in Bruck jeden Tag!“) Wenn man auf einer Autobahn oder auf einer Bundesstraße längere Zeit nach so einem

Lkw nachfährt, dann kann man selbst feststellen, wie stark die Umweltbelastung ist. Ich glaube daher, die einzige Alternative zum Straßenverkehr, vor allem zum güterbefördernden Straßenverkehr, wären die Eisenbahn und der Schiffsverkehr. Die Eisenbahn ist in der Lage, durch die Elektrifizierung, durch die Vollelektrifizierung der Hauptstrecken in ganz Europa, den Güterverkehr zu übernehmen und nach dem Ausbau des Rhein-Main-Donau-Kanals wird es auch möglich sein, einen wesentlichen Teil des Güterverkehrsstromes auf das Wasser umzuleiten. Meine Damen und Herren! Ich war heuer im Frühjahr in China und habe mich dort auch für die Verkehrsprobleme interessiert. Die Chinesen haben für 800 Millionen bis zu einer Milliarde Menschen zu sorgen und müssen sicherlich einen sehr großen Gütertransport bewältigen, um diese vielen Menschen auch versorgen zu können. Bei ihnen gibt es überhaupt noch keinen Güterfernverkehr auf der Straße. Es spielt sich der Verkehr auf dem Wasser, auf Kanälen und auf Flüssen ab und der übrige Teil wird zur Gänze mit der Eisenbahn bewältigt. (Abg. Ing. Turek: „In Venedig auch!“) Ich glaube daher, daß es eine falsche Annahme ist, wenn man heute glaubt, daß, wenn es zu einer Einschränkung des Straßengüterverkehrs kommen sollte, um die Umweltbelastung leichter zu ertragen, die Versorgung der Bevölkerung in Frage gestellt wäre. Das sind einige Gedanken zur Entwicklung des Verkehrs für die Zukunft, und ich bitte Sie, das auch mit zu überlegen. Dankeschön. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger.

Abg. Dr. Heidinger: Herr Präsident, Hohes Haus, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin sehr dankbar, daß Herr Kollege Aichholzer das Grundproblem des Verkehrs, wie es heute wieder reichlich diskutiert wird und wie ja, nicht ganz zugegeben, aber de facto, auch die sogenannte Lkw-Steuer oder der Straßenverkehrsbeitrag ein Beitrag der Bundesregierung in der Richtung der Rückentwicklung des Verkehrs, etwa 50 Jahre zurück, gewesen ist. Nämlich mit dem Ziel, den Güterverkehr wieder von der Straße auf die Eisenbahn zurückzubringen. Ich verstehe, Herr Kollege, daß Sie, schon von Beruf wegen, hier natürlich ein Plädoyer für die Eisenbahn halten müssen. Aber ich bitte Sie, nur zwei Zahlen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bei dieser Betrachtung sich vor Augen zu führen: Wir haben in Österreich 100.000 Kilometer Straßen, und wir haben 5600 Kilometer Bahnlinien, noch. Wenn wir die Nebenbahnen, die heute oder morgen, oder besser noch gestern wie morgen, hätten eingestellt werden sollen, aus wirtschaftlichen Gründen wegrechnen, sind es noch wesentlich weniger. Es ist zwar theoretisch möglich, auf dem Schienenweg von 5600 Kilometern den Güterverkehr zu bewältigen, er ist ja vor 50 Jahren auch weitgehend dort bewältigt worden, und dann hat man die Kleinverteilung mit Pferdefuhrwerken und mit Ochsenfuhrwerken durchgeführt. Aber die Welt läßt sich nicht zurückdrehen, und deswegen glaube ich, Herr

Kollege Aichholzer, ist es eine Utopie zu meinen, man könnte die Lkws wieder abschaffen und vielleicht mit Handkarren die Verteilung vornehmen. (Abg. Aichholzer: „Das hat niemand gesagt. Nur über den Fernverkehr!“) So ungefähr ist es mir vorgekommen (Abg. Aichholzer: „Falsch verstanden!“), aber ich bin sehr dankbar, wenn wir uns wieder einig sind, daß wir doch bei dieser Budgetpost über den Straßenverkehr und den Ausbau der Straßen hier in erster Linie zu diskutieren haben. Und ich möchte vorweg sagen, daß das Jahr 1978 sicher ein gutes Jahr für das steirische Straßennetz gewesen ist! Über die Südautobahn hat Kollege Lind bereits sehr ausführlich gesprochen. Ich möchte daher die Lichtpunkte für die zweite wesentliche Route durch die Steiermark, für die Pyhrnautobahn, aufzeigen. Da ist zunächst einmal die Strecke Friesach—St. Michael, die Mautstrecke mit dem Gleinalmtunnel, in Betrieb gegangen, und ich stimme mit Ihnen, Herr Kollege Aichholzer überein, daß dabei ein Wermutstropfen sich herausstellt, nämlich, daß die Lkws die Strecke nicht annehmen. Aber das liegt daran, daß leider das Bundesministerium für Finanzen, das federführend bei der Mautfestlegung ist, hier offensichtlich einen anderen Maßstab angelegt hat als bei der Maut für den Arlbergtunnel. Vielleicht weil die Herren der Bundesregierung schiffahrenderweise den Arlberg besser kennen, das weiß ich nicht. Aber ich würde den Vorstoß sehr unterstützen, den die steirische Landesregierung zur Unterstützung des Vorstandes der Pyhrnautobahn AG. bei der Bundesregierung gemacht hat, nämlich das die Mauthöhe für Lkw entsprechend dem wirtschaftlichen Vorteil heruntersgesetzt wird, und dann bin ich überzeugt, daß die Lkws — zumindest die inländischen Lkws — die Strecke annehmen. Denn sie als Transiteur wissen genau, wie viele Stunden ein Lkw, der im Transitverkehr eingesetzt ist, in Spielfeld stehen muß, und dann ist es verständlich, daß dieser sagt, ob ich die halbe Stunde mir erspare oder auch wenn es eine ganze Stunde ist, dann fahre ich unten im Tal und erspare mir die Maut, denn ich muß dann in Spielfeld sowieso stundenlang warten.

Das zweite ist, daß wir mit der Novelle des Pyhrnautobahngesetzes weitere Strecken in den Gesellschaftsautobahn hinein gebracht haben und daher absehen können, daß diese Strecken Mitte der achtziger Jahre befahrbar sind. Wir beide freuen uns, daß in wenigen Tagen die Strecke Weiten-dorf—Gralla provisorisch in Betrieb gehen kann, wir freuen uns über den Anschlag des Pyhrntunnels und schließlich, daß das Pyhrnsymposium, das Sie, Herr Kollege, schon erwähnt haben, sehr maßgeblich doch zur Meinungsbildung im europäischen Raum beitragen wird, wobei ich Ihren Optimismus bzw. Ihre Interpretation der Stellungnahme des Vertreters der EG-Kommission leider nicht ganz teilen kann. Ich verstehe, daß die EG sagt, zweimal bezahlen wir nicht, also einen verlorenen Beitrag plus Straßenverkehrsabgabe, das ist uns zuviel. Aber wenn man die Straßenverkehrsabgabe vielleicht als Pressionsmittel sieht, um sie dann fallen zu lassen, obwohl die Erklärungen der Bundesregierung nicht in der Richtung sprechen, so soll es auch akzeptiert sein!

Die zweite große Sache, die gelungen ist, ist, daß dank der Vorfinanzierungsbereitschaft durch das Land für die Autobahn nun der Bund sich offensichtlich in der Lage gesehen hat, auch gewisse Vorfinanzierungsprobleme in der Mur- und Mürzfurche zu lösen. Es wird mit dem Vorfinanzierungsbeschluß vom Herbst 1978 doch möglich sein, die wichtigsten Umfahrungen als Schnellstraßenhalbausbaue durchzuführen. Wir wissen, es sind die Umfahrungen Kindberg, die Strecke St. Marein—Bruck, die Umfahrung Knittelfeld und Aichdorf, und wir freuen uns, daß heuer der Tunneldurchschlag für die Umfahrung Mürzzuschlag signalisiert, daß bis 1980 diese Strecke in Betrieb gehen kann. Und wir sind auch froh, daß der S-Straßenausbau zwischen Friesach und Badl weitergeht und einige Brücken sich in Bau befinden. Und ich glaube, wir können heuer auch sagen, daß wir mit den voraussichtlichen Zuteilungen aus dem Bundesbudget für den Straßenbau und das Bauvolumen zufrieden sein können. Es werden 1979 950 Millionen Schilling inklusive der 400 Millionen Schilling Sonderprogramm für die B- und S-Straßen zur Verfügung stehen. Allerdings — und das ist, würde ich sagen, eine logische Folge, daß das Land die Vorfinanzierung für die Autobahnen teilweise auf sich genommen hat — werden diese, wenn Sie einen Blick in das Budget werfen, mit 166 Millionen Schilling ausgeworfen, so daß für den Ausbau von Landesstraßen nur 340 Millionen Schilling zur Verfügung stehen werden. Ich glaube, daß das doch eine sehr wesentliche Feststellung ist, weil wir ja seinerzeit bezüglich der Landesstraßen gesagt haben, daß wir ein Zehnjahresprogramm durchziehen wollen, daß die 3300 Kilometer Landesstraßen zunächst einmal sicher alle mit Asphaltdecke versorgt, daß — wo nötig — Deckenerneuerungen durchgeführt werden und daß die regionalen Hauptverbindungen ähnlich leistungsfähig wie die B-Straßen auszubauen sind. Und es war damals die Basis für das Landesstraßenprogramm viereinhalb Milliarden Schilling auf der Preisbasis 1975, und wenn wir die Zahlen, die seither tatsächlich verbaut worden sind, und die Preissteigerungen berücksichtigen, dann sehen wir schon, daß wir mit dem Programm nicht so zu Rande kommen können, wie wir uns das im Jahre 1975 vorgestellt haben. Es wird daher auch zu der angekündigten Überarbeitung kommen müssen, weil eben das Land zugunsten des hochrangigen Straßennetzes Abstriche, sozusagen für die eigenen Straßen, vornehmen mußte, was sicher gerade für den ländlichen Raum nicht ideal ist, aber in Abwägung der Möglichkeiten und der Notwendigkeiten war es sicher eine richtige Entscheidung. Und ich glaube, man muß sich auch vergegenwärtigen, daß die Landesstraßen nur ein Teil der gesamten Landesleistung für den Straßenbau schlechthin sind. Es kommt dazu der Güterwegbau, der also die engsten und feinsten Verästelungen unseres Straßennetzes darstellt, und es kommt eben jetzt die Vorfinanzierungsleistung dazu. Und wenn wir die Gesamtlandesleistung für den Straßenbau seitens des Landes vom Jahre 1977 mit nur 562 Millionen

Schilling und 1979 mit 732 Millionen Schilling sehen, ohne die Personalkosten, also die Kosten der Planung, des Landesbauamtes, der Bauämter usw., dann sehen wir schon, daß damit echt ein Schwerpunkt gesetzt wurde, der sicherlich zu beachten ist.

Ich darf mich nun ganz kurz mit einem Sonderproblem „Landesstraßen“ befassen, weil ein SPO-Antrag den Eindruck erwecken könnte, daß beim Landesstraßenbau die Landeshauptstadt Graz vernachlässigt wurde. Wie schaut die Wirklichkeit aus? Wir haben im Bereich der Stadt Graz 74 Kilometer Landesstraßen, das sind zweieinviertel Prozent des Landesstraßennetzes. Und wir haben vom Jahre 1973 bis 1978 120 Millionen Schilling nur für den Ausbau des Landesstraßennetzes in Graz verwendet. (Abg. Loidl: „Geh!“) In der gleichen Zeit ist für den Ausbau der Landesstraßen in der Steiermark ein Betrag von 2.327.000.000,— Schilling verwendet worden, und wenn Sie nun die 120 Millionen Schilling dazu in Relation setzen, so sind also für zweieinviertel Prozent Straßennetz über fünf Prozent der Ausbauleistung verwendet worden. Und wer von den Grazern weiß schon, daß der dritte Südgürtel, die Murbrücke Puntigam, die Göstinger Straße, die Zufahrt zum kommenden Unfallkrankenhaus, die Josef-Pock-Straße, die Ragnitzstraße, die Steinbergstraße, die Oberandritzstraße und die Straßganger Straße alles Landesstraßen sind und der Ausbau fast ausschließlich vom Land finanziert wurde? Und wer weiß, daß in der Stadt Graz sechs Verkehrssignalanlagen vom Land finanziert worden sind? Und wer nimmt schon zur Kenntnis, daß in der gleichen Zeit vom Bund nur 116 Millionen Schilling für die Bundesstraßen in Graz aufgewendet wurden. Es ist also sicher eine ins Leere gehende Meinung, und ich hoffe, daß die Zahlen Sie überzeugt haben, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Stadt Graz auch vom Landesstraßenbudget her sehr gut bedient worden ist.

Und weil ich geahnt habe, daß man über die Grundsatzdiskussion Schiene—Straße etwas sagen muß, Herr Kollege Aichholzer, wir haben uns nicht abgesprochen, aber es war naheliegend, so darf ich einen Artikel in der Zeitschrift „Arbeit und Wirtschaft“ von November unter dem Titel „Äpfel und Erdäpfel“ erwähnen, wo auch der Versuch gemacht wurde, darzustellen, daß die Wegkosten vom Straßenbenützer bei weitem nicht bezahlt werden. Ich möchte nun nicht untersuchen, das ist eine wissenschaftliche Frage und ein großer Streit, ob nun die Lkws soundsoviel Millionen zuwenig für die Straßenerhaltung zahlen. Aber eines steht fest. Daß die Straßenbenützer durch die verschiedensten Steuern bis auf eine Milliarde Schilling, ich werde Ihnen die Zahlen gleich auf den Tisch legen, die Wegkosten, die die öffentliche Hand zu dem Straßenausbau und für die Straßenerhaltung ausgibt, abgibt. Herr Kollege, während die Bundesbahn in der gleichen Zeit, für ein wesentlich kürzeres Netz, immerhin 16 Milliarden Schilling Defizit erwirtschaftet. (Abg. Hleschitz: „Kein Vergleich!“) Die Straßenbenützer zahlen an direkten Straßenverkehrssteuern, Kraftfahrsteuer, Mineralölsteuer, Bun-

ste Zukunft besteht. Bei der Wohnbaudebatte habe ich schon darauf hingewiesen, daß der arbeitsintensive Wohnbau, wenn er eingeschränkt wird, sehr negative Auswirkungen auf weite Teile dieses Gewerbes hat und es sind überhaupt die eher tristen Aussichten für den durch die öffentliche Hand finanzierten Hochbau, die Grund zur Sorge geben. Eine Analyse des Bundesbudgets 1979 ergibt, daß die Ausdehnung im Hochbau nur 2,9 Prozent bundesweit beträgt. Die diesbezüglichen Erwartungen in unserem eigenen Land, insbesondere, was das außerordentliche Budget betrifft, wo bisher immer etwas begonnen wurde, sind nicht besser. Das hat der Herr Finanzreferent deutlich genug gesagt.

Was den Tiefbau und den Straßenbau betrifft, das geht ja aus dem hervor, was vorhin übereinstimmend gesagt wurde, können wir außerordentlich zufrieden sein. Nur dort werden riesige Summen investiert mit einem sehr geringen Einsatz von Arbeitskräften. Wenn wir diese Summen im Hochbau verbauen würden, könnten wir das gar nicht, weil wir die Arbeitskräfte einfach nicht hätten. Man kann aber auch leider Geräte und Arbeitskräfte nicht so ohne weiteres von einer Sparte zur anderen transferieren. Aber bisher wurde jedenfalls — und da greife ich der morgigen Wirtschaftsdebatte etwas vor, wie der Herr Abgeordnete Dorfer, ich glaube, er hat seine Wirtschaftsdebatte schon gehalten (Abg. Ing. Stoisser: „Täusche dich nicht!“) —, er kann sich nur mehr wiederholen, dies tut er sowieso, viel kann nicht mehr passieren! Ich möchte sagen, bisher wurde jedenfalls, ohne unsere eigenen Leistungen zu verschweigen, insbesondere durch die Politik der Bundesregierung die Beschäftigung in der Bauwirtschaft aufrechterhalten. Dies ist, meine Damen und Herren, wie sehr namhafte Wirtschaftsexperten immer wieder feststellen, einer der wichtigsten Gründe, warum wir uns in dieser weltweiten Rezession gegenüber nahezu allen Ländern so außerordentlich gut halten konnten. Die Binnenkonjunktur geht einfach von der Bauwirtschaft aus, und es wäre daher in unser aller Interesse gelegen, wenn es so bleiben würde, wenn hiefür auch gewisse Opfer woanders gebracht werden müssen. (Abg. Dr. Dorfer: „Wo, woanders sollen die Opfer kommen? Vielleicht im Sozialen oder sonst wo?“) Wir sollten uns dazu entschließen, daß wir für solche Opfer, die von anderen als Belastungen bezeichnet werden, deswegen weil sie insgesamt von Vorteil wären, auch die Verantwortung übernehmen. Wir, glaube ich, sind dazu bereit! (Beifall bei der SPO.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Präsident: Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Dr. Josef Krainer. Ich erteile ihm das Wort!

Landesrat Dr. Krainer: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Solange ich mich zurückerinnern kann, hat der Baureferent bisher noch keine Gelegenheit gehabt, am zweiten Tag abends das Wort zu ergreifen. Es ist insofern auch eine Premiere und ein Zeichen dafür, wie flüssig sich das Geschehen in der Budget-

debatte des heurigen Jahres abwickelt. Ein Zweites sei mir gestattet in einer Vorbemerkung festzustellen: Wie ich mich sehr wohl erinnere, war zur Vormittagsstunde dieses Kapitel meistens der Anlaß wilder Auseinandersetzungen. Manches Mal freilich hatte das eher den Charakter von Politturnieren, das wissen wir, aber es ist immer auch dahinter natürlich ein sachliches Interesse gestanden. Auch das ist ein markanter Unterschied. Nicht nur die Zahl der Redner — es sind, glaube ich, noch nie so wenig gewesen (Abg. Zinkanell: „Die Straßensänger sind ausgeblieben!“) — Die hat es aber auch schon in den vergangenen Jahren in dem Maße nicht mehr gegeben, Herr Kollege Zinkanell. Ich sage auch nicht, daß weniger nicht mehr wäre unter Umständen. Das ist ja keine Kritik an der Qualität der vorgebrachten Wortmeldungen, sondern eine Feststellung im Hinblick auf die zeitliche und zahlenmäßige Anhäufung. Es ist sicherlich auch ein Grund dafür darin zu suchen, daß in einem Nachwahljahr (Abg. Heidinger: „Nutzt so nichts!“) zumindest vom Landtag her gesehen — dies scheint sich ja die ganzen Tage bereits deutlich gezeigt zu haben — ein ruhigeres Klima herrscht; tatsächlich auch von der Sache her und insbesondere auch im Hinblick auf unser Kapitel. Der Herr Abgeordnete Loidl hat wie immer oder wie jedes Mal, da ich ihn hier als Bautensprecher seiner Partei gehört habe, ein sehr instruktives und informatives Wort insbesondere auch zur Baukonjunktur und zur Bauwirtschaft insgesamt gesprochen. Und hier liegt eine weitgehende, ich würde sagen in den wesentlichen Fragen fast deckungsgleiche Übereinstimmung vor, insbesondere was die Einschätzung der Konjunktur im Laufe dieses Jahres anlangt und insbesondere auch — und dazu komme ich in einem zweiten kurzen Teil, ich werde Sie sicherlich nicht über Gebühr beanspruchen — was die Straßenbausituation in unserem Lande anlangt. Wir können ganz sicher in diesem abgelaufenen Jahr, denn die großen Insolvenzen liegen ja zwei Jahre zurück, von einem guten Baujahr in der Steiermark reden und das gilt auch hinsichtlich des Volumens für ganz Österreich. Ich glaube, daß man es insbesondere auf diese Frage hin konzentrieren muß. Wir haben, wie ich Ihnen das letzte Mal anläßlich der Budgetdebatte des Jahres 1977 berichten konnte, einen neuen sehr beachtlich vorgebildeten Mann für Fragen der Bauwirtschaft und der Baukonjunktur in der Landesbaudirektion einstellen können. Es ist der Herr Dr. Marchner, der seit seiner Tätigkeit in unserem Hause einen fortlaufenden Baukonjunkturspiegel erarbeitet und zur Verfügung stellt. Und dieser Baukonjunkturspiegel ist eine systematische Zusammenstellung von bauwirtschaftlichen Indikatoren, die es ermöglichen, eine quantitative Beurteilung der wirtschaftlichen Situation der Bauwirtschaft vorzunehmen. Die Zahlen stammen aus den Veröffentlichungen des Statistischen Zentralamtes und aus dem Baukonjunkturspiegel, den die VIBO monatlich herausgibt. Und ich möchte Ihnen ganz kurz einige der Ergebnisse zur Kenntnis bringen.

Ich habe Ihnen diese Karte, dieses Schaubild schon im vorigen Jahr gezeigt und wir haben es nun für 1978 adaptiert. Sie sehen, daß der Beitrag

sicht auf eine gangbare Lösung besteht, wäre wirklich ein Alptraum. Weil ich eben glaube, daß die Offenlegung von vorhandenen Alternativen sich auf eine ausstehende Entscheidung nicht auswirken kann, ja gar nicht auswirken darf, möchte ich also die Gelegenheit benützen, noch einmal zu fragen, ob solche Alternativen vorliegen. Es wäre aber trotz der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Heidinger wegen dieser U-Bahn-Regelung interessant, ob diese Vorschläge, die man liest, von sehr anerkannten internationalen Fachleuten stammen, wenigstens geprüft wurden. Denn das fragen ja die Leute. Wenn es nicht geht, bitte schön, dann geht es eben nicht. Aber es ist kein Argument, zu sagen, daß es zu langsam geht, die U-Bahn voranzutreiben. Wenn man bedenkt wieviel Zeit vergeht, wenn nichts geschieht. Das ist ja die Frage. (Abg. Dr. Heidinger: „Dann brauchen sie zehn Jahre für zwei Kilometer!“) Daß das zehn Jahre gedauert hat, das stimmt auch nicht. (Abg. Dr. Heidinger: „Wir sehen es in Wien!“) Das sind alles Dinge, die ich nicht beurteilen kann, und Sie können es auch nicht, aber die Fachleute könnten uns das doch sagen. Ich glaube aber auch dennoch, daß auf die Entscheidung an sich gewartet werden muß, und daß man auch, was die Kosten von Alternativen betrifft, Überlegungen anstellen muß. Denn die müssen auch in Grenzen gehalten werden. Das zu dieser Frage.

Meine Damen und Herren! Abgesehen von dem großen Problem, welches Graz darstellt, können wir, wie schon gesagt, sehr zufrieden sein. Nun, nachdem mir der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger etwas Zeit eingespart hat, gestatten Sie mir noch etwas zu sagen, was mir sehr am Herzen liegt. Bei dieser Debatte ist es zu einer zweckmäßigen Übung geworden, daß auch die Probleme der steirischen Bauwirtschaft behandelt werden. Im Hinblick auf die wirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft geht auch der zuständige Referent in seinem Schlußwort, wenn man die Protokolle nachliest, immer ausführlich darauf ein. Die landläufige Meinung über die Lage unserer Bauwirtschaft ist gegenwärtig geprägt von dem aufsehererregenden Zusammenbruch zweier großer steirischer Bauunternehmungen, von Berichten über mörderischen Konkurrenzkampf, von umlaufenden Gerüchten, daß die eine oder andere Firma ebenfalls in Schwierigkeiten ist und von vorgebrachten Klagen über mangelnde Anschlufaufträge. Meine Damen und Herren! Es mutet vielleicht sonderbar an, daß obwohl nichts von dem in Abrede gestellt werden kann oder besser ganz in Abrede gestellt werden kann, zumindest die gegenwärtige Situation bei weitem nicht so ist, wie man aus dem Gesagten eigentlich schließen müßte. Ich habe schon vor zwei Jahren vorgebracht, daß die Baukapazität auf ein normales Maß zurückgebracht werden muß. Ich konnte das mit der Überzeugung sagen, daß auch dann alle überhaupt zur Verfügung stehenden Bauarbeiter einen gesicherten Arbeitsplatz haben, trotz einer Zurücknahme der Kapazität, das muß ich ausdrücklich sagen. Ich war auch der Meinung, daß diese Zurücknahme der Kapazität eigentlich kontrolliert vor sich gehen könnte. Aber diese Einsicht war in

der Praxis entweder nicht vorhanden, oder es ist eben kein gangbarer Weg gefunden worden. Ich sage Ihnen nach wie vor, daß die großen Banken mit ihren Konzernbetrieben gewisse Möglichkeiten dazu gehabt hätten und auch noch haben. (Abg. Dr. Heidinger: „Die halten sie ja so!“) Dort wird, glaube ich, Zurücknahme kontrolliert durchgeführt. Das wäre der Weg, den ich meine (Abg. Dr. Heidinger: „Die bringen Sie um!“), eine kontrollierte Zurücknahme ohne diese fürchterlichen sozialen Auswirkungen. Mit der nötigen Einsicht müßte das gehen. Es ist natürlich für mich als einer der zuständigen Gewerkschafter für die Bauarbeiter, in erster Linie die Sorge der Erhaltung der Arbeitsplätze. Ich erkenne aber keineswegs, daß auch die Ertragslage in den Baubetrieben irgendwie oder sehr stark damit zusammenhängt. Meine Damen und Herren! Ich darf Ihnen einige Zahlen sagen, welche über die tatsächlichen gegenwärtigen Verhältnisse viel aussagen. Im September 1974, also in einer Zeit, als in der Bauwirtschaft eitel Wonne herrschte, so kann man das glaube ich bezeichnen, waren in den steirischen Baubetrieben und im Baunebengewerbe insgesamt 28.394 Arbeiter im September, ich nehme immer den September her, beschäftigt. Davon waren 22.095 Steirer und 6299 Gastarbeiter. Im September dieses Jahres waren es insgesamt 24.893, davon 22.563 Steirer, also sogar etwas mehr als 1974, jedoch nur mehr 2330 Gastarbeiter. Das heißt mit anderen Worten, der gesamte Rückgang der Beschäftigten ist auf Kosten oder zu Lasten, wenn Sie wollen, der Gastarbeiter vorgenommen worden. (Abg. Ing. Stoisser: „Daß die Unternehmer weniger bekommen, muß man auch dazusagen!“) Dazu komme ich noch. Meine Damen und Herren! Da so häufig von so vielen Insolvenzen im Bereich der Bau- und Baunebengewerbe die Rede ist, möchte ich Sie auf eine andere Zahl hinweisen. Im September 1970, ich greife weiter zurück, daß man das besser vergleichen kann (Abg. Ing. Stoisser: „In der Statistik ist es günstiger!“), waren 25.922 Arbeiter in 940 Betrieben beschäftigt, und im September 1978, also acht Jahre später waren in 942 Betrieben 24.893 beschäftigt. Also die Zahl der Arbeiter ist geringfügig vermindert, die Zahl der Betriebe hat sich um ganze zwei innerhalb von acht Jahren erhöht. (Abg. Dr. Heidinger: „Das sind ja mehr!“ — Abg. Ing. Stoisser: „Genau das meine ich, um 4000 Leute weniger!“) Das sind nicht 4000 von 24 auf 25, das sind nicht einmal 1000 Leute, nicht einmal 1000 also. Bei der schwankenden Beschäftigung ist das überhaupt nichts von 1970 bis 1978. (Abg. Dr. Eichinger: „Im Vergleich zum September 1974!“ — Abg. Brandl: „Könnt's nichts draus machen. Ist nichts drinnen!“ — Abg. Dr. Eichinger: „Herr Kollege, ich verstehe Sie nicht!“) Das ist eine ganz bemerkenswerte Stabilität. Das sagt allerdings auch, daß sich in der Struktur, wie sehr häufig kritisiert wird, eigentlich gar nichts geändert hat bis zur Stunde. Man kann also wirklich nicht sagen, daß wir gegenwärtig in einer Krise stecken. Meine Damen und Herren, ich spreche von gegenwärtig! Dennoch möchte ich nicht versäumen, darauf hinzuweisen, daß doch Anlaß zur Sorge für die näch-

auch gegenwärtig, tatsächlich gebaut wird und wie viele große Projekte in Angriff genommen werden. Die dafür aufgewendete Summe ist so groß, daß man sich eigentlich fragen muß, wie ein so kleines Land wie Österreich das wirtschaftlich in einer so schweren Zeit überhaupt zustande bringt. Aber bei uns spielen neben der laufenden Finanzierung durch das Budget, vor allem durch das Bundesbudget, soweit es den Autobahn-, den Schnellstraßen- und den Bundesstraßenbau betrifft, ja die Sonderfinanzierungen eine sehr große Rolle. Die Pyhrnautobahn vor allem, das wurde vom Abgeordneten Heidinger ja im Detail bereits aufgezählt, was hier alles schon geschehen ist und in Angriff genommen wird; das sind die Arbeiten an der Südautobahn auf die Pack, die Südautobahn zwischen Hartberg und Ilz. Erwähnen möchte ich in diesem Zusammenhang, was die Pyhrnautobahn im Norden betrifft, daß bereits das erste Bauvorhaben vergeben wurde, durch welches die so erkämpfte und umkämpfte Umfahrung von Trieben in Angriff genommen wird. Über das Autobahnstück Weitendorf—Gralla, davon ist schon berichtet worden. Zur Anfrage des Herrn Abgeordneten Heidinger an den Landesrat Dr. Krainer wegen der Fortsetzung bis zur Staatsgrenze in Spielfeld kann ich sagen, daß der Herr Bautenminister einer raschen Verwirklichung dieses Teilstückes äußerst positiv gegenübersteht. Der Herr Landesrat Krainer hat ja ein Gespräch in dieser Sache, eine Vorsprache angekündigt. Wie vorteilhaft die Sonderfinanzierung, das Sonderprogramm der Bundesregierung für die S 6 und S 36 ist, das können die Kollegen aus dem Mur- und Mürztal am besten beurteilen. Es sind immerhin 500 Millionen Schilling, wovon 400 Millionen Schilling das Land Steiermark und 100 Millionen Schilling Niederösterreich bekommen. Soviel man hört und Sie haben es gesagt, sind auch die Verhandlungen über das Straßenbauwunschprogramm sehr positiv verlaufen und führen zu einem guten Ergebnis. Was das Wunschprogramm betrifft, ist mir allerdings, Herr Landesrat, nicht recht verständlich, daß der weitere Ausbau des Präbichl nicht als dringendes Anliegen dort aufgenommen wurde. Wenn man nämlich bedenkt, wie notwendig Eisenerz die verkehrsmäßige Erschließung für den weiteren wirtschaftlichen Bestand braucht und man dabei auch noch überlegt, daß mit dem großzügigen und äußerst kostspieligen Ausbau der Präbichl-Nordrampe man wohl, wenn man im Winter in Eisenerz eingeschneit wird, herausfahren kann, aber umgekehrt, durch die Verhältnisse auf der Südrampe, nicht mehr hineinkommt, ist, glaube ich, bewiesen, wie dringend dies wäre. Der Bautenminister ist auch in diesem Fall und in Anbetracht des Gesagten bereit, in das Bauprogramm 1979 zumindest einen ersten Teilbetrag dafür aufzunehmen, und ich würde empfehlen, daß das noch in das Wunschprogramm irgendwie aufgenommen wird.

Also alles in allem gesehen, können wir bei nüchterner Einschätzung der Gegebenheiten durchaus zufrieden sein. Es ist so, daß für die wichtigsten Bauabschnitte zumindest keine Ungewißheit mehr besteht, sondern daß man die Verwirklichung zeitmäßig irgendwie absehen kann. Die Pyhrnautobahn

von Traboch bis Graz wird bald — zwei Jahre ungefähr — durchgehend in Betrieb sein, bei Graz-Süd bis zur Staatsgrenze zeichnet sich ebenfalls die Inbetriebnahme zumindest als Halbautobahn ab.

Und meine Damen und Herren, jetzt komme ich auch auf das große Problem zu sprechen. Nach dem gesunden Menschenverstand, wenn man sich die Planung von Anfang an vorstellt, müßte man einfach sagen, daß das erste Teilstück, das von der Pyhrnautobahn überhaupt gebaut wurde, auf Grund der verkehrsmäßigen Gegebenheiten hätte Graz sein müssen. Ich weiß schon, daß das nicht so unbestritten ist, weil es auch Gründe für die gegebene Sachlage gibt. Und obwohl es so ist — das ist das, was die ganze Sache so problematisch macht —, daß trotz der langen Zeit, die bisher vergangen ist, die rechtliche Situation, die natürlich auch mit der technischen zusammenhängt, im gegenwärtigen Zeitpunkt durch einen endlosen Streit der Gelehrten und Experten verworrener als je zuvor ist. (Abg. Dr. Heidinger: „Es hilft nichts. Wenn er noch ein paar Experten fragt, bekommt er noch eine Meinung!“) Und ich glaube, Herr Kollege Heidinger, es ist zu einfach zu sagen, der Minister soll eine Entscheidung treffen. Denn auch der Minister muß versuchen, seine Entscheidung, die ja eine Rechtsentscheidung ist, die, wenn sie nicht sorgfältig getroffen wird, entweder den einen oder den andern ins Unrecht setzt, mit aller Sorgfalt vorzubereiten.

Meine Damen und Herren, ich gehöre auch persönlich zu jenen, die, wie die Dinge heute nun einmal liegen, überzeugt sind, daß der Bau des Plabutschunnels, wenn er aus rechtlichen und technischen Gründen durchgeführt werden kann, die einzige Möglichkeit ist, die Stadt Graz (Abg. Feldgrill: „Bravo!“) — moment, nicht zu früh klatschen —, die Stadt Graz zu einem einigermaßen präzise vorausszusehenden und zu berechnenden Zeitraum wenigstens vom Transitverkehr zu entlasten. (Abg. Koiner: „Du protestierst, wenn wir klatschen. So weit kommt es noch!“) Aber trotzdem, meine Damen und Herren, wenn nicht für den Fall einer Ablehnung — ich weiß es nicht, es ist noch nie gesagt worden, ich werde noch danach fragen. Wenn nicht diese Zeit der Ungewißheit, die sie ja ist — dies kann ja nicht bestritten werden — vorsorglich irgendwie genützt wurde, um Alternativen vorzubereiten, so muß jedem klar sein, daß mit einer allfälligen Ablehnung die Stunde Null (Abg. Feldgrill: „Loidl paß auf!“) für diese wichtige Frage anbricht. Und was das bedeutet, ist kaum abzusehen; was dann passiert. Weil wir das alles wissen, darf keine Zeit verloren werden; für alle Eventualitäten. Ich habe dem Herrn Landesrat Doktor Krainer in einer solchen Diskussion wegen dieser Alternativen schon einmal die Frage gestellt, er war mit seiner Antwort sehr, ich möchte sagen äußerst zurückhaltend. Ich nehme an, daß dies der Fall war, weil er alles vermeiden wollte oder will, daß etwa die Entscheidung über den Plabutschunnel dadurch irgendwie beeinflusst werden könnte.

Meine Damen und Herren, aber die Vorstellung, daß die Strecken nördlich und südlich eines Tages fertig sind und hier aber immer noch keine Aus-

des Mineralölsteuer, Bundeskraftfahrzeugsteuer und so weiter 18,7 Milliarden Schilling nach dem Bundesbudget 1979. Dagegen ist der Aufwand des Bundes für die Straßenerhaltung und den Ausbau 13 Milliarden Schilling, davon 9 Milliarden Schilling für den Ausbau. Wenn man noch, was unbedingt zulässig ist, die Mehrwertsteuer von der Mineralölsteuer, also Steuer von der Steuer, dazurechnet, so sind das noch einmal 2 Milliarden Schilling dazu, das heißt also, daß die Straßenbenützer in Österreich fast 21 Milliarden Schilling an Steuern dem Staat zur Verfügung stellen und dagegen, Bund, Länder und Gemeinden 22 Milliarden Schilling für die Straßen ausgeben werden, davon rund zwei Drittel, 13 bis 14 Milliarden Schilling für den Ausbau. Nur sind das für insgesamt 100.000 Kilometer Straßen, davon also ungefähr 3000 Kilometer hochrangigstes Straßennetz und 10.000 Kilometer Bundesstraßen gegen 5600 Kilometer Schienennetz. Wie gesagt eine Milliarde Schilling Straßenbenützungszusatz, wenn Sie es so wollen, gegen 16 Milliarden Schilling OBB-Defizit. (Abg. Aichholzer: „Das sind die Sozialtarife, Arbeiterkarten!“ — Abg. Zinkanell: „Die ganzen Wirtschaftssubventionen!“) Herr Kollege, wobei die Pensionslasten und Sozialtarife ja im Bundesbudget abgegolten werden. Die 16 Milliarden Defizit sind eine Zahl, die von der Gewerkschaft der Eisenbahner stammt, ich hoffe, daß Sie diese Quelle als akzeptabel ansehen.

Nun darf ich noch zu einem ungelösten Hauptproblem, ich würde sagen, zum Wermutstropfen, in dieser durchaus erfolgreichen Straßenbilanz des Landes Steiermark etwas sagen und das ist das Nichtentscheiden über die tatsächliche Realisierung der längst verordneten Autobahntrasse der A 9 im Bereich der Stadt Graz. Ich glaube, wir können nur einmal mehr festhalten, daß die Trasse verordnet, daß sich alle politischen Kräfte in Stadt und Land für den Plabutschunnel ausgesprochen haben, daß aber leider der Herr Minister, aus welchen Gründen immer, mit der Entscheidung zögert. (Abg. Zinkanell: „Das ist eine Zumutung. Sprich mit Reininghaus. Die sollen keinen Antrag stellen. Sie sagen, der Minister ist schuld!“) Entschuldigen Sie, Herr Kollege Zinkanell, man kann nicht alles ausdiskutieren, es gibt ein AVG, und da muß halt der, der zuständig ist, entscheiden, auch auf das Risiko hin, daß er ein Rechtsmittel bekommt. Aber die Entscheidung kommt ja auch nicht. (Beifall bei der OVP. — Abg. Zinkanell: „Das läuft doch!“) Es ist auch wunderbar, und es ist verständlich, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn sich Techniker über Alternativen den Kopf zerbrechen. Aber wenn ich in etwa in einer Zeitung lese, daß man an Stelle der Eggenberger Trasse nun eine U-Bahn-Autobahn bauen könnte, dann möchte ich den Betreffenden einmal einladen, sich anzuschauen, wie lange die Stadt Wien vom Karlsplatz bis zum Stephansplatz an ihrer U-Bahn gebaut hat. Ich glaube das ist sicher keine Lösung. Aber ich bin überzeugt, und ich glaube es auch zu wissen, daß selbstverständlich Alternativmöglichkeiten studiert und diskutiert wurden und wenn es nur die alte Reichsautobahnstrecke wäre. Das ist eine Alternative, die wir seit dem Jahr 1941 planungsmäßig

vorliegen haben, aber offensichtlich ist man eben zur Überzeugung gekommen, daß es eine bessere Alternative durch den Tunnel wäre.

Zusammenfassend glaube ich sagen zu können, daß im Straßenbau in der Steiermark in den letzten Jahren und besonders im Jahr 1978 viel geschehen ist und ein Durchbruch gelungen ist. Es ist gelungen, bei der Bundesregierung, aber wir hoffen auch darüber hinaus, die Verkehrsnotwendigkeit in der Steiermark, nämlich die Gleichrangigkeit von Pyhrn- und Südbahn und den Ausbau des hochrangigen Straßennetzes durchzusetzen, allerdings nur durch die Einigkeit hier im Hohen Haus, durch die Einigkeit in der Regierung und durch die finanziellen Opfer, die das Land hier leistet. Das Zweite, was nicht oft genug hervorgehoben werden kann, weil ja immer wieder das Märchen kommt, wir täten ja Geld geben, aber es ist keine Planung da. Über die Strecken, die jetzt im Ausbau sind hinaus, liegen für etwa 8 Milliarden Schilling Planungen vor, und (Abg. Laurich: „Geh!“) zwar in wichtigsten Bereichen, die noch auszubauen sind. Es ist also etwa ein Planungsvorlauf von vier Jahren vorhanden, und ich wünsche mir nur, daß in anderen Bereichen auch so vorausschauend geplant worden ist. Ich glaube, daß wir hier den Zuständigen dankbar sein müssen, es ist ja auch von allen Fraktionen des Hauses anerkannt. Das Dritte ist, daß das Konkordat Land — Bund in der Autobahnfrage einen Durchbruch gebracht hat. So dürfen wir hoffen, daß das Jahr 1979 vielleicht auch mit der Entscheidung über den Plabutschunnel einen weiteren Durchbruch bringt, und wir werden allen Mitwirkenden und Verantwortlichen dankbar sein. Ich glaube, bei dieser Betrachtung werden Sie verstehen, daß die OVP-Fraktion den Straßenverkehrsansätzen der Gruppe 6 gerne die Zustimmung gibt. (Allgemeiner Beifall.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat Herr Abgeordneter Loidl.

Abg. Loidl: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Der Herr Abgeordnete Heidinger hat über weite Strecken fast wortwörtlich das gesagt, was eigentlich, wenn man es sachlich betrachtet, gesagt werden muß, und ich möchte nichts wiederholen. (Beifall bei der OVP.)

Kurz und bündig heißt das, daß die erst vor wenigen Jahren, das muß man auch sagen, konzentriert einsetzenden und von unserem Bautenminister Moser tatkräftig unterstützten Bemühungen, große Rückstände aufzuholen, nicht nur äußerst erfolgreich waren bis jetzt, sondern, daß diese trotz der Rezession in anderen Bereichen der Wirtschaft geradezu unvermindert, ja man kann für die Steiermark sagen, sogar verstärkt fortgesetzt werden. Der rascheste Ausbau der Pyhrn- und Südbahn ist zumindest bei jenen auf die es ankommt, und das ist das Wichtigste, unbestritten. Man müßte wirklich die Möglichkeit haben, den Menschen in unserem Lande vor Augen zu führen, ihnen irgendwie begreiflich machen, in welch großem Ausmaß bisher in einem noch nie erreichten Umfang und

der Bauwirtschaft zum realen Bruttonationalprodukt auch heuer wieder eine markante Zuwachsrates von plus 5 Prozent aufweist. Das heißt, daß wir insgesamt das Bauvolumen auch absolut steigern konnten, daß aber die Zuwachsrates, gemessen am Bruttonationalprodukt etwas kleiner war als im vorigen Jahre. Sie können diese bösen Jahre 1974/75 hier auch deutlich sehen, dann den Aufschwung im Zuwachs, der 1977 plus 7 Prozent betragen hat gemessen an 1976, und wir haben heuer einen Zuwachs von 5 Prozent, also nicht dieses Wachstum des vorigen Jahres, aber immerhin ein bemerkenswertes. Und wenn Sie nach Bundesländern gegliedert, auch das habe ich Ihnen voriges Jahr gezeigt, und wir haben es wieder adaptiert für das heurige Jahr, den Anteil der privaten Bauten und der öffentlichen Bauten insgesamt für Österreich hernehmen, so haben Sie pro Kopf ein Bauvolumen 1978 von 11.373,— Schilling, im vorigen Jahr haben Sie eines gehabt von 10.737,— Schilling. Der Anteil der privaten Bauten ist etwas größer als die Hälfte, also 51 Prozent, und der Anteil der öffentlichen Bauten — also Bund, Länder, Gemeinden, Post, OBB und Monopole — liegt bei 49 Prozent. Die Steiermark ist in dieser gesamtösterreichischen Schau quasi um einen Platz nach vor gerückt. Es war voriges Jahr der siebente gemessen an den anderen Bundesländern und es ist heuer der sechste, und wir haben ganz dieselbe Aufteilung von privaten und öffentlichen Baugeschehen, wie im ganzen Bundesgebiet. Jedenfalls aber ist festzustellen, daß wir in diesem guten Mittel sogar um einen Platz nach vor gerückt sind. Die Steiermark selber auf derselben Basis errechnet, zeigt, daß wir im Grund genommen, den markantesten Unterschied bezirksmäßig festzustellen haben in Graz-Umgebung, der im vorigen Jahr an zwölfter Stelle stand, also hier und der heuer an sechster Stelle rangiert, wie auch der Bezirk Deutschlandsberg, der heuer an vierter Stelle steht und voriges Jahr an elfter Stelle stand. Das läßt sich auch deutlich erklären. Wir haben im Bezirk Deutschlandsberg den OMV-Bau in Lannach, der hier eine deutliche Rolle spielt, und wir haben in Graz-Umgebung, wie Sie wissen, die Tatsache, daß der Wasserwirtschaftsfonds in Leykam relativ stark investiert hat. Der Bezirk Judenburg ist von der vierten Stelle auf die achte Stelle zurückgerückt, wobei dieser Rückgang eindeutig im Wohnbau zu suchen ist, interessanterweise. Wie überhaupt unterstrichen werden muß, das was der Herr Abgeordnete Loidl gesagt hat, nämlich, daß hinsichtlich des Bauproduktionswertes, also des Umsatzes, eine permanente Verschiebung des Volumens vom Wohnhaus- und Siedlungsbau, zum sonstigen Hochbau und vor allem zum Tiefbau zu beobachten ist, wobei Rekordzuwachsrate dabei in der Steiermark insbesondere beim Brückenbau, verständlicherweise, in diesem Jahr gegeben sind. Ich möchte, meine Damen und Herren, meinen, daß diese quantitative Beurteilung natürlich keine endgültige Aussage beinhaltet und überhaupt eigentlich nur eine Teilaussage hinsichtlich der Ertragssituationen unserer Firmen ist. Das haben Sie kurz angedeutet, was ich verstehe, nur dort liegen die Dinge natürlich nicht so, als daß man sie als befriedigend qualifizieren

könnte. Es ist ganz eindeutig, daß gerade bei den großen Insolvenzen, auch in der Steiermark, der Umstand mit den Großbanken eine andere Rolle hätte spielen können, aber es steht auch außer Zweifel, ohne daß wir hier im Hohen Haus irgend jemanden abqualifizieren wollten, daß es sich nicht nur um dieses Problem gehandelt hat, sondern, daß natürlich Probleme des Managements und insbesondere auch der kommerziellen Führung hier eine große Rolle gespielt haben. Wobei insbesondere die eine Firma in diesem Zusammenhang für uns ja eigentlich völlig überraschend gekommen ist. Insgesamt aber ist das Problem, die Befürchtung der Insolvenzen bei weitem nicht gebannt und es steht außer Diskussion — und dabei auch ganz unpolemisch gesagt, daß die steuerpolitische Situation die Ertragslage unserer Firmen natürlich in keiner Weise begünstigt. Das ist um so bemerkenswerter, als, wie richtig gesagt wurde, gerade auch die Bauunternehmen und insbesondere die Baukonjunktur insgesamt, die Bauwirtschaft als solche im privaten und im öffentlichen Teil eine ganz wesentliche Funktion der Multiplikation auch anderer konjunktureller Vorgänge in der Wirtschaft in sich trägt. Es ist mir vom Bundesinnungsmeister, dem Herrn Ing. Letmaier, der bekanntlich ein Steirer ist, bei unserem letzten Gespräch wiederum sehr deutlich gesagt worden, man möge gerade auch im kommenden Jahr so rasch als möglich vergeben, so daß die Firmen über das Jahr hin korrekt und realistisch disponieren können. Ich glaube, daß wir in der Steiermark gerade auch mit unserem Quasi-Beirat, der wieder vor kurzem beisammen war und der alle Faktoren der Bauwirtschaft, die Industrie, das Gewerbe, die Gewerkschaft, wie auch die öffentlichen Institutionen umfaßt, soweit man das in einem solchen Kreis überhaupt kann, gute Vorarbeiten geleistet haben. Ich möchte ausdrücklich unterstreichen, der Herr Landesfinanzreferent ist nicht anwesend, aber ich hätte es ihm auch selbst und gerne gesagt, daß die Form der Budgeterstellung, wie wir sie heuer auch in der Regierung gewählt haben, diesem Vorhaben weit besser entgegenkommt, als die Methode der letzten Jahre. Sehr vereinfacht gesagt, wissen wir, woran wir sind, und wir brauchen nicht mit Sechstelsperren und ähnlichem im Laufe des Jahres rechnen und können schließlich Dispositionen treffen. Ich glaube, daß die heuer gewählte Form weitaus eher diesen Bemühungen entspricht, und wir wissen, daß nicht nur die Bauwirtschaft, sondern jeder Wirtschaftszweig und die Sozialpartner insgesamt. Das gilt für die einen und die anderen und es ist durchaus menschlich und zu verstehen, daß sie sich jeweils eine Träne ins Knopfloch stecken, wenn sie das für aussichtsreich halten. Aber ich denke, daß es sich gerade bei den immer wieder geäußerten Sorgen der Bauwirtschaft, ob nun Industrie oder insbesondere auch des Gewerbes, nicht um einen solchen taktischen Vorgang handelt, sondern daß tatsächlich da und dort in wichtigen Bereichen um Anschlußaufträge Sorge besteht. Ich glaube, daß das nicht einfach nur das Omanipadmeum der Bauwirtschaft ist, mit dem man hier immer wieder an die Öffentlichkeit tritt, sondern daß wir tatsächlich in dieser Hinsicht besorgt sein

müssen, und daß wir unsere Anstrengungen und auch unsere Aufmerksamkeit in diese Richtung lenken sollen.

Nun zur Problematik der immer wieder in diesem Budgetkapitel diskutierten Fragen unserer Straßen. Es ist gesagt worden, und ich freue mich darüber, ich kann das heute Gott sei Dank auch ruhig sagen, fast würde ich abgeklärt sagen, wenn man sich zurückerinnert, daß wir ein gutes Pyhrnjahr und auch ein gutes Südautobahnjahr hinter uns haben und mit der Sonderfinanzierung der S-Straßen in der Mürz- und Murfurche beginnt auch in dieser Region eine gute Phase. Sie ist zwar nicht am Anfang, aber diese 500 Millionen Schilling, wovon 400 Millionen Schilling in der Steiermark zur Verfügung stehen werden, sind zweifellos ein erfreuliches Zeichen. Dabei muß man aber feststellen, wir alle sind realistisch genug, das zu tun, ich habe das gerade heuer wieder gehört und gerade Herr Kollege Horvatek, wenn ich Ihr Wort an Ihren Nebensitzer richtig interpretiere, es ist eigenartig und psychologisch durchaus verständlich, daß so und so viele große Bauwerke, die seit Jahren im Gange sind, wie etwa der Packaufstich oder der heuer eröffnete Gleinalmtunnel, der eben Jahre braucht um verkehrswirksam zu sein, einfach nicht registriert werden oder kaum registriert werden. Das ist das Phänomen, daß sehr viele Menschen einfach sagen, ja gibt es denn das, daß der Gleinalmtunnel jetzt plötzlich fertig ist. Genauso wird es uns wahrscheinlich im Jahre 1982 ergehen, wenn die Pack bis nach Schiefeling hinüber befahrbar sein wird. Wir haben am Montag, wie Sie wissen, den Kalcherkogeltunnel angeschlagen, das ist der letzte in der Tunnelkette der Südautobahn. Wahrscheinlich wird es uns nicht anders gehen, lieber Freund Lind, mit dem Abschnitt Hartberg—Gleisdorf, wobei ich deine Sorgen voll verstehe im Hinblick auf den Wasserverband und eigentlich sagen muß, daß ich es mir auch kaum vorstellen kann, daß man diese begründete und sinnvolle Forderung des Wasserverbandes seitens des Ministeriums nicht erfüllen sollte. (Abg. Dr. Horvatek: „Ein großes Lob auch für diese Bundesregierung!“) Trotzdem, meine Damen und Herren, ich habe auch hier nie gezögert, Herr Kollege Horvatek, dem Herrn Bautenminister in erster Linie meinen Respekt und auch unseren Dank zu sagen, wie das vorbildlich sein könnte für den politischen Stil auch auf der anderen Seite des Hauses. Ich sage das ganz ausdrücklich, wie ich es selbstverständlich auch nie unterlassen habe darauf hinzuweisen, daß wir das nur durch eine gute Kooperation zustande gebracht haben und insbesondere durch ein großes finanzielles Opfer des Landes. (Abg. Heidinger: „Mitglied einer sozialistischen Bundesregierung ist er schon noch!“) Ich kann es mir ersparen, Sie waren nicht im Haus und daher verstehe ich also auch Ihr emotionelles Engagement in dieser Frage. Herr Abgeordneter Heidinger, Sie haben ja keine Augen im rückwärtigen Teil Ihres Kopfes. Sie verstehen ja gar nicht, was ich meine! Also, beruhigen Sie sich! (Landesrat Bammer: „Wenn er hinten auch noch Augen hätte, wäre das nicht auszuhalten. Er hat zwar ein paar Funktionen, aber nur zwei Augen!“) Beruhigen Sie sich! Na, beim

Heidinger weiß man das nicht, was der Heidinger noch alles kann! Jedenfalls, Herr Abgeordneter, wollte ich Ihnen sagen, wissen Sie, so selbstverständlich ist das ja alles in den vergangenen Jahren nicht gewesen. (Landesrat Bammer: „Richtig!“) Und wenn wir nicht einen ruhigen Kurs gesteuert hätten, unbeeindruckt von sehr vielen Wässerchen und Feuerchen, die da einerseits geschüttet und andererseits gezündet oder gezündelt wurden (Abg. Hammerl: „Sie waren auch ein wenig dabei!“), dann muß ich Ihnen sagen, dann wären wir sicherlich nicht so weit! Und ich sage Ihnen auch, was wir sonst eher sparsam tun (Abg. Laurich: „Es hat schon schön geblasen bei diesem Lüftchen!“), weil wir in diesem Zusammenhang uns keines Byzantinismus oder sonstiger Formen des barocken oder andersartigen Denkens befleißigen wollen, wenn ich nicht so gute Leute hätte in meinem Haus, in unserem Landesbauamt, dann hätten wir das nicht geschafft, das sage ich Ihnen auch! Also ist eine gute Kooperation vieler vieler Faktoren hier notwendig gewesen. Aber ich möchte ausdrücklich sagen, es gibt eine Reihe offener Probleme und lassen Sie mich die ansprechen, die hier — glaube ich — die wesentlichen gewesen sind. Der Herr Abgeordnete Dr. Heidinger, der sozusagen wie ein Zwilling zum Abgeordneten Loidl (Abg. Hammerl: „Zweieiig!“ — Abg. Zinkanell: „Eineiig!“) Herr Abgeordneter, eineiig wäre zuviel, dies wäre zuviel! Soweit kann die Ähnlichkeit gar nicht gehen! (Landesrat Bammer: „Zwillinge gehören auch zu mir!“) Aber, im Grunde genommen weist sie eine sehr ähnliche Sachkenntnis aus. Der Abgeordnete Heidinger hat mir und Ihnen zum Plabutschunnel ein markantes Wort gesprochen. Ich habe dem Herrn Landwirtschaftsminister übrigens in dieser Frage auch einen Brief geschrieben. (Landeshauptmannstellvertreter Wegart: „Mit dem Haiden kann man reden!“ — Landesrat Bammer: „Nur der Minkowitsch!“) Und damit Sie mich nicht falsch verstehen, Sie waren sehr erregt, Herr Abgeordneter Zinkanell, zumindest habe ich den Eindruck gehabt, ich freue mich, wenn das Gegenteil der Fall ist. Eines ist jedenfalls gewiß, das möchte ich auch hier im Hause sagen. Seit eineinhalb Jahren bitteschön ist dieses Verfahren nun in der zweiten Instanz anhängig. Und ich habe wörtlich geschrieben: „Sicherlich muß man Verständnis dafür haben, daß über eine derart schwierige Materie nicht innerhalb weniger Tage entschieden werden kann und daß die umfangreichen Prüfungen durch die vom Landwirtschaftsministerium beigezogenen Gutachter ebenso eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen, wie die juristische Beurteilung des Problems.“ Nur: In der Verhandlung vom 24. November ist eine zusätzliche Versuchsreihe angeordnet worden, und wir nehmen sie selbstverständlich zur Kenntnis. Aber, wenn nach Beendigung dieser Versuchsreihe, und es ist ja nur mehr Reininghaus übriggeblieben nach dieser Verhandlung, wie Sie wissen, wieder nicht entschieden werden wird, dann wird das, ich sage dies ganz ruhig und aus fester Überzeugung, die betroffene Bevölkerung nicht hinnehmen. Ich habe das dem Herrn Minister auch in aller Form geschrieben, weil ich glaube, daß es einfach notwendig ist, ohne daß wir

die Dinge dramatisieren wollen. (Abg. Zinkanell: „Darf ich fragen, gegen wen Sie die Bevölkerung richten wollen, gegen Reininghaus oder gegen den Minister?“) Schauen Sie, das wird die Bevölkerung selber entscheiden. (Abg. Zinkanell: „Dann muß man der Bevölkerung sagen, was alles gemacht wurde!“) Herr Abgeordneter, die Bevölkerung wird das selbst entscheiden, und wir werden darauf (Abg. Zinkanell: „Die Bevölkerung spürt, daß der Autobahnverkehr durch die Stadt geht. Schon durch Jahre!“) Ich bin durchaus Ihrer Meinung, Herr Abgeordneter, daß das so ist. Wie die Bevölkerung das auffassen wird, wird man sehen. Nur eines ist auch klar, wer zu entscheiden hat, steht außer Frage, steht völlig außer Frage. Und ich respektiere — ich sage das ausdrücklich, weil ich nie etwas von billiger Demagogie in diesen Fragen gehalten habe —, daß ein seriöses Ministerium in einer so heiklen und schwierigen Frage eine gewisse Zeit zur Entscheidungsfindung braucht. Aber ich sage Ihnen auch, ich verstehe die Bevölkerung voll und ganz, und ich würde mich selber durchaus völlig identifizieren von dem Zeitpunkt an, da diese Versuchsreihe abgeschlossen und eine Entscheidung noch immer nicht gefallen wäre. Das wollte ich dem Herrn Minister und habe ich dem Herrn Minister zur Kenntnis gebracht. Und ich sage noch einmal (Abg. Zinkanell: „Wir werden auch dort sein!“) Eben! Und ich sage noch einmal, ich möchte die Sache auch deshalb nicht dramatisieren, weil das, was der Abgeordnete Loidl in diesem Zusammenhang gesagt hat, eine völlig richtige Interpretation meiner Absichten in diesem Zusammenhang gewesen ist. Ich möchte Ihnen aber auch sagen, weil Sie mich neuerdings gefragt haben, Herr Abgeordneter, und in einem anderen Klima als im vorigen Jahr ähnliche Fragen an mich gestellt wurden, ich bin sehr gerne bereit, einem Vertreter Ihrer Fraktion, einem Vertreter der freiheitlichen Fraktion und selbstverständlich einem Vertreter meiner Fraktion die Möglichkeit zu geben, diese Alternativen bei mir persönlich anzusehen, mit meinen Herren Baudirektor und mit Hofrat Theußl alle offenen Fragen zu klären. Nur — es handelt sich um ein schwebendes Verfahren, Sie wissen das ganz genau, und ich äußere mich daher in der Öffentlichkeit, ich habe das voriges Jahr schon gesagt, zu dieser Frage in keiner anderen Form. Denn es wäre völlig unverantwortlich, weiterhin Menschen zu verunsichern. Es bleibt in der Verantwortung anderer, das zu tun, aber in der offiziellen Verantwortung des in der Auftragsverwaltung des Bundes in diesem Falle — ausdrücklich in der Auftragsverwaltung des Bundes — agierenden Landesstraßenbaureferenten werde ich dazu keine weiteren Äußerungen geben. Ich habe selbstverständlich auch dem Herrn Landeshygieniker Professor Möse, als er mich jetzt gefragt hat, ob er die zusätzlichen Varianten, und zwar die Subvarianten zu den seinerzeitigen Basisvarianten haben kann, denn um solche handelt es sich ja im Zusammenhang mit seinem Umweltschutzgutachten, zur Verfügung gestellt, weil er als Landeshygieniker selbstverständlich auch an diese Discretion gebunden ist und ich ihm daher gerne diese zur Verfügung stelle. Wenn Ihnen damit gedient

ist, so ist das ein ganz konkreter Vorschlag am heutigen Tag. Sie können mir das gerne einmal sagen.

Ich möchte Sie, wie gesagt, nicht über die Zeit hinaus beanspruchen, die vom Herrn Präsidenten vorgesehen war für den Ablauf der heutigen Diskussion, und wir haben ja einiges an Zeit gewonnen für morgen, aber ich möchte vielleicht abschließend noch zur Pyhrnfrage im Zusammenhang mit unserem Symposium ein Wort sagen. Auch das ist hier angesprochen worden. Schauen Sie, Herr Abgeordneter Aichholzer, es steht natürlich völlig außer Frage, daß die Einführung der Lkw-Steuer einem Beitrag der EG zur Pyhrnfinanzierung nicht zuträglich gewesen ist, das steht völlig außer Frage! (Abg. Aichholzer: „Das weiß man nicht, vielleicht ja!“) Entschuldigen Sie, worauf gründen Sie Ihre — ich kann es nicht qualifizieren — aber Ihre Position? (Abg. Dr. Eichinger: „Wenn die etwas zahlen, können wir es abschaffen!“) Der Herr Dr. Slingerland, der ein Freund Österreichs ist, er hat in Österreich studiert, und er war lange Zeit hier tätig, hat nicht nur (Abg. Ing. Turek: „Zweimal zahlen sie nicht!“) Herr Kollege hören Sie zu, ich erzähle Ihnen ja, was der gesagt hat. Er hat öffentlich in unserem Symposium erklärt, die Pyhrn ist für uns ein wichtiges Problem, wir sind sehr daran interessiert, die Frage zu prüfen, ob wir nicht insbesondere wegen der Türkei und Griechenland, die Möglichkeit eines Wegkostenausgleiches hier erstmals einem neutralen Land gegenüber in Anwendung bringen können. Aber ich sage Ihnen, zweimal zahlen wir nicht. Damit hat er niemand anderen als seinen Chef, den Sozialdemokraten Vizepräsident Haferkamp zitiert, der das in Wien anlässlich seines Besuches gesagt hat. Nun sage ich Ihnen eines, das bedeutet nicht, daß die EG sicher nicht zahlen wird. (Abg. Hammerl: „Oder überhaupt zahlen wollten!“) Das glaube ich nicht, das ist ein Irrtum. Schauen Sie, die EG hat eine recht kostspielige aufwendige Studie in Auftrag gegeben und die Herren waren bei uns. Eine sehr aufwendige Studie für EG-Verhältnisse, das wissen wir sehr genau. Wir haben sie als gute Freunde empfangen; da haben wir keine Probleme mit Kontakten. (Abg. Hammerl: „Sie fürchten Folgewirkungen!“) Nicht nur, es wird selbstverständlich das Problem erschweren, sagen wir so, ich will Sie ja nicht provozieren, ist ja nicht meine Absicht, heute, vielleicht ein anderes Mal. (Abg. Hammerl: „Ich will ja auch nicht heute!“) Ich habe das verstanden, es beruht ja auf Gegenseitigkeit, von wenigen Ausnahmen abgesehen. Aber eines ist gewiß. Wenn wir überhaupt eine Chance haben wollen, dann wird dieses Problem in der Diskussion eine große Rolle spielen und es ist einfach nicht begreiflich, und das muß man eben auch sagen, daß diese Lkw-Steuer nicht einmal zur Finanzierung der Straßen herangezogen wurde, nicht zweckgebunden verwendet wurde, denn das wäre gerade in diesem Zusammenhang eine Möglichkeit gewesen. (Abg. Ileschitz: „Warum wurde es von Ihrer Fraktion nicht vorgeschlagen?“ — Abg. Ing. Turek: „Ist im Budget gesichert!“) Nichts desto. Bitte, Herr Präsident! (Abg. Ileschitz: „Ihr seid ja die Erfinder!“) Lieber Herr Präsident — Sie wollten auch etwas sagen? (Abg. Heidinger: „Für die Aus-

länder ist die Lkw-Steuer nichts anderes als die Transitsteuer!" — Abg. Dr. Dorfer: „Ja, aber nicht zweckgebunden!" Wenn es die Transitsteuer ist, lieber Freund, immer zweckgebunden, nachlesbar. Und was ist es für die Inländer? (Abg. Heidinger: „Die Transitsteuer kam von der ÖVP-Seite!" — Abg. Zinkanell: „Verlangt haben wir es!" — Abg. Ileschitz: „Nur keine Kindesweglegung!" Ich will Sie ja nicht hier zu später Stunde (Abg. Ileschitz: „Sind schon wieder munter geworden!") Bitte Herr Präsident, ist das der Sinn dieser Sache? (Glockenruf des Präsidenten.) Herr Abgeordneter Dorfer, vielleicht darf ich ein abschließendes Wort dazu sagen. Schauen Sie, hier wurde gefordert, eine internationale zweckgebundene Transitsteuer und sonst nichts, und zwar von mehreren Sprechern unseres Hauses, immer wieder und keine Rede von einer allgemeinen Straßenverkehrsabgabe, die dann noch dazu verwendet wird, um Löcher im Budget zu stopfen (Abg. Gerhard Heidinger: „Das stimmt!" — Abg. Zinkanell: „Notlöcher!" Glockenruf des Präsidenten.) und nicht zweckgebunden für den Straßenverkehr verwendet wird. (Beifall bei der ÖVP. — Landesrat Bammer: „Löcher, die durch den Straßenbau entstehen!")

Meine Damen und Herren! Wir haben diese Tagung, weil ich auch daraufhin angesprochen wurde, nicht nur deshalb veranstaltet, weil wir die Chance haben wollten, auch den Nachbarländern das Problem zu zeigen, sondern, weil wir die Spur einer Chance auch nützen wollen, daß diese nicht ganz geschlossene Tür vielleicht doch etwas weiter aufgeht. Damit komme ich zum nächsten Punkt. Ich habe das letzte Mal, bei meinem Besuch in Wien, Herr Abgeordneter Loidl, beim Herrn Bautenminister, genau von einer Woche, das konnte ich Ihnen noch nicht erzählen, bitte, Sie waren nicht am Kalcherkogel, das war wirklich ein Versäumnis, das war eine sehr wichtige Sache. (Abg. Loidl: „Bei mir war es 14 Tage vorher!") Ich wollte nur sagen, aber Sie verstehen mich ja, dort habe ich über die Präbichl-Südrampe gesprochen. Der Herr Minister hat selbstverständlich nicht nur sein Verständnis bekundet, sondern auch gesagt, er werde dafür sorgen, daß wir dort beginnen können. Ich habe weiters mit ihm gesprochen über das Stück Gralla—Staatsgrenze, auch da hat er mir das gleiche zugesagt, und ich habe ihm natürlich auch referiert über unser Pyhrnsymposium, denn wir sind ja Auftragsverwaltung des Bundes, und wir haben natürlich auch ein Landesinteresse. Der Herr Landeshauptmann hat diese Sache in Brüssel überhaupt in Gang gesetzt! Da muß ein steirischer Landeshauptmann erst nach Brüssel fahren, damit dort überhaupt einmal über so etwas geredet wird! Aber eigentlich ist es ja eine Aufgabe der Bundesregierung. Das steht außer Diskussion. (Beifall bei der ÖVP.)

Schauen Sie, wir machen uns das ja nicht so leicht. Wir werden uns selbstverständlich auch in dieser Sache voll einsetzen; so wie bisher voll in dieser Sache einsetzen, aber natürlich muß in erster Linie die Bundesregierung in dieser Frage virulent sein. (Abg. Ileschitz: „Herr Landesrat, darf ich etwas sagen. Ich war beim Kongreß der Internatio-

nalen Gemeinschaft und dort hat man uns zu den drei reichen Ländern gezählt!") Haben Sie das jemals bezweifelt, im Vergleich zu diesen Ländern, haben Sie das jemals bezweifelt? (Abg. Ileschitz: „Sicher nicht!") Na also. Aber lassen Sie sich von unserem Straßenbauamt sagen, daß ein großes Lkw-Transitfahrzeug die Straße 30.000mal mehr abnützt als ein Pkw und daß 70 Prozent (Abg. Hammerl: „Daher zahlen sie Steuer!" — Weitere unverständliche Zwischenrufe. — Glockenzeichen des Präsidenten.) Sie hören nicht zu — 70 Prozent des internationalen Transitverkehrs ist EG-Verkehr hier bei uns auf der Pyhrnroute und 40 Prozent davon deutscher. Wenn Sie schon Leistungsvergleiche anstellen wollen, verehrter Herr Präsident, dann wird Ihnen nicht ganz unbekannt sein, daß Ihr SPD-Bundeskanzler Schmidt in Deutschland und seine Genossen, großen Stolz zeigen, wenn es darum geht, aufzuweisen, wie reich, stark und potent diese Bundesrepublik Deutschland (Landesrat Bammer: „War immer eine deutsche Eigenschaft!") auch im Vergleich zu Österreich ist und das ist das Hauptproblem und nichts anderes wollten wir sagen. Schluß damit. (Gelächter bei der SPÖ. — Abg. Lackner: „Ihr habt euch ein Eigentor geschossen!") Bitte schön, ich höre damit auf. (Abg. Gerhard Heidinger: „Tun Sie nur weiter. Sie haben uns schon eine Viertelstunde genommen!") Ich freue mich, daß wir heute so eine interessante Diskussion in diesem Zusammenhang halten konnten. Eines scheint mir wichtig zu sein, daß wir trotzdem daranbleiben, daß wir trotzdem, sozusagen, möglichst an einem Strick ziehen, miteinander, weil es viele offene Probleme noch in der Zukunft gibt und weil natürlich die Bauwirtschaft einen großen Teil auch wichtiger Arbeitsplatzsicherungselemente in sich trägt und das für uns immer ein entscheidendes Anliegen ist. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Ich erteile dem Herrn Berichterstatter das Schlußwort.

Abg. Kollmann: Ich verzichte auf das Schlußwort und bitte um Annahme meines vorhin gestellten Antrages.

Präsident: Wer dem Berichterstatter zustimmt, möge ein Zeichen mit der Hand geben.

Die Gruppe 6 ist angenommen.

Meine Damen und Herren! Wir unterbrechen jetzt die Sitzung des Landtages und nehmen sie morgen um 9 Uhr wieder auf. (Unterbrechung der Sitzung um 21.15 Uhr — Wiederaufnahme am 7. Dezember 1978 um 9 Uhr.)

Präsident Univ.-Prof. Dr. Koren: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Wir nehmen die gestern unterbrochene Sitzung wieder auf.

Gruppe 7: Wirtschaftsförderung

Berichterstatter ist der Abgeordnete Professor Dr. Karl Eichinger. Ich erteile dem Herrn Abgeordneten das Wort.

Abg. Prof. Dr. Eichinger: Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Die Gruppe 7 enthält den land- und forstwirtschaftlichen Wegebau, den Wasserbau und die Besitzfestigung. Weiters Förderungen der Land- und Forstwirtschaft, des Fremdenverkehrs sowie des Handels, des Gewerbes und der Industrie. Die Einnahmen in dieser Gruppe betragen 96,245.000,— Schilling, die Ausgaben 424,161.000,— Schilling. Der Ausschuß hat dieses Kapitel eingehend beraten, und ich bitte um Annahme.

Präsident: Meine Damen und Herren!

Im Einvernehmen mit den Obmännern der in diesem Hause vertretenen politischen Parteien schlage ich vor, die Spezialdebatte der Gruppe 7 zu teilen. Und zwar als ersten Teil in die Landwirtschaft, als zweiten Teil in den Fremdenverkehr und als dritten Teil in die Wirtschaftsförderung.

Wird dagegen ein Einwand erhoben? Ich stelle fest, daß das nicht der Fall ist. Wir beginnen daher mit dem ersten Teil der Gruppe 7, Landwirtschaft. Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Hans Brandl. Ich erteile es ihm. Bitte sehr!

Abg. Brandl: Hoher Landtag! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich darf mit zwei Feststellungen einleiten. Soweit ich mich zurückerinnern kann, ist es das erste Mal, daß ein Abgeordneter der SPO die Ehre hat, im landwirtschaftlichen agrarischen Bereich die Diskussion einzuleiten. Ich werte das fast als ein Vorzeichen dafür, daß unsere Vorstellungen über die Agrarpolitik etwas stärker in den Vordergrund gerückt werden. (Beifall bei der SPO.)

Aber dazu wird ja dann Kollege Zinkanell etwas mehr aussagen. (Abg. Lackner: „Hoffentlich hast eine große Briefftasche bei dir!“)

Zum zweiten! Ich beginne mit den Problemen der Forstwirtschaft, und die Forstwirtschaft wird ja innerhalb dieses gesamten Wirtschaftszweiges auch immer etwas stiefmütterlich behandelt, obwohl ich der Meinung bin, daß die „Grüne Mark“ ihren Vornamen in erster Linie auf den grünen Wald und nicht auf die grünen Wiesen bezieht. (Abg. Doktor Maitz: „Eine ganz neue Erkenntnis!“) Wenn Sie, meine Damen und Herren, anderer Auffassung sind, dann gibt es ja nach unserer Geschäftsordnung die Möglichkeit der tatsächlichen Berichtigung. (Abg. Schrammel: „Starke Einleitung!“)

Die Forstwirtschaft in Österreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat ja eine sehr große Bedeutung. 1977 sind insgesamt in Österreich 11 Millionen Festmeter Holz geschlägert worden, was einem sehr beachtlichen Wert entspricht und wo letzten Endes durch diesen Holzeinschlag sowohl in der Forstwirtschaft selbst als auch dann darüber hinaus in der Holzverarbeitenden Industrie viele, viele tausend Menschen beschäftigt wurden. Die Steiermark hat den höchsten Anteil an diesem Holzeinschlag von den österreichischen Bundesländern. Das Aufbringen von 2,700.000 Festmeter Holz und die Waldfläche in der Steiermark mit einer Million Hektar sind ebenfalls sehr beachtlich; ganz

genau sind es 971.739 Hektar, und das sind insgesamt 26,2 Prozent der gesamten österreichischen Waldfläche. Ich darf Ihnen vielleicht auch ganz kurz die Gliederung nach Eigentumsarten in Erinnerung bringen. Der Kleinwaldbesitz in der Steiermark beträgt rund 56 Prozent, die Privatforstbetriebe bewirtschaften etwas über 33 Prozent und die Österreichischen Bundesforste etwa 10 Prozent. Die Steirischen — sie liegen hier geringer, als im Durchschnitt in ganz Österreich — Landesforste haben einen Waldanteil von 2,3 Prozent. Und es ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, durchaus die Frage berechtigt, wie es überhaupt der österreichischen Forstwirtschaft geht, welche Aussichten sie hat und welche kritischen Überlegungen für die Zukunft angestellt werden können. Ich glaube, daß es zwei Probleme sind, die im Vordergrund stehen, im Vordergrund aller wirtschaftlichen Überlegungen, aber besonders ausgeprägt hier auch in der Forstwirtschaft:

1. Es sind die Kosten innerhalb der Forstwirtschaft, das heißt, wieviel kostet die Erzeugung eines Festmeter Holzes und
2. es ist der Preis, wieviel bekommt man am Markt für diesen Festmeter Holz?

Und wenn ich mit dem letzteren beginne, dann darf ich sagen, daß aller Voraussicht nach die Möglichkeit, weitere stärkere Preissteigerungen beim Holz zu erzielen, nicht gegeben ist. Hier haben wir Realisten zu sein, der Holzmarktpreis orientiert sich am Weltmarktpreis, und hier wird letzten Endes auch sowie in vielen anderen Bereichen die Konkurrenz immer härter. Für die Forstwirtschaft im gesamten können wir jedoch sagen — und das ist eine sehr wesentliche Frage —, daß der Holzabsatz zu einigermaßen stabilen Preisen gesichert ist, daß insgesamt weltweit festgestellt wird, daß der Holzverbrauch steigt. Die Welle Plastik und Kunststoff ist eigentlich wieder mehr im Abflauen begriffen, und das Holz — darüber freuen wir uns glaube ich alle zusammen — wurde wiederentdeckt. Es gibt heute wieder mehr Holz in den Wohnungen, mehr Holz in den Gaststätten, mehr Holz in Hallen, ja selbst mehr Holz in Hallenschwimmbädern. Eine durchaus erfreuliche Entwicklung, von der wir hoffen, daß sie weiterhin anhält. Und wenn wir einen Vergleich anstellen, meine sehr geehrten Damen und Herren, wie sich die Preise in der Forstwirtschaft entwickelt haben: Ich habe mir die Mühe genommen und bei 1948 begonnen, das heißt also, einen Vergleich hergestellt zwischen den Holzpreisen vor 30 Jahren und derzeit. Es ist so, daß 1948 ein Sägerundholzpreis bei B 3 A von rund 80,— Schilling erreicht wurde, daß damals für das Schleifholz ein Preis von 65,— Schilling bezahlt wurde. Wenn wir das als Ausgangsbasis mit 100 Prozent nehmen, so können wir für jetzt, ich kann nur sagen für 1977, feststellen, daß eine Steigerung beim Sägerundholz von 1200 Prozent erfolgt ist, wenn wir einen durchschnittlichen Preis von 960,— Schilling heranziehen, und der ist durchaus im Vergleich des Durchschnittes richtig, für ganz Österreich richtig und auch für die Steiermark richtig. Also eine Erhöhung um 1200 Prozent. Es war beim Schleifholz eine gering-

függere Erhöhung festzustellen, und zwar eine solche von 855 Prozent, weil derzeit ungefähr bei 555,— Schilling pro Festmeter Schleifholz erreicht werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe vor 14 Tagen die Möglichkeit gehabt, acht Tage lang die schwedischen Staatsforste zu besichtigen und dort mich ein bißchen umzuschauen, wie die Verhältnisse sind. (Abg. Dr. Schilcher: „Das ist sehr konservativ!“) Schweden ist ein ausgesprochenes Holzland, und es ist sehr interessant, ja weil Sie sagen, konservativ, ich darf Ihnen da gleich antworten darauf. Ich habe also mit einigen Herren dort gesprochen. Bitte um Entschuldigung, wenn ich das Wort gebrauche, aber wie man die politische Lage jetzt in Schweden einschätzt, so haben sie alle gesagt, die bürgerliche Regierung ist eine Übergangserscheinung, und die nächste Regierung wird garantiert wieder sozialdemokratisch sein. Ich sage Ihnen das nur, weil Sie jetzt das sagen. (Beifall bei der SPO. — Abg. Ing. Stoisser: „Das ist eine Wettervorhersage!“ — Allgemeine Heiterkeit.) Man muß Ihnen das sagen, wenn der Herr Abgeordnete Schilcher darauf aufmerksam gemacht hat, denn man redet ja auch, wenn man im Ausland ist, ein bißchen über diese Dinge.

Aber jetzt eben im Vergleich, zurück zum Holz. Es ist sehr interessant, daß der Holzpreis in Schweden geringer ist. Natürlich spielt auch die örtliche Lage eine gewisse Rolle, daß dort der Durchschnittspreis heute bei 750,— Schilling und der Schleifholzdurchschnittspreis bei 300,— Schilling liegt. Allerdings, meine Damen und Herren, und das muß man jetzt dazusagen, in Schweden ist ein wesentlich höherer, sonst wäre es ja nicht möglich, ein wesentlich höherer Mechanisierungsgrad. 65 Prozent der Holzernte werden dort mechanisch bewältigt. Man muß dazusagen, daß natürlich auch die Voraussetzungen durch die Geländebeziehungen dazu gegeben sind, daß es also praktisch möglich ist, und die Schweden wollen ja auf 85 Prozent Mechanisierung hinaufkommen. Aber ich stelle den Vergleich vor allem an, geringe Holzpreise, obwohl sie immer noch bedeutend höhere Löhne haben und obwohl sie im Schnitt gesehen gegenüber dem österreichischen Holz ein schlechteres Holz haben, daß beispielsweise die Fichtenwälder in Schweden wesentlich schlechter sind, also niedriger sind, als das in Österreich der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir können im gesamten feststellen, daß sich also am Preissektor innerhalb der österreichischen Forstwirtschaft für die nächste Zeit nichts wesentliches ändern wird, daß also keine stärkeren Preiserhöhungen zu erwarten sind. Auf der anderen Ebene, bei den Lohnkosten und bei den Abgaben, wird die österreichische Forstwirtschaft wahrscheinlich keine Ausnahme bilden können für die Zukunft gegenüber anderen Wirtschaftszweigen, darüber müssen wir uns auch im klaren sein. Daher gibt es nur eine Möglichkeit, die Produktionsbedingungen müssen, natürlich gemessen an unseren Möglichkeiten, entsprechend verbessert werden, und ich sehe hier schon, wenn ich das ganz kurz aufzählen darf, einige Möglichkeiten. Ich möchte einige Rich-

tungen aufzeigen. Ich beginne, meine Damen und Herren, mit dem Problem, das ja immer sehr aktuell ist, mit den Wildschäden. Die österreichische Forstinventur hat festgestellt, daß die Steiermark, das heißt der steirische Wald, an zweithöchster Stelle bezüglich der Wildschäden nach Oberösterreich liegt. 5 Prozent unserer gesamten Vorratsfestmeter, und wir haben Vorratsfestmeter von einer Million, insgesamt 5 Prozent sind von Wildschäden befallen, das heißt also mit anderen — (Abg. Ing. Koiner: „10 Millionen Festmeter!“) 10 Millionen, ja das war falsch, 10 Millionen Vorratsfestmeter, ich habe die Null übersehen, Entschuldigung. Danke Herr Präsident, daß Sie mich darauf aufmerksam gemacht haben, es hätten dann ja auch die Prozente nicht gestimmt, weil 500.000 Festmeter sind in der Steiermark von Wildschäden befallen. Wenn man also Vergleiche anstellt von 1971 bis 1975 haben die Wildschäden im Bundesland Steiermark gegenüber dem Vergleich von 1961 bis 1970 um 40 Prozent zugenommen. Wenn ich Ihnen also auch noch die österreichische Vergleichszahl sage. Insgesamt haben wir in Österreich 23,5 Millionen Festmeter Holz, das Schäl- und Verbißschäden aufzeigt, und es erhebt sich die erste Frage, ob wir uns, auf Dauer gesehen, das leisten können. Es ergibt sich die Frage, ob nicht stärkere Maßnahmen getroffen werden müssen, um hier den Wald stärker in den Mittelpunkt zu stellen, wobei gesagt ist, daß natürlich auch die Jagd, unter normalen natürlichen Voraussetzungen, ihre Berechtigung hat. Ich gehe so weit, meine Damen und Herren, daß ich sage, wenn es notwendig sein müßte, dann müßte man sich auch hier im Landtag über das Jagdgesetz unterhalten und müßte entsprechend verschärfte Bestimmungen einbauen, weil es hier ganz einfach um Volksvermögen geht, und wir uns nicht auf die Dauer dessen Schädigung leisten können.

Das zweite Problem ist die Mechanisierung. Ich habe Ihnen gesagt, in anderen Ländern, ich habe auf Schweden hingewiesen, ist ein wesentlich höherer Mechanisierungsgrad. Ich glaube, wenn man das jetzt sehr vorsichtig ausspricht, müßte man bei uns sagen, daß auch wir eine sinnvolle und vor allem arbeitsplatzschonende Entwicklung brauchen, denn es hat wenig Sinn, daß wir eine Entwicklung in Gigantonomie, wenn ich es so nenne, vorantreiben und unnötig Arbeitskräfte freisetzen, um dann auf der anderen Seite wieder erhebliche Mittel dazu aufzuwenden, daß wir diese Arbeitskräfte in einen anderen Arbeitsprozeß eingliedern. In der Land- und Forstwirtschaft haben wir ja hier eine verhältnismäßig gute Entwicklung. Wir haben eine ganz wesentliche Senkung des Beschäftigtenstandes in der Regel auf der Basis des natürlichen Abganges und das, glaube ich, ist auch die Möglichkeit hier für die Zukunft, daß man hier die Entwicklung vorantreibt. Aber eine wesentliche weitere Frage wird auch sein, ich habe das in Schweden sehr genau gesehen, daß wir noch ungemein viel zu tun haben, um durch bessere Berufsausbildung und vor allem durch ständige Berufsbildung, das gilt sowohl für die Forstarbeiter, aber das gilt auch für den gesamten bäuerlichen Bereich, unsere Produktionsbedingungen zu verbessern. Dann, meine

Damen und Herren, sehe ich noch eine dritte Möglichkeit, die in diesen Bereich hineinfällt. Wir müßten mehr an Holzverarbeitung betreiben in unserem Lande. Es wäre also noch mehr unternehmerische Initiative möglich, und wir sollten uns hier, übertragen auf den Bereich der Forstwirtschaft, ein Beispiel an der Schweiz nehmen, die also in vielen kleinen Bereichen produziert, also für die kleinen Dinge des Lebens sehr viel macht und damit natürlich umgesetzt und damit auch mehr Holz verwertet, mehr Geld im eigenen Lande erarbeitet und mehr Arbeitsplätze auf diesem Gebiet geschaffen werden. (Abg. Ing. Stoisser: „Herr Kollege Brandl, die haben nicht einmal eine Möbelindustrie in der Schweiz! So ist das wieder nicht!“) Nein, das ist nicht unbedingt gerade die Möbelindustrie. Es gibt ja einige andere Dinge, zu denen sich Holz verarbeiten läßt. Es würde jetzt zu weit führen, das alles aufzuzählen, das ist mir völlig klar. Aber schauen Sie, im gesamten gesehen wäre es doch richtiger und vernünftiger, weniger Rundholz auszuführen und es mehr im eigenen Lande nach den gegebenen Möglichkeiten zu verarbeiten; Marktlücken ganz einfach zu erfassen, die es auch hier gibt. Man müßte sich hier stärker interessieren, das ist ja kein Vorwurf, ich stelle das ja nur fest. (Abg. Ing. Koiner: „Nein, Brandl, das stimmt nicht!“ — Abg. Zinkanell: „Wenn die Unternehmer Kunsttischler sind! Das ist auch positiv!“) Ja, daß es im gesamten auch richtig wäre! Und dann als letztes, meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, wir brauchen auch in der Forstwirtschaft, ganz kleine Ansätze sind gegeben, aber sie müßten wesentlich ausgebaut werden, mehr überbetriebliche Zusammenarbeit. Hier gibt es sehr viele ungenutzte Möglichkeiten vor allem für den bäuerlichen Wald, denn wenn ich sage, wir werden für die Zukunft, um besser und billiger produzieren zu können, mehr Mechanisierung einsetzen müssen, dann ist es völlig klar, daß das für den einzelnen kleinen Bauern nicht in der Form möglich ist, sondern daß das nur durch eine überbetriebliche Zusammenarbeit in Gang gebracht werden kann. Wenn ich hier — und jetzt mache ich es das letzte Mal — auf Schweden verweise, dann sind dort überhaupt ganz andere Entwicklungen und die Voraussetzungen dafür gegeben, daß diese Forstwirtschaft wesentlich besser dasteht. Dort gibt es die großen Waldbesitzerverbände. Und diese Waldbesitzerverbände haben selbst ihre eigenen Produktionsmöglichkeiten. Das geht so weit, daß sie Zellulosefabriken selbst bewirtschaften, genossenschaftlich bewirtschaften und damit natürlich im gesamten gesehen, ihr eigenes Produkt wesentlich besser verarbeiten können.

Ich bin schon am Ende, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte abschließend feststellen, daß es auch natürlich so sein wird, daß die Forstwirtschaft den schwankenden, wirtschaftlichen Bedingungen unterliegen wird, daß sie aber — und das ist jetzt wiederum erfreulich — stabiler ist als andere Wirtschaftszweige. Holz wird im steigenden Ausmaße gebraucht, wird verwendet. Es geht also praktisch darum, die entsprechenden Chancen zu nützen. Und unser Wald ist letzten Endes auch eine Rohstoffbasis, die sich bei vernünftiger Bewirt-

schaffung nicht erschöpft, sondern natürlich ergänzt. Das ist auch sehr wesentlich! Gerade in der heutigen Zeit. Unser Wald, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist aber noch mehr. Ein Schweizer Professor sagte einmal, der Wald ist das natürliche Sanatorium in einer allmählich verrückt werdenden Welt. Ich glaube, er hat nicht ganz unrecht, wenn er diesen Ausspruch tut. Die Bestandspflege wird nachhaltig über Jahrzehnte, ja über Jahrhunderte geführt. Tun wir, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch von der Politik her alles in unserer schnelllebigen Zeit für die Forstwirtschaft, daß dieser Rhythmus nicht gestört wird. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich gemeldet der Herr Abgeordnete Ing. Simon Koiner. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Ing. Koiner: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Herr Kollege Brandl hat also eine Auslegung gefunden in bezug auf die Bedeutung der Sozialistischen Partei in der Agrarwirtschaft, die ich zwar gehört habe — ich muß sie aber deswegen berichtigen, weil das viel einfacher ist, als wie er sie dargestellt hat. Er hat sich nämlich als erster zu Wort gemeldet, und das ist die ganze Erklärung in dieser Angelegenheit. Wir nehmen dies durchaus zur Kenntnis. (Abg. Brandl: „Das habe ich schon öfter getan, nur bin ich nie drangekommen!“) Und was auch noch auffallend war, Herr Kollege Brandl, ist, daß die Aussage fast ähnlich einem anderen Johannes, den es vor 2000 Jahren gegeben hat, ist, der also gesagt hat: „Ich bin zwar ich, aber nach mir wird einer kommen, der wird also der große Zauberer sein.“ Wir sind sehr gespannt auf diese Ankündigung, und wir werden sehen, ob das auch zutrifft. Ich bin sehr beruhigt, weil die Bauern mit der ihnen eigenen Nüchternheit ganz klar das Urteil fällen werden, was an Worten und an Taten da ist und wir sehen dieser Ankündigung des ganz großen Mannes mit aller Gelassenheit entgegen. (Abg. Zinkanell: „Ich bin auch nicht als Zauberer angekündigt worden!“ — Abg. Dr. Schilcher: „Als Zauberlehrling!“) Geklungen hat es fast so! (Abg. Zinkanell: „Zaubern ist etwas ganz anderes!“) Meine Damen und Herren! Ein paar Worte muß ich noch sagen zu den Ausführungen des Kollegen Brandl in bezug auf Wald und Holz. Man kann mit vielem einverstanden sein, eines muß ich aber berichtigen. Wenn Kollege Brandl sagt, er würde dafür sein, daß mehr Holzverarbeitung in Österreich ist, dann kann man auch noch dafür sein. Nur gibt es eine völlig falsche Darstellung für die Öffentlichkeit. Es ist ja nicht unbekannt, daß wir zum Beispiel im Vergleich mit der Schweiz viel weniger exportieren, obwohl die Schweiz überhaupt in waldmäßiger Hinsicht im Vorrat und in der laufenden Erzeugung weit unter Österreich liegt. Und das Problem der österreichischen Forstwirtschaft ist eigentlich in der heutigen Zeit nicht so sehr hier mehr Verarbeitungsbetriebe zu haben, wobei wir durchaus hier auch uns einbinden lassen. Solange

in Österreich dieses Holz gebraucht wird, ist auch die österreichische Forstwirtschaft überhaupt nicht am Export interessiert.

Herr Kollege Brandl, es ist aber ganz bekannt, daß wir derzeit von unserem Zuwachs ein Drittel jedes Jahr überhaupt nicht nützen. Daß er im Wald stehenbleibt, weil die entsprechenden Verarbeitungsbetriebe nicht da sind und weil in der Liberalisierung der Holzimporte und in der Bewirtschaftung jeder Kubikmeter Holz, der in das Ausland geht, hier der Handelsminister ein Regime aufrecht erhält, das seit 1945 besteht und an und für sich unerklärlich ist. Ich bin dafür, daß es hier verarbeitet wird. (Abg. Brandl: „Das ist der freie Markt!“) Aber wenn es hier nicht verarbeitet wird, die Pflegemaßnahmen nicht durchzuführen, die ja für den Waldzustand positiv sind, und also nur deswegen nicht durchzuführen, weil die Exporte nicht bewilligt werden, das ist meiner Meinung nach kein sehr vernünftiger Standpunkt, und das ist es wirklich im Gegensatz zu dem, was ausgeführt worden ist. Soviel also zur Berichtigung dieser Angelegenheit.

Und nun lassen Sie mich also doch zu einem anderen grünen Problem kommen, nämlich zur Landwirtschaft eigentlich im besonderen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Kapitel 7 unseres Budgets ist die Förderung der Wirtschaft und hier nimmt die steirische Land- und Forstwirtschaft zu Recht einen gewichtigen Posten ein, weil 74.000 Beschäftigte in diesem Wirtschaftszweig tätig sind und vor allem auch weil die Aufgaben und die Ziele, die die Gesamtheit der Bevölkerung in den verschiedenen Landwirtschaftsgesetzen — für die Steiermark im steirischen Landwirtschaftsgesetz und für ganz Österreich im österreichischen Landwirtschaftsgesetz — dieser Gruppe von in der Landwirtschaft Tätigen Aufgaben zuweist, weit über den eigentlichen wirtschaftlichen Bereich der dort Tätigen hinausgehen. Ich wiederhole es nur noch einmal:

Die Sicherung der Nahrungsmittelversorgung, vor allem auch mit gesunden Nahrungsmitteln, wie wir sie drinnen haben im steirischen Landwirtschaftsgesetz. Die Pflege und Gestaltung unserer Kulturlandschaft und die Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Situation dieses Berufszweiges mit dem klaren Auftrag, die Krisenfestigkeit zu erhöhen und damit auch einen wesentlichen Beitrag zur Krisenfestigkeit der gesamten Wirtschaft überhaupt zu bewerkstelligen. Und das ist sicher eine sehr weitreichende Verpflichtung für die in der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, und ich glaube, es gibt keine Auffassungsverschiedenheit darüber, daß diese überwirtschaftlichen Aufgaben an Bedeutung zunehmen. Diese Erkenntnis war immer wieder Gegenstand von Aussagen. Nun wird auch kein Zweifel sein darüber, daß diese Aufgaben in Zukunft wahrscheinlich nur erfüllt werden können, wenn die Menschen, die in diesem Wirtschaftszweig tätig sind, vor allem auch die jungen Menschen, eine gesicherte Zukunft erwarten können und ein etwa vergleichbares Einkommen zu den anderen Wirtschaftszweigen dort finden können. Dann werden diese Aufgaben auch in der Zukunft bewältigt werden können. Die Frage nun, ob und wie

weit das erreicht worden ist, wo wir hier stehen, ist immer wieder einmal auch ein Streitfrage, und ich gebe gerne zu, daß die Objektivierung wie denn, im Vergleich zu anderen Wirtschaftssparten und ähnlichen Berufen, die Lage der Landwirtschaft ist, gar keine sehr einfache ist. Wir haben deshalb dort, wo wir das maßgeblich beeinflussen können, immer sehr dafür gesorgt, daß also etwa in dem Erarbeiten dieser Vergleichszahlen eine mögliche Objektivierung stattfinden kann. Ich weise darauf hin, daß wir etwa in der Zusammensetzung der Kommission, die den Grünen Bericht für die Steiermark erstellt, weit über alle parteipolitischen oder interessensmäßigen Gesichtspunkte hinaus uns bemüht haben, in dieser Kommission alle politischen Parteien einzubinden, die entsprechenden und potenten Sozialpartner einzubinden. Die Arbeit in der Kommission ist doch eine sehr sehr zielgerichtete, auch eine sehr intensive, weil wir hier einfach gar keine andere Absicht haben, als eine wirkliche objektive Berichterstattung über die Lage der Landwirtschaft zu erreichen. Ich glaube, daß das auch in der Steiermark zu einem ziemlich weitgehenden Ausmaß gelungen ist. Meine Damen und Herren, ein solch objektiver Bericht über den Stand und die Vergleichsmöglichkeiten hat ja auch nur dann einen Sinn, wenn am Schluß etwa gesagt wird: Da stehen wir, stehen wir etwas hinten, welche Maßnahmen sind zu ergreifen, um das etwa in den nächsten Jahren zu erreichen. Das geschieht sowohl in unserem steirischen Grünen Bericht, wie auch im Grünen Bericht, den die Bundesregierung vorlegt, wo ja auch die entsprechenden Maßnahmen immer wieder gefordert werden.

Nun, meine Damen und Herren, was sagt uns dieser Grüne Bericht? Wir greifen hier auf den steirischen zurück, der etwas mehr zugeschnitten ist auf unsere regionalen Verhältnisse, in der Zielsetzung, was getan werden kann und sich auch viel mehr auf die Steiermark orientieren kann, als wie ein gesamtösterreichischer Bericht. Und was sagt also etwa auch der Grüne Bericht des Bundes, den wir deswegen nicht außer Acht lassen können, weil unbestritten ist, daß bedeutende Faktoren der Agrarpolitik, wie etwa Handelspolitik, Gehaltspolitik, Export-Import-Politik, nicht länderweise geregelt werden können, sondern überhaupt nur gesamtösterreichisch geregelt werden können und großen Einfluß darauf haben, wo die Landwirtschaft steht. Nun, meine Damen und Herren, der Grüne Bericht sagt heuer aus, daß es im Jahre 1977 nicht gelungen ist, den in der Land- und Forstwirtschaft tätigen Personen einen gebührenden Anteil an der fortschreitenden Entwicklung der österreichischen Volkswirtschaft zu sichern. Das landwirtschaftliche Einkommen, meine Damen und Herren, ich betone das deshalb noch einmal, das „landwirtschaftliche Einkommen“, weil es für einen daran nicht direkt Beteiligten sehr wenig auffallend ist, wenn einer vom landwirtschaftlichen Einkommen und dann vom Gesamteinkommen redet, aber das ist ein ganz entscheidender Punkt und deshalb betone ich es noch einmal. Also das landwirtschaftliche Einkommen, das etwa angibt, wieviel eine Familienarbeitskraft auf Grund ihrer landwirtschaftlichen Tätigkeit ver-

dient, hat im Monatsdurchschnitt des Jahres 1977 5836,— Schilling erreicht. Das heißt also insgesamt im ganzen Jahr etwa 70.000,— Schilling. Das waren nominell zwar um zwei Prozent mehr als 1976, unter Einrechnung der Inflationsrate für dieses Jahr von 5,5 Prozent, jedoch real um 3,5 Prozent weniger als im Vorjahr. Diese Zahl ist also unbestritten und gibt zumindest einen Hinweis darauf, wie also die landwirtschaftliche Tätigkeit in der Honorierung im Jahre 1977 dasteht. Ich brauche also nur einen kurzen Vergleich dazu anstellen. Im Vergleich dazu betrug das Pro-Kopf-Einkommen eines Arbeitnehmers, also etwa eines vergleichbaren Berufes monatlich 11.593,— Schilling. Das heißt also, daß das landwirtschaftliche Einkommen je Arbeitskraft nur rund 50 Prozent des Einkommens eines selbstständigen Erwerbstätigen erreicht hat. Nun vielleicht auch noch ein kurzer Hinweis darauf, wie schaut das also in den einzelnen Produktionsgebieten in der Steiermark aus. Wir haben also im südöstlichen Flach- und Hügelland je Arbeitskraft 4803,— Schilling an landwirtschaftlichem Einkommen und am Alpenostrand, daß ist also das Gebiet von der Koralpe über die Gleinalm zu den Fischbacher Alpen und zum Wechsel 4106,— Schilling und etwa auch gleich hoch im Hochalpengebiet der Obersteiermark. Der Vergleich zu früheren Jahren ist also unverkennbar, daß wir im südöstlichen Flach- und Hügelland eine Stagnation haben, während wir sowohl im Bereich des Hochalpengebietes als auch der Ostalpen, eine, Gott sei Dank, merkliche Anhebung des landwirtschaftlichen Einkommens feststellen können. Soweit also die regionalen Gesichtspunkte in der Steiermark und nun das Fazit daraus. Die Entwicklung dieses landwirtschaftlichen Einkommens ist, glaube ich doch das Signal dafür, daß hier die Entwicklung nicht entsprechend zu den übrigen Berufsgruppen vor sich geht, wobei ich hier gar nicht anstehe zu sagen und das auch nicht zu übersehen ist, daß wir hier mehrere, eigentlich gar nicht wenige positive Aspekte festzustellen haben. Vor allem im Land Steiermark, wie etwa die Abgeltung der Erschwernisse durch die Direktzahlung für die Bergbauern, und zwar durch den Bund und durch das Land. Hier gibt es dann, also immerhin in den extremsten Kategorien eine Direktzahlung Bund plus Land in der Höhe von etwa 10.000,— Schilling. Das ist also jetzt wirklich mehr als ein Tabakgeld, das es zu Beginn war, und muß ich das als Positivum hinstellen, wenngleich dazu natürlich zu bemerken ist, daß etwa diese Direktzuschüsse, die öffentlichen Zuschüsse etwa nur im Verhältnis 1 : 10 in der Einkommensentwicklung zu Buch schlagen, etwa 1 : 10 und das darf man sicher auch nicht vergessen. Das heißt so sehr das anerkennenswert ist als Abgeltung von Leistungen und von Erschwernissen, die ja den Bergbauern niemand abnehmen kann, so sehr muß man dabei bedenken, daß man über diese Art öffentlicher Zuschüsse das landwirtschaftliche Einkommen nur in einem bescheidenen, in einem gewissen Prozentsatz anheben kann, und daß andere Faktoren hier wesentlich wirksamer sind. Ich erwähne hier in etwa auch den Ausbau am Fremdenverkehrssektor. Es fällt ja auf, daß etwa die Einkommensschöp-

fung am Gesamteinkommen in den hochalpinen Lagen, in den Hochalpen, 26 Prozent aus dem außerlandwirtschaftlichen Bereich kommen und hier ist erkennbar, daß der Fremdenverkehr eine ganz bedeutende Rolle spielt. Also hier ist auch einiges gelungen, schlägt auch zu Buch. Die Almerhaltungsprämien als Möglichkeit, die Almen auch in Zukunft zu bewirtschaften und zu bestoßen, zumindest eine Hilfe dazu. Die Betriebshöfe, wo es uns eigentlich mit ziemlich bescheidenen Mitteln — wir haben hier vom Land etwa 2,6 Millionen Schilling an Mitteln zur Verfügung — gelungen ist, durch eine recht gute Organisation in der Steiermark die Angst vom Betriebsführer und von der Bäuerin zu nehmen, in einem Krankheitsfall vor unlöslichen Problemen zu stehen. Ich glaube, das ist sicherlich ein sehr positiver Aspekt, der also angemerkt werden muß. Etwa auch die Grenzlandförderung, die allerdings bis jetzt — leider Gottes — nur im Bereich der Landwirtschaft besonders erkennbar ist, während in anderen Bereichen es bisher nicht gelungen ist. Dies ist sicherlich nicht nur eine landwirtschaftliche Frage, weil wir uns völlig im klaren sind, daß Grenzregionen, benachteiligte Regionen, ja mehr brauchen als nur die Landwirtschaft und daß auch andere Wirtschaftszweige eigentlich hier eine Starthilfe, einen Ausgleich brauchen würden.

Meine Damen und Herren! Noch einen positiven Aspekt möchte ich erwähnen. Das ist also die zielgerichtete Vergrößerung der Spezialkulturen und die marktgerechte Ausdehnung der Schweinehaltung in den südöstlichen Regionen. Hier ist uns wirklich einiges gelungen und auch in der überbetrieblichen Zusammenfassung ist nicht nur der Effekt der Kostenersparnis da, sondern — ich glaube, nicht zu übersehen —, daß die Zusammenfassung in Erzeugergemeinschaften einfach auch die Möglichkeit bietet, auf einem zunehmend sich konzentrierenden Aufkäufermarkt am Nahrungsmittelsektor ein Marktgleichgewicht für die Landwirte zu erreichen. Das scheint mir also doch wesentlich zu sein, und ich möchte diese Gelegenheit auch wahrnehmen zu sagen, daß in der Ausbildung unseres landwirtschaftlichen Nachwuchses über unsere Berufs- und Fachschulen ich mich verpflichtet fühle, hier ein hohes Lob sowohl den Berufs- als auch unseren landwirtschaftlichen Fachschulen in der Steiermark zu spenden. Es ist erkennbar, daß das Fachwissen aller dieser Menschen, die von dort kommen, sehr gut ist, und was ich noch bemerken will, daß dort auch darauf Wert gelegt wird, daß jene Ausrichtung des jungen Menschen auf die zukünftigen Aufgaben, nämlich Bauer zu sein, auch in unseren landwirtschaftlichen Fachschulen gut vonstatten geht und daß sie mir manchmal besser gelöst erscheinen, zweckmäßiger gelöst erscheinen als in manchen Bereichen landwirtschaftlicher Mittelschulen, wo man eben ab und zu das Gefühl hat, daß dort eher die technischen Sachen vorgekehrt werden und manchmal die Illusion erweckt wird, daß man mit dem Rechenstift allein Bauer sein kann, während die Handarbeit vielleicht nicht so wichtig ist. Das wird nicht gehen. Bei unseren Strukturen wird das nicht gehen, und ich möchte mich hier wirklich

bedanken für diese hervorragende Arbeit, die in unseren landwirtschaftlichen Fach- und Berufsschulen gemacht wird. Nun, meine Damen und Herren! In der Forstwirtschaft ist, glaube ich, auch unübersehbar, daß es uns gelungen ist, eine gute Waldgesinnung durch einen Zeitraum nach dem Krieg zu erzielen, und die Auswirkungen sind also im österreichischen Wald klar zu erkennen. Und wer immer Gelegenheit hat, durch einen österreichischen Hochwald zu fahren, wird das demonstrativ und unübersehbar vor Augen geführt bekommen, auch wenn er so prädestinierte und bekannte Waldländer wie Schweden, Finnland oder wie irgendein anderes nordisches Land sieht. Wer hier durchfährt, sieht sehr genau, was hier an Waldgesinnung und auch an Waldarbeit verrichtet worden ist. Auch ein durchaus positiver Aspekt, aber, meine Damen und Herren, trotz all dieser positiven Aspekte ist die Einkommenslage in der Land- und Forstwirtschaft ein Faktum, das — glaube ich — Aktivitäten erfordert. Und die steirische Landwirtschaft weiß von den Notwendigkeiten, vor allem auch in der Jetztzeit darauf Rücksicht zu nehmen, in diesen Aktivitäten und Forderungen, daß die Möglichkeiten der öffentlichen Hand im finanziellen Bereich einfach heute auch ein Faktum sind, auf das wir Rücksicht nehmen müssen. Ich glaube, nicht nur wir, sondern alle. Und manchmal hat man das Gefühl, daß hier doch die Dinge noch viel zu leicht genommen werden. Ich hoffe nicht, daß eine Zeit eintrifft, wo wir also faktisch in eine Auseinandersetzung wie die Aasgeier kommen, wo jeder noch schaut, daß er das Fleischpatzerl, das aufpickt, bekommt, ohne Rücksicht auf die anderen. Ich würde sehr dankbar sein, wenn uns diese Auseinandersetzung, meine Damen und Herren, erspart bleiben würde. Das bedingt aber, daß jeder sich zu dieser Beschränktheit in der Möglichkeit der öffentlichen Hand bekennt und auch darauf Rücksicht nimmt. Aber ich glaube, im konkreten geht es gar nicht so sehr um die Anforderungen an die öffentliche Hand, sondern meiner Meinung nach sind die Probleme im Hinblick auf die Notwendigkeiten der Landwirtschaft gar nicht so unlösbar. Es gibt ein paar Dinge, die ich sage, daß sie gelöst werden müssen und daß man dann durchaus wieder mit Optimismus in die Zukunft schauen könnte.

Erstens, ich habe es hier noch drinnen, es ist eigentlich durch die gestrige Fernsehsendung, die ich gerade noch erwischte, in Zeit-im-Bild 2, nicht mehr notwendig, darüber zu reden. Ich war ja immer der Auffassung, daß in der Milchmarktnovellierung die Verhandlungen intern und sachlich so weit gediehen sind, daß es eigentlich nicht abzusehen war, warum man sich noch nicht geeinigt hat; und gestern ist es ja durchgekommen. Und ich glaube auch (Abg. Zinkanell: „Und warum man demonstriert hat, das muß man dazusagen!“) Ich werde gleich darauf zu reden kommen. Ich bin dir sehr dankbar, daß du das auch angeschnitten hast; es hat ja auch der Heidinger bei seiner Generalrede angeschnitten! Ich glaube also nun, daß — es wird der Herr Kollege noch darüber reden — hier ein Fahrzeug zur Verfügung steht und Riegler hat es ganz zweckmäßig ausgedrückt,

das brauchbar ist, mit dem man fahren kann, daß es aber notwendig sein wird, daß der Lenker halt auch damit fährt. Wir werden sehen! Es gibt nur eigentlich auch keinen zwingenden Grund, warum man mit einem Fahrzeug, das gehen soll, dann nicht fahren soll. Ich bin also hier einigermaßen optimistisch. Nur, Kollege Heidinger hat ja auch gesagt, er hat da auch eine Zahl genannt und der ist auch ein ganz Raffinierter (Abg. Brandl: „Das war er immer!“), er hat also eine Zahl genannt, wie die Grünen Planmittel von 70 bis 77 gestiegen sind (Abg. Gerhard Heidinger: „Eine Milliarde!“), sicherlich eine Zahl, die beachtlich ist. Die aber noch gar nichts aussagt über die Einkommenslage der Landwirtschaft, und das ist das Raffinierte dabei, denn solche Zahlen gibt es eben immer wieder. (Abg. Brandl: „Das ist die Grundlage!“) Sie sind beachtlich, sie sind da, sie sind auch gar nicht bestritten, aber sie sagen noch nichts aus über eine vergleichbare Lage der Land- und Forstwirtschaft zu den anderen. Und das ist das Raffinement, das du angewandt hast. Ich nimm es dir ja gar nicht krumm. Und es ist also dann gesagt worden ja, und trotzdem ist der Bauernbund in demonstrativer Form dagegen. Ja, ich bitte sehr, eines möchte ich schon einmal sagen. Wenn wir Bauern demonstrieren wollen, dann schaut dies anders aus wie in den vergangenen Wochen. Dies möchte ich also schon sagen. Und eine Demonstration, meine Damen und Herren, in der Form, wie sie durchgeführt worden ist, daß also Bauern hingehen zu den Regierungsmitgliedern und von ihrer Sicht aus schildern, wie ihre Lage ist, das ist noch lange keine Demonstration. Ich bin froh, wenn wir keine machen müssen, aber wenn wir demonstrieren, meine Herren, dann schaut dies anders aus. (Abg. Zinkanell: „Ihr habt es selber als Demonstration bezeichnet, Herr Präsident!“)

Ich habe ja fast ein bißchen Angst gehabt bei dieser notwendigen Milchmarktordnungs-novelle, als ich gehört habe, daß der Herr Nationalrat Pansi, und ich habe ihn selbst gehört, gesagt hat: „Bauern seid schön brav, sonst bekommt ihr überhaupt keine Marktordnungs-novelle.“ (Abg. Buchberger: „Genau!“) Eine solche Aussage ist für mich unverständlich und spricht nicht für den Mann, denn wenn ich eine Notwendigkeit erkenne und auch die Sozialisten werden ja die Novelle nicht nur deswegen machen, um nur willfährig zu sein. Sie wissen ja auch ganz genau, daß das notwendig ist. Wenn da ein Mann sagt, Bauern tut ja nicht so, seid schön brav, sonst bekommt ihr es gar nicht, dann ist das für mich unverständlich. (Abg. Zinkanell: „Das war das einzig Demagogische jetzt!“) Ich will weiter nichts mehr dazu sagen, es wird ja noch einige Gelegenheiten geben, darauf einzugehen. Wie gesagt, das war das, was ich bringen wollte. Es ist ja durch die gestrige Einigung hier eigentlich nicht mehr notwendig. Eines muß ich noch dazu sagen. Als notwendige Begleitscheinung zu dieser Selbstbeschränkung in der Milchmarktordnung ist es einfach unerlässlich, und zwar für die Grünlandflächen vor allem unerlässlich, daß die Alternativen, nämlich die Rindererzeugung in jeder Form, Zucht-, Nutz-, Schlachtrinder

und auch Kälber gesichert wird. Das wird immer klar, wenn ich in der Milch eine Selbstbeschränkung auf mich nehme, dann muß ich diesen Bauern die Möglichkeit geben, auf dem Rindersektor Alternativeinkommen zu erzielen, und hier hoffe ich sehr, daß es endlich gelingt, auch mit der EWG zu einer Einigung zu kommen, daß nicht immer wieder vorgenommene, völlig willkürliche Administration diese Dinge erschwert und teilweise unmöglich macht. Ich weiß, wie schwierig das ist. Ich erkenne auch an, daß Österreich klein und die EWG groß ist. Aber ich glaube, daß es an und für sich auch kein Problem sein kann, der EWG beizubringen, die also seit 1972 das Handelsbilanzdefizit Österreichs mit 4 Milliarden Schilling belastet hat. Von 500 Millionen Schilling Defizit Österreichs ist es auf 4,5 Milliarden gestiegen seit 1972. Ihnen beizubringen, daß das auch nicht hingenommen werden kann, wenn EWG-weit von Brüssel her diese administrativen Maßnahmen immer wieder unsere Exporte so verunsichern und unmöglich machen, das glaube ich, ist durchaus möglich. Der Landwirtschaftsminister war erst vor kurzem draußen. Er wird noch einmal hinausfahren. Er hat manchmal immer wieder schon von Erfolgen gesprochen, er hat Erfolgsmeldungen hereingeschickt. Sie sind bis jetzt noch nicht da. (Abg. Brandl: „Auch welche gebracht!“) Ich bitte ohne Polemik, mir wäre lieber, er ist dort erfolgreich, auch wenn er ein Sozialist ist, das ist mir ganz gleich. Mir wäre durchaus erwünscht, er wäre erfolgreich. Aber meine Damen und Herren, Sie wissen es selbst, daß das, was Gundelach dem Haiden in Wien versprochen hat, er nicht einmal als zuständiger Minister in der EWG eingebracht hat. Ist weg, ist nicht als Vorlage im Ministerrat der EWG und das ist das wirkliche Problem, meine Damen und Herren. Er wird noch einmal hinausfahren; wir werden sehen, was er erreicht. Aber dann muß doch auch eine andere Möglichkeit mit der EWG ins Kalkül gezogen werden. Denn das geht doch wirklich nicht, die liefern herein, sie steigern auf über 4 Milliarden Schilling innerhalb einiger Jahre und beschränken uns wo sie nur können und wie es ihnen nur paßt. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Herr Präsident, darf ich einen Zwischenruf machen. Ich würde Ihnen empfehlen, die Debatten 1958/59, die wir hier geführt haben nach dem Vertragsabschluß von Rom nachzulesen, wo wir gesagt haben, daß das kommen wird und wir unsere Freiheit nicht einmal um ein Linsengericht verkaufen!“ — Abg. Zinkanell: „Die Diskussion 1969!“ — Landesrat Dr. Krainer: „Genaue das Gegenteil ist der Fall!“ — Abg. Brandl: „Die OVP-Landwirtschaftsminister haben es auch schwer gehabt!“ — Landesrat Peltzmann: „Das war nicht die EWG, das war die EFTA!“) Herr Landeshauptmannstellvertreter im Jahre 1972 ist es um den wirklichen Eintritt oder Nichteintritt (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Ein Vertrag besonderer Art!“) gegangen, das war unter der sozialistischen Regierung, und ich gehe gar nicht so weit, der sozialistischen Regierung einen Vorwurf zu machen, daß die Landwirtschaft draußen ist. Wahrscheinlich hätte es auch eine OVP-Regie-

rung nicht zusammengebracht (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Nicht zusammengebracht!“), weil das in der Neutralität einfach nicht drinnen ist. (Abg. Brandl: „Das ist das Problem!“) Aber wenn dort präferenzuelle Begünstigungen eingebaut sind, meine Damen und Herren, die also den Effekt erzielen, daß die innerhalb von fünf Jahren den Import nach Österreich auf dem agrarischen Sektor um 4 Milliarden Schilling steigern und uns dabei ständig Prügel vor die Füße werfen, damit ja nicht eine nur ähnliche Entwicklung erreicht werden kann, dann ist da etwas nicht in Ordnung und hier hat es eine Verpflichtung gegeben, auch der Bundesregierung gegenüber damals. Sie wissen das sehr genau. Eine Verpflichtung, die also gesagt hat, wenn wir aus staatspolitischen Gründen, meine Damen und Herren, die Landwirtschaft Österreichs nicht einbeziehen können, als einzigen Wirtschaftszweig Österreichs, dann fühlen wir uns auch verpflichtet, die Nachteile, die der Landwirtschaft entstehen, durch flankierende Maßnahmen abzugelten. Jetzt müssen wir ständig raufen, daß das geschieht. Das sind die Probleme. Bitte, ich bin ein bißchen zu lang. Ich möchte jetzt ein wenig kürzer werden. Ich hoffe, daß in der Kälbermast die Erlöse in aller Bälde kommen, denn es ist immer noch unverständlich, daß wir zwar ein Drittel des gesamten Kälberbedarfes nach Österreich einführen, daß aber jetzt durch eine Erlaßregelung faktisch dem Bauern so quasi die Verfütterung der Vollmilch bei seinen Kälbern nicht honoriert wird. Es ist eigentlich nicht verständlich, warum man hier nicht schon längst zu einer entsprechenden Regelung gekommen ist. Hier ist der Landwirtschaftsminister am Zug, ich weiß nicht, warum er so lange zögert.

Meine Damen und Herren, am Ausbau der Sonderkulturen sind es vielfach Außenhandelshemmnisse, die es verhindern, daß wir im Süden der Steiermark einen wirklichen Garten Österreichs machen können. Ich sage das in aller Deutlichkeit, und ich werde sehr daran interessiert sein und auch die Landesregierung bitten, daß sie uns dabei hilft, weil es nicht nur ein agrarisches Problem ist, sondern weil es mir als sehr sinnvoll erscheint, bei diesen Möglichkeiten dieses klimatisch begünstigten Gebietes, meine Damen und Herren, möglichst viele Leute vollerwerblich aus der Landwirtschaft zu befriedigen und sie nicht zu zwingen, auf einen gewerblich-industriellen Arbeitsplatz auszuweichen, der ohnedies seine Probleme hat. Das sind aber Außenhandelsprobleme, die geregelt werden müssen, und wir werden die Landesregierung sehr bitten, hier die entsprechenden Verbindungen auch aufzunehmen mit dem Handelsminister Staribacher, um hier eine zweckgerichtete Lösung zu erreichen. (Abg. Zinkanell: „Ministerratsbeschluß!“) Ich könnte also noch über das Olsortenprojekt reden, warum es nicht gemacht worden ist, darüber wäre viel zu reden. Es ruht in den Laden, obwohl erkennbar war, daß sowohl Landwirtschaftsminister, als auch der Bundeskanzler selbst höchst interessiert daran gewesen sind, und haben das auch immer wieder zur Kenntnis gebracht. Aber, meine Damen und Herren, das ist der wirklich große Brocken, der

gelöst werden muß. Im Endfazit 50.000 ha Getreide mit Olsorten zu bestellen, wo wir 97 Prozent nach Österreich einführen und bei den Eiweißfuttermitteln genauso; das sind ja Summen, meine Damen und Herren. Allein für die Importe dieser Öle gaben wir im Jahr 1977 1,6 Milliarden Schilling aus und für die Eiweißfuttermittel im Jahr 1977 1,8 Milliarden Schilling. Ja, was ist das für ein Brocken! Hier gibt es diese Notwendigkeit, und hier würde eine Umstellung von etwa 50.000 ha uns auch der Notwendigkeit entheben, für die Getreideimporte hier ganz bedeutende Mittel in Anspruch nehmen zu müssen. Ich glaube, daß das einfach zu regeln ist. Meine Damen und Herren, in der Steiermark, und das ist vielleicht auch eine Zahl, die wert ist, genannt zu werden, ist die Forstwirtschaft im Anteil am Endrohertrag an der Land- und Forstwirtschaft mit 27 Prozent beteiligt, mit über einem Viertel, das ist eine Zahl, die ins Auge sticht. Es ist Tatsache, daß etwa ein Drittel unseres Zuwachses, der genutzt werden soll, nicht genutzt werden kann, weil der Holzimport völlig liberalisiert ist und jeder einführen kann wieviel er will. Meine Damen und Herren, schauen Sie sich einmal die Importstatistiken an. Im Jahr 1977 sind immerhin an Nadelrundholz, das wir selber haben, fast 900.000 Festmeter nach Österreich importiert worden. (Abg. Brandl: „Haben wir zu wenig gehabt!“) Ich meine, das fällt ja doch auf. Hier muß eine Regelung mit dem Handelsminister gefunden werden, weil ich glaube, daß völlige Liberalisierung der Importe und Beschränkung der Exporte selbst dann, wenn sich Sägeindustrie und Forstwirtschaft auf die Kontingente einigen und hingehen, mir also nicht zweckmäßig erscheinen. Schauen Sie, er belastet ja damit die Zahlungsbilanz, er gefährdet letzten Endes ja auch Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft, wenn also ein Drittel nicht genutzt werden kann, und er vermindert natürlich auch die Einkommensmöglichkeiten, die hier bestehen.

So, es wäre noch einiges zu sagen. Eine Notwendigkeit scheint mir auch der Wegebau zu sein. Meine Damen und Herren, die Situation ist ja so bekannt. Ich möchte nur eine Zahl nennen, die nicht uninteressant ist. Die Steiermark hat ja das größte ländliche Wegenetz der österreichischen Bundesländer. Wir haben 21.000 Kilometer, davon sind 7000 Kilometer asphaltiert. Die Situation derzeit schaut so aus, daß bei der Agrartechnischen Abteilung und beim Wegbaureferat der Kammer derzeit 2000 Anträge auf Aufnahme in das Bauprogramm liegen. Und zwar Ersterschließungen, Asphaltierungen und Verbesserungen. Die durchschnittliche Wartezeit beträgt sechs bis sieben Jahre. Und ich brauche Ihnen nicht mehr dazuzusagen, ich brauche auch nicht über die Bedeutung des Wegenetzes zu sprechen und über die Tatsache, daß ja in vielen Bereichen alle diese Wege nicht nur die Bauern, die sie letzten Endes bauen müssen, benützen. Ich glaube, daß wir mit der Bitte an die Landesregierung herantreten werden, über eine Fondskonstruktion hier die Dinge im Interesse aller schneller voranzutreiben.

Und ein letztes Wort noch zur Energieversorgung. Meine Damen und Herren, ich glaube selbst, daß

wir in der Zeit erkennen können — Zwentendorf ist ja hinter uns —, die Notwendigkeit, sich mehr Gedanken zu machen über die zukünftige Energieversorgung. Das ist eine Tatsache, wie immer sie interpretiert wird. Ich glaube selber, daß die Land- und Forstwirtschaft deshalb so interessiert ist, weil sie nicht nur ein sehr großer Verbraucher von Energie ist, sondern weil sie wirklich viele Möglichkeiten hätte, hier kontinuierlich diese etwa als sanfte Energie bezeichnete Möglichkeit zur Verfügung zu stellen. Und eines ist, glaube ich, unbestritten, was immer wir an fossilen Brennstoffen wegnehmen (Abg. Brandl: „Das ja!“), vermindert also die Möglichkeit — wird immer weniger. Es ist wahrscheinlich wirklich die Landwirtschaft als einziger großer Wirtschaftszweig, der bei vernünftiger Bewirtschaftung, und zwar sowohl im forst- wie im landwirtschaftlichen Bereich das kontinuierlich erzeugen wird. Das ist also ein sehr in die Zukunft gerichteter Aspekt. Ich glaube gar nicht, daß es so lange brauchen wird, bis wir hier zu vernünftigen Lösungen kommen. Und Herr Landeshauptmann und meine Herren von der Landesregierung, wir würden sehr bitten, daß die Möglichkeiten auch über die Forschung hier voll ausgenützt werden, weil sie insgesamt wichtig sind, aber für die Landwirtschaft völlig neue Aspekte in sich bergen.

Ich komme damit zum Schluß, meine Damen und Herren. Ich bitte um Entschuldigung, daß es etwas lang geworden ist. Ich bin der Meinung, daß das, was also Zweck dieser Vorschläge war, nämlich etwa doch die Einkommenslage in der Landwirtschaft anzupassen, keine unmöglichen Forderungen sind. Sie werden also gar nicht so sein, daß sie auf die finanzielle Lage der öffentlichen Hand nicht Rücksicht nehmen. Wir bekennen uns dazu, wir stehen auch dazu. Auch wenn es manchmal nicht populär ist. Aber ich bitte auch, in allen Bereichen dazu beizutragen, daß hier letzten Endes jene soziale Gerechtigkeit möglich wird, die erstens einmal so jeder auf seine Fahnen geschrieben hat und die zweitens es erst bedingt, daß diese Aufgaben, die in der Zukunft einfach Aufgaben von der Allgemeinheit sind und auch gewünscht werden, auch von unseren Bäuerinnen und Bauern und von der Jugend erfüllt werden können. (Allgemeiner Beifall.)

Präsident: Als nächster Redner hat sich zu Wort gemeldet der Herr Abgeordnete Wimmmler. Ich erteile ihm das Wort.

Abg. Wimmmler: Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich bin kein Bauer und werde daher nur allgemeine Betrachtungen zum Kapitel Landwirtschaft anstellen. Aber ich glaube, niemand kann sich der Verantwortung entziehen, wenn ein Berufsstand in seiner Existenz gefährdet ist. Und die Landwirtschaft ist im allgemeinen und auch in der Steiermark meines Erachtens gefährdet, trotz der positiven Aspekte, die Präsident Koiner eben angeführt hat. Die Landwirtschaft in Österreich war halt immer ein Schacherobjekt, das alle zwei Jahre bei der Verlängerung der Marktordnungsgesetze über

die Bühne gegangen ist. Präsident Koiner hat auch schon erwähnt, daß laut Grünem Bericht des Bundes im Jahre 1977 das bäuerliche Einkommen um rund drei Prozent gegenüber dem Vorjahr abgesunken ist. Es wurde auch errechnet, daß in der Landwirtschaft die Stundenlöhne für die Arbeitskräfte bei 20,— bis 30,— Schilling je Stunde liegen, und damit weit unter denen anderer Berufsgruppen. Es ist daher kein Wunder, daß die Anzahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft ständig abnimmt. 1976 gab es in der Landwirtschaft 347.000 Beschäftigte, das sind 10,6 Prozent, und 1977 nur mehr 337.000, das sind 10,2 Prozent aller Erwerbstätigen in Österreich. Dem Grünen Bericht der Steiermark ist auch zu entnehmen, daß sich die Anzahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe in den letzten sechs Jahren um rund 3200 oder um 4,4 Prozent verringert hat. Daher, das heißt, daß zwischen 1970 und 1976 die Anzahl der Betriebe jährlich durchschnittlich um 534 abgenommen hat und daß die Abnahmegeschwindigkeit in diesen Jahren größer war als vorher. Es dürfte daher stimmen, meine Damen und Herren, daß sich die Bauernschaft bis zum Jahre 1985 halbiert haben wird. Daraus folgt aber, daß immer weniger Bauern immer mehr erzeugen müssen, um überleben zu können. In weiten Bereichen der Landwirtschaft muß Raubbau einfach aus Ertragszwang betrieben werden. Die Bauern sind in diesen Ertragszwang wie in einer Schraube fast ohne Ausweg eingespannt, um auch nur annähernd ein gleiches Einkommen zu erzielen wie andere Berufsgruppen. Der Bauer muß in dieser Raubbauspирale mit geringstem Personaleinsatz arbeiten. Er bewegt sich daher auf einer Straße, die letzten Endes zur Verödung der landwirtschaftlichen Nutzflächen und auch zur Freistellung von Arbeitskräften führen muß. Wir Freiheitlichen, meine Damen und Herren, haben diese Entwicklung der Landwirtschaft schon sehr früh erkannt und Freiheitliche Abgeordnete im Nationalrat haben im Jahre 1955 den Entwurf eines Landwirtschaftsgesetzes eingebracht, das damals schon Maßnahmen zur Bewältigung dieser Schwierigkeiten vorgesehen hat. Es verschwand aber, wie allgemein bekannt, in den Schubladen der großen Koalition. Vor einigen Jahren haben wir abermals ein freiheitliches Agrarkonzept vorgelegt und damit unter anderem eine Kontingentierung der Milchlieferung, allerdings unter der Bedingung eines kalkulierten Milchpreises, vorgeschlagen. Diese Kontingentierung wurde, wie wir ja wissen, schließlich auch eingeführt, leider ohne den Bauern einen gerechten Milchpreis zuzugestehen. Die zwischen dem Landwirtschaftsminister Haiden und Bauernbundpräsident Minkowitsch vereinbarte Milchpreisregelung, es wurde heute schon darüber gesprochen, brachte keine wesentliche Verbesserung, eher abermals eine Verringerung des landwirtschaftlichen Einkommens. Die ersten Abrechnungen haben unseren steirischen Bauern, die ja zum größten Teil auf den Erlös der Milchwirtschaft angewiesen sind, diese Tatsache vor Augen geführt. Nach dieser Milchpreisregelung wird nämlich eine allfällige Überschreitung des Lieferkontingentes erst am Ende des Berechnungsjahres festgestellt, und

die im Laufe dieses Jahres vorgenommenen Abzüge werden dann erst am Ende dieses Jahres abgerechnet. Wir haben jetzt erst gelesen, daß diese Regelung mit 15. Dezember beseitigt werden soll und, daß hier Gott sei Dank, eine Verbesserung eintreten soll; bestätigt aber unsere Feststellungen. Ein weiterer Mangel, meine Damen und Herren, dieser Regelung ist der Umstand, daß ein Bauer, der beabsichtigt, nur die Basismenge, die Richtmenge zu liefern, alljährlich eine Verringerung dieser Menge um 7 Prozent in Kauf nehmen muß, und er kann sich ausrechnen, bis wann die Nullmenge erreicht ist. (Abg. Ing. Koiner: „Wie war das Wimmeler, sag das noch einmal!“) Wenn ein Bauer keine Überschußmenge liefern will, dann muß er jährlich einen Abstrich von 7 Prozent in Kauf nehmen, weil immer die Richtmenge die Berechnungsgrundlage darstellt. (Abg. Ing. Koiner: „Ist alles überholt. Das stimmt nicht!“) Das ist nicht überholt, darüber gibt es noch keine Regelung. (Abg. Ing. Koiner: „Aber freilich!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Da bist du falsch informiert!“ — Abg. Ing. Koiner: „Ist sofort wirksam, weil es erst nach einem Jahr ist!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Jetzt hast du es. Es muß dich der Bauernbundpräsident der ÖVP verteidigen!“) Das Parlament wird ja erst diese Regelung beschließen. Meine Damen und Herren! Noch eines muß in diese Betrachtungen einbezogen werden. (Abg. Dr. Heidinger: „Das war eine tatsächliche Berichtigung!“) Im sogenannten GATT-Abkommen ist die österreichische Regierung in einem Sonderabkommen mit Amerika eine Verpflichtung eingegangen, die der Landwirtschaft, meiner Meinung nach, sehr schadet. Österreich hat in diesem Abkommen auf die eigene Erzeugung von Olsaaten und Eiweißprodukten verzichtet, und das ist sicherlich ein Nachteil für die Landwirtschaft, und davon hat ja auch Präsident Koiner eben gesprochen. Im gleichen Abkommen hat die Schweiz zuwege gebracht, mit Amerika den Export landwirtschaftlicher Produkte zu vereinbaren, die sie selber gar nicht erzeugt. Allerdings hat die Schweiz so viele Jahre verhandelt, als Österreich Tage gebraucht hat. Meine Damen und Herren! Ich glaube auch, daß die Landwirtschaft darunter leidet, daß in den sechziger Jahren die Gelegenheit verpaßt wurde, eine engere Verbindung mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft herzustellen. In einem internationalen Symposium in diesem Jahr am Attersee brachte der Vertreter des deutschen Bauernbundes Dr. Lotz als EWG-Vertreter deutlich den gleichen Hinweis zum Ausdruck, mit dem auch der EG-Vertreter am Pyhrnautobahn-Symposium vor kurzem in Graz aufgewartet hat, daß man nämlich nicht erwarten könne, Außenstehende gleich oder besser zu behandeln oder zu berücksichtigen, als Mitglieder der Gemeinschaft. Man muß aber wissen, daß die Europäische Gemeinschaft seit 1970 ihre Agrarimporte verdoppelt hat, und daß sich für Österreich daraus leider keine Erhöhung auf dem Sektor des Agrarexportes ergeben hat. Eine nachträgliche Bestätigung meines Erachtens für die Richtigkeit unserer immer wieder zum Ausdruck gebrachten Vorstellungen, noch dazu wo die Landwirtschaft auf allen

Gebieten über Absatzschwierigkeiten für ihre Erzeugnisse klagt, auch bei Fleisch. Daher, meine Damen und Herren, verstehe ich nicht, wie die Viehkommission am 15. Oktober dieses Jahres die Einfuhrbewilligung für 25 Tonnen Kalbfleisch, 350 Tonnen Schweinehälften und 5000 Stück Mastschweine erteilen konnte.

Zum Schluß, meine Damen und Herren, eine Frage an den zuständigen Referenten, an Herrn Landesrat Dr. Krainer, er ist gerade nicht da, aber er wird es vielleicht irgendwo hören. (Landesrat Dr. Krainer: „Ich bin hier!“) Entschuldigung. Im Grünen Bericht Nummer eins der Steiermark des Jahres 1976 fand man auf Grund einer Untersuchung der sozialen Situation in der Land- und Forstwirtschaft, daß infolge der ungünstigen Arbeits- und Einkommenssituation die Generationenfrage manchmal größere Sorgen bereitet, als die Arbeits- und Einkommensprobleme selbst. Es wurde aufgezeigt, daß Ende 1976 es noch 943 Bauern über 65 Jahre gegeben hat, die anstatt Pensionsempfänger noch Beitragszahler sein mußten, und daß 390 solcher Beitragszahlender älter als 77 Jahre alt waren. Es kann sein, daß ich in der Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit diese Angaben im neuen Bericht nicht gefunden habe. Vielleicht können Sie, Herr Landesrat, aber doch mitteilen, inwiefern sich diese Situation geändert hat beziehungsweise was zur Verbesserung dieser Situation unternommen werden konnte. (Beifall bei der FPÖ und ÖVP.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Zinkanell.

Abg. Zinkanell: Hohes Haus, sehr verehrter Herr Präsident!

Darf ich zuerst einige Worte zu den Ausführungen des Kollegen Schrammel sagen. Es gehört auch hierher, weil es sich ja um die Bäuerinnen gehandelt hat. Er hat unter anderem gemeint, daß die Bäuerinnen 10 bis 15 Jahre älter ausschauen, als sie wirklich sind. Meine Damen und Herren, ich bin da mit dem Kollegen Schrammel absolut nicht einer Meinung. Wenn ich daran denke, daß der Herr Präsident Koiner eine fesche und charmante Gattin zur Seite hat; vom Buchberger weiß ich es nicht, da kann ich es nicht sagen. Beim Kollegen Aichhofer, ich habe mit dem Kollegen Aichhofer seiner Gattin gerade vor kurzem getanzt, ich muß sagen, die tanzt wie eine Zwanzigjährige, nicht wie eine Siebzigjährige. (Abg. Aichhofer: „Ist sie eh nicht!“ — Abg. Ing. Turek: „Die Frau vom Schrammel auch!“) Genau, natürlich, ich wollte ja sagen, dem Kollegen Schrammel seine Gattin kenne ich ebenfalls, sie schaut viel jünger aus, als sie ist. (Landesrat Bammer: „Nicht so wie er!“) Also, Gott sei Dank, ist es nicht so, daß die Bäuerinnen älter ausschauen, als sie sind. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Schrammel: „Jetzt zum Ernst!“) Ja ich bin dabei, Kollege Schrammel, ich bin dabei, es ernster zu betrachten. Ich halte es aber auch für ernst, und es würde eine eigenartige Qualifizierung, ich sage Abqualifizierung der Frauen, der bäuerlichen Frauen sein, wenn man sie wirklich so einschätzt, wie das der Kollege Schrammel gemacht hat. Ich sage noch

einmal, ich halte es auch für ernst und komme auch ernst auf das zurück, was er gesagt hat, nämlich auf die Frage des Mutterschaftsgeldes. Ich möchte nur darauf hinweisen, Mutterschaftsgeld, das heißt, eine Art Äquivalent, etwas Gleiches wie Karenzgeld auf der Arbeitnehmerseite. Und Karenzgeld auf der Arbeitnehmerseite heißt Lohnersatz, Lohnersatz für die Unterbrechung der Arbeit, die mit der Mutterschaft verbunden war. Lohnersatz für die unterbrochene Arbeit und damit des unterbrochenen Verdienstes. Nun ist es nicht ganz leicht, für die Bäuerin das Problem Lohnersatz zu regeln und es ist auch jetzt in Überlegung, wie es ja bekannt ist, daß man die Frage der bezahlten Hilfe für die Bäuerin, der Familien- oder Betriebshelferin auch in den Vordergrund der Überlegungen stellt, mehr als bisher. Es wird ja jetzt erfreulicherweise ohnedies schon praktiziert. Ich glaube, man könnte auf diesem Wege vielleicht noch mehr für die Bäuerin tun, als mit der Frage des Mutterschaftsgeldes, wobei ich sage, daß auch das eine gute und erstrebenswerte Sache ist. Und vielleicht dazu noch, daß man überlegen muß, auf der Arbeitnehmerseite geht es um die selbstversicherte Arbeiterin. Da ist eine gewisse Schwierigkeit mit der Frage der selbstversicherten Bäuerin. Im weiteren soll ja darüber verhandelt und geredet werden. Der Kollege Schrammel hat das nicht gesagt, das konnte ich zu meinem Mißvergnügen, zu meinem Bedauern in den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ vor einiger Zeit lesen, daß man darangehen sollte, „dieses alte Unrecht zu beseitigen“. Wenn man auf Bauernbundsseite von einem alten Unrecht redet, dann hat das nun insofern oder hätte es nur insofern einen Sinn, wenn damit die ÖVP und damit der Bauernbund selbst gemeint sind. Denn diese Gruppe oder Gruppen sind schuld, daß wir so lange eine Verzögerung in der landwirtschaftlichen Sozialversicherung hatten. Und ich darf mit einer gewissen Freude darauf hinweisen, daß dank der Sozialisten in bezug auf die Sozialversicherung der Bauern ein enormer Aufholweg hinter uns ist. Ein Aufholweg, der sicher noch weiter gegangen wird, weil es immer wieder notwendig ist, Verbesserungen durchzuführen. Das wollte ich zu den Äußerungen des Kollegen Schrammel sagen.

Und nun darf ich zum eigentlichen Landwirtschaftsproblem beziehungsweise zum Landwirtschaftsbudget kommen! Beim Studium des Landwirtschaftsteiles des Landesbudgets schaut man verständlicherweise auf die Veränderungen. Wahrscheinlich machen das alle Fraktionen und die zuständigen Abgeordneten der Fraktionen. Welche Veränderungen hat es gegeben oder gibt es gegenüber dem heurigen Jahr, gegenüber dem vorigen Jahr. Wo liegen Verbesserungen, in welcher Höhe, wie viele Schillinge, wo und wie stark sind die Reduzierungen? Sie wissen aus der Durchsicht des Budgets, daß die Erhöhungen der Mittel nicht sehr bedeutend sind, daß im Landesbudget — bitte, daß wir das richtig herausstellen — vor allem beim Personal gewisse Erhöhungen, zum Teil nicht unbeachtlich sind, aber daß man andererseits die Reduzierungen im Landesbudget, im landwirtschaftlichen Teil, nicht übersehen kann. Ich darf nur ein paar Beispiele bringen:

Ansatz 715015, „Beihilfen an gefährdete Bergbauernbetriebe“. Diese Post ist von 3,2 Millionen Schilling im Jahre 1977 auf 2,7 Millionen Schilling für das heurige Jahr und weiter auf 2 Millionen Schilling für das Jahr 1979 reduziert worden, das sind die „Beihilfen für gefährdete Bergbauernbetriebe“.

Oder Ansatz 740014, „Zuwendungen zur Förderung des Rinderabsatzes“. Von 15 Millionen in den beiden Jahren 1977/78 auf 11,2 Millionen, wobei ich erhoffe und annehme, daß hier noch nicht das letzte Wort darüber gesprochen ist. Gering im Betrag, also nicht sehr bedeutend im Betrag, aber in der prinzipiellen Bedeutung ist die Halbierung der Beiträge zur „Verbesserung der Bildungsstruktur im ländlichen Raum“. Da ist die Post von 107.000,— Schilling im Jahre 1977 auf 70.000,— Schilling heuer — also 1978 — auf 53.000,— Schilling für das Neunundsiebzigjahr reduziert worden. Ich muß sagen, eigentlich ein peinlich kleiner Betrag. Wenn ich daran denke, wie sich der Kollege Buchberger am ersten Tag der Diskussion, am Dienstag, zur Bildung und zur Ausbildung geäußert hat; welche Bedeutung er richtigerweise der Bildung der bäuerlichen Menschen im ländlichen Raum zugemessen hat. Man muß sagen, „da haperts a bisserl“. Aber ich möchte jetzt keine Bildungsdiskussion vom Zaun brechen, sondern nur hinweisen auf die Diskrepanz zwischen der Meinung, wie wichtig das einerseits ist, und der Schillinge, die wir zur Verfügung haben andererseits. Es geht mir weder um die Bildungsdiskussion und auch nicht um boshafte Art, jetzt aufzuzeigen, wie es im Land aussieht, mir geht es darum, zu zeigen, daß Reduzierungen im Landesbudget als sachlicher Hinweis darauf gelten, daß auch der Bund, daß auch die Bundesregierung den gleichen Zwängen folgen muß, denen das Land folgen mußte. Den Zwängen einer weltweiten ungünstigen Konjunktursituation. Um das ist es mir bei der Aufzählung dieser Reduzierungen gegangen. Dieser Tatbestand der Konjunkturschwierigkeiten ist allgemein bekannt und auch wohl oder übel anerkannt mit Ausnahme des Bauernbundes; des Bauernbundes, soweit es den Bund, die Bundesregierung trifft. Die Reduzierungen im Lande, die werden akzeptiert. Ich weiß nicht, ob andere Redner heute den Herrn Landeshauptmann und den Herrn Landesrat Dr. Krainer beziehungsweise die ÖVP-Mehrheit in der Landesregierung angehen werden wegen dieser Reduzierungen; ich glaube kaum. Beim Herrn Präsidenten Koiner hat es ja so geklungen, daß man darüber eben nicht hinweg kann; man kann über einiges nicht hinweg, sowohl beim Land als auch beim Bund. Aber die Reduzierungen im Lande, die werden vom Bauernbund akzeptiert; aber nicht nur akzeptiert, sondern es wird bei verschiedensten Gelegenheiten, zum Beispiel bei der letzten Landwirtschaftskammervollversammlung (Abg. Ing. Turek: „Wird groß entschuldigt!“) dem Herrn Landeshauptmann gedankt, es wird dem Herrn Landesrat Dr. Krainer gedankt für die Leistungen des Landes, die also Reduzierungen, meine Damen und Herren, beinhalten. Die Reduzierungen im Bund sind erfreulicherweise nur Verschiebungen, in Summe kommt dann mehr heraus bei den Förde-

rungen — das ist übrigens bei den „Landwirtschaftlichen Mitteilungen“ sogar einmal als Überschrift anerkannt worden, allerdings nur sehr vorsichtig — wenn also dort ein Mehr herauskommt, dann heißt es trotzdem in den Aussendungen des Bauernbundes — heute bei der Rede des Herrn Präsidenten ist das erfreulicherweise nicht herausgeklungen — heißt es bei den ganzen Aussendungen des Bauernbundes: „Die Bundesregierung, der Bund sind bauernfeindlich“. Die Landesregierung ist trotz Reduzierungen in Ordnung, aber der Bund ist trotz Mehrleistungen bauernfeindlich und dann werden Protestaktionen inszeniert. Wie der Bund zur Landwirtschaft wirklich steht, das hat sich gestern bei den Verhandlungen wieder gezeigt und die heutige „Kleine Zeitung“ — ich will keine Propaganda machen für diese Zeitung, aber ich muß sie doch erwähnen — schreibt: „Nikologeschenk für die Milchbauern“. Ich möchte nur fragen, wer schenkt, der Bauernbund selbst an die Bauern? Ich möchte das gar nicht als Geschenke bezeichnen, ich zitiere nur, wie es da steht, aber wenn jemand gibt, dann kann es nur der sein, der zu geben in der Lage ist oder der zu geben Gelegenheit hat, also doch die Bundesregierung und der Bund. Ich möchte aber noch mehr (Abg. Ing. Turek: „Der Steuerzahler!“) Natürlich der Steuerzahler, aber man kann die Mittel, die hereinkommen, auch anders verwenden, weil eben andere auch Wünsche haben. Ich denke nur an die Schwierigkeiten in der Stahlindustrie. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Seppl, im Land sind es auch die Steuerzahler!“ — Abg. Gerhard Heidinger: „Sogar in der Stadt Graz!“) Im Land auch, natürlich, da würde die gleiche Version gelten. Aber ich möchte noch etwas weiter eingehen auf die Bauernbundpropaganda, wie man sie draußen hört. Ich weiß nicht, was heute noch alles kommt, es hat ja erst der Chef — Präsident Koiner — gesprochen, der sehr staatsmännisch sprach. Ich kann mir vorstellen, daß die anderen mit dem Böller gewissermaßen noch in Reserve stehen. (Abg. Ing. Koiner: „Brauchst keine Angst haben!“) Die Böller krachen Gott sei Dank nur, die treffen ja nicht. Diesen Böllern möchte ich vorsorglich noch einige unbestreitbare Ziffern gegenüberstellen, Ziffern, die zum Teil schon genannt wurden: „Bundesbudgetmittel für Absatzförderungen bei der Viehwirtschaft“. In vier Jahren ÖVP-Regierung, 1966 bis 1969 210 Millionen Schilling. Man hat das damals vom Bauernbund eine ganz schöne Sache genannt. Unter dem gleichen Titel „Viehabsatzförderung“ gab in vier Jahren die SPÖ-Bundesregierung 1,243 Millionen Schilling; das ist das Sechsfache! Niemand kann sagen, das macht die Teuerung aus; das ist wesentlich mehr als irgendeine Teuerung. Oder eine andere Ziffer, die auch für die Nichtlandwirte nicht uninteressant ist, wobei ich keinen Neidkomplex hervorrufen möchte: Ausgaben des Bundes je landwirtschaftlichem Berufstätigen 1969 1660,— Schilling; der Herr Kollege Gerhard Heidinger hat das bei seiner Generalrede erwähnt. 1969 1660,— Schilling, 1979, für das kommende Jahr budgetiert, 5043,— Schilling. Das ist immerhin auch mehr als das Dreifache. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Maitz: „Konsumentenstütze!“)

Darf ich sagen, daß ich mich über den Beifall meiner Fraktion sehr freue, denn da sind einige Kollegen darunter, die natürlich in ihren Branchen und in ihren Berufszweigen große Sorgen haben und die doch dieser Förderung des Bundes ihren Beifall hier im Hause geben. Ich möchte auch sagen, daß diese Pro-Kopf-Ziffer ein unbestechlicher Maßstab ist. Besser als die Vergleiche zwischen Landwirtschaftsteil im Budget und Budget insgesamt, weil das zu Verzerrungen führt. Ich komme nun zu einem verhältnismäßig heißen Eisen oder zu heißer Milch, die seit gestern allerdings ein wenig abgekühlt ist. Die direkte Milchpreiserhöhung des heurigen Jahres um 20 Groschen pro Liter, Kollege Wimpler, das ist übrigens die sechste Milchpreiserhöhung seit es die sozialistische Bundesregierung gibt, dazu eine indirekte, aber in Schilling oder in Groschen direkt wirksame Milchpreiserhöhung 1978, also heuer, durch Halbierung des Krisengroschens, 18 Groschen. Das wird wahrscheinlich noch verbessert werden. 20 Groschen und 18 Groschen sind 38 Groschen, das gibt ein zusätzliches Mehr von 740 Millionen Schilling. (Abg. Ing. Turek: „Im Grünen Bericht der Bundesregierung!“ — Abg. Wimpler: „Das werden wir nächstes Jahr sehen!“) Herr Kollege Wimpler, ich muß schon sagen, du mußt einem gewissen Irrtum unterlegen sein oder falsche Ziffern bekommen haben, 740 Millionen Schilling mehr, das kann nicht weniger sein. Das kann natürlich im Grünen Bericht nicht gut drinnen stehen, wenn erst im heurigen Jahr die Milchpreisregelung mit 740 Millionen Schilling festgelegt wurde. Zum Grünen Bericht habe ich noch Gelegenheit ein paar Worte zu sagen. Ich möchte aber darauf hinweisen, wodurch diese Verbesserungen überhaupt möglich gewesen sind. Das war nur möglich durch die Neuordnung der Milchmarktordnung, und ich habe mir hier notiert, Herr Präsident Koiner, der Nationalrat Pansi habe nach deiner Aussage gesagt, „wenn die Bauern nicht brav sind“. (Abg. Buchberger: „Das hat er sicher gesagt!“) Also wenn du bei deiner ganzen Rede nicht demagogisch warst und im großen und ganzen habe ich sie als eine sehr interessante Rede betrachtet, aber da war eine starke Dosis Demagogie dabei. In dieser Art, da verbürge ich mich, hat Nationalrat Pansi nicht gesagt, daß die Bauern, wenn sie nicht brav sind, das dann nicht bekommen. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß durch diese Regelung, das erste Mal seit 20 Jahren, eine Regelung für die Überschußproduktion zustande gekommen ist. Ich möchte auch noch einmal auf die erfreuliche Regelung von gestern hinweisen, die auch nicht möglich gewesen wäre, wenn wir nicht im Frühsommer die allgemeine Regelung zustande gebracht hätten. Wie bedeutungsvoll diese Neuordnung ist, das zeigt ja auch ein Ausspruch des Präsidenten Minkowitsch, ein Ausspruch, den ich dem Hohen Hause nicht vorenthalten möchte. Minkowitsch — ich habe die Zeitung hier liegen, aus der ich Ihnen das vorlesen könnte — hat erklärt, daß diese Milchmarktregelung eine europäische Pioniertat ist, also eine ganz beachtliche Geschichte. Aber er und ein Teil des Bauernbundes haben gewisse Schwierigkeiten gehabt, weil vorher die Kampagne des Bauernbundes

gegen diese Regelung so heftig war und diese Kampagne des Bauernbundes hat ihre Wirkung gezeigt, hat einen Quasi-Erfolg gebracht, weil sich die Bauernbundmitglieder nach dem Ausspruch des Präsidenten Minkowitsch einfach nicht ruck-zuck umschalten ließen. Zuerst ein langes Trommelfeuer und dann hätten sie plötzlich begeistert sein müssen; das war einfach nicht drinnen. Wenn ich von diesem Bauernbund-„Erfolg“ rede, muß ich noch etwas anderes anführen. Dieses Trommelfeuer, diese Art von Information hat dazu geführt, daß 60.000 Anträge auf höhere Kontingente gestellt wurden und hier darf ich den Herrn Präsidenten Koiner kurz zitieren, vorher aber noch sagen: Wie viele von diesen 60.000 berechtigt waren, das wissen Gott und der Bauernbund. (Landesrat Bammer: „Wo liegt der Unterschied?“ — Heiterkeit auf sozialistischer Seite.) Wie recht ich mit dieser meiner Auffassung habe, Herr Präsident, zeigt ein Zitat aus der „Kleinen Zeitung“, also einer befreundeten Zeitung. (Abg. Dr. Heidinger: „Mit wem befreundet?“) Mit dem Herrn Präsidenten. Mit mir leider nicht. Da heißt es: „Präsident Koiner ist sich aber sicher, daß die Zahl der wirklichen Härtefälle nicht so groß ist wie die Zahl der Anträge.“ Er hat sicher recht gehabt damit und deswegen sage ich ja, wie viele berechtigt waren, das kann man nicht wissen. Wir aber, wir wissen hier, und wir haben es auch gesehen, daß sich der Präsident Minkowitsch auf der Flucht aus dem Bauernbundkreuzfeuer, das über ihn losgebrochen ist, auf der Flucht nach vorne, total verrannt hat. (Abg. Brandl: „Das gibt es!“) Wir haben das bei der Fernsehdiskussion am 26. November gesehen. Wer geschaut hat, und wahrscheinlich haben alle für die bäuerlichen Belange Interessierten sicherlich geschaut, hat also diese Diskussion zwischen Haiden und Minkowitsch gesehen. Dazu möchte ich sagen, und zwar mit großem Ernst sagen, meine Damen und Herren, das war nicht mehr Gegnerschaft, was da aus dem Herrn Präsidenten Minkowitsch gesprochen hat, sondern das war leider pure Feindschaft. Ich habe den Präsidenten nie in dieser Art und Weise agieren gesehen. Ich habe mir gedacht, hoffentlich kommt es wieder zu einer vernünftigeren Sprachregelung. So war es nicht gut. Ich glaube, das ist für ganz Österreich nicht gut. Und der Rettungsversuch, den der Herr Abgeordnete Kohlmeier im Parlament gestartet hat, ich muß sagen, der ist ja auch einigermaßen daneben gegangen. Denn wenn er sagt, die Sozialisten haben sich die Zustimmung zu dieser Milchmarktordnung erschlichen. Das Wort „erschlichen“ ist ein böses Wort. Was war denn dann die Aussage des Präsidenten Minkowitsch vorher? Minkowitsch hat es als europäische Pioniertat bezeichnet. Muß man sich die Zustimmung zu einer europäischen Pioniertat erschleichen? Ich muß sagen, ich glaube, die Äußerung des Herrn Kohlmeier strafft sich gewissermaßen selber. Aber es ist bei den ganzen Aktionen, die bis zum Schluß gedauert haben, nicht so sehr um die Sache, sondern darum gegangen — es ist ja auch von Wien und nicht von der Steiermark ausgegangen —, das vom Bauernbund selber angegratzte Image des Präsidenten Minkowitsch so gut als möglich wieder aufzupolieren.

Wenn ich etwas in Verzug komme, dann bitte ich um Verständnis, aber ich habe mir noch ein paar Notizen gemacht, die ich doch gerne mit Ihnen besprechen möchte, damit sie nachher in der Diskussion auch allenfalls berücksichtigt werden. Ja, ich möchte sagen, der Bauernbund ist irgendwie in einem Dilemma. Das hat sich gestern auch wieder gezeigt. Er sagt einerseits, die sozialistische Regierung ist bauernfeindlich (Abg. Neuhold: „Stimmt!“); das wird immer wieder getrommelt bis zuletzt. Andererseits möchte man die Leistungen, die diese Bundesregierung für die Landwirtschaft erbringt, als eigene Erfolge auf die eigenen Fahnen heften. (Landesrat Bammer: „Ein Zauberstück!“) Da ist eine gewisse Schwierigkeit drinnen. Man müßte jetzt — und ich glaube, ich soll es nicht lassen (Landesrat Bammer: „Lei lassen!“) — aus dem Grünen Bericht zitieren! Man müßte dies tun, weil hier die positiven Zahlen 76/77 deutlich hervorgehen. Das ist ein für unsere agrarischen Freunde bekannter Auszug aus dem Grünen Bericht. Ich nehme an, daß ihn der Kollege Wimmeler auch zur Verfügung hat. Wenn er diese Seiten gelesen hätte, dann wäre er daraufgekommen, daß es kein Weniger gibt. Da gibt es ein interessantes Mehr. Vielleicht darf ich nur einen etwas längeren Satz lesen: „Erfreulich ist jedoch, daß in den Bergbauerngebieten des Hochalpengebietes eine nominelle Einkommensverbesserung um 17 Prozent und eine reale um 11 Prozent eingetreten ist. Im Voralpengebiet erreichte der reale Einkommenszuwachs sogar die Rekordmarke von 24 Prozent.“ (Abg. Brandl: „24 Prozent, wo gibt es das?“)

Und dann wird auf die innerlandwirtschaftliche Disparität hingewiesen und darauf hingewiesen (Abg. Lackner: „Fast nicht auszuhalten!“), daß man natürlich die landwirtschaftliche Einkommenssituation nicht von einem einzigen Jahr anschauen und messen kann, sondern im Schnitt von mehreren Jahren, denn einmal gibt es eine gute oder außerordentlich gute Ernte und einmal gibt es leider Gottes eine schlechte Ernte. Und dann das, was beim Herrn Präsidenten ohnedies auch angeklungen hat, daß das Einkommen der Landwirtschaft nicht ausschließlich aus der Landwirtschaft kommt, sondern daß es im Bereich der landwirtschaftlich Tätigen die verschiedensten Nebenerwerbsmöglichkeiten gibt; in hohem Maße sogar. Wir haben jetzt mehr als die Hälfte der bäuerlichen Betriebe in der Hand von Nebenerwerbslandwirten. Ich nehme an, daß dazu wahrscheinlich der Kollege Pörtl noch einiges sagen wird. So schaut es also aus.

Ich möchte aber jetzt auf ein anderes, auf ein sehr prägnantes Beispiel einer Verbesserung noch zu sprechen kommen. Das ist die Bergbauernförderung, meine Damen und Herren. Da ist die Bundesregierung — ich möchte fast sagen boshafterweise — mit einem so großen Kaliber in der Leistung herausgetreten, daß es für den Bauernbund unvorstellbar war, weil sonst hätte man das vor der Kundmachung durch die Bundesregierung sicher zeitgerecht verlangt, damit man es auch wieder auf seine eigenen Fahnen hätte bringen können: Das zweite Bergbauernsonderprogramm. Ein Programm mit 4 Milliarden Schilling für fünf Jahre und das bedeutet

für das kommende Jahr allein schon 700 Millionen Schilling. Ich glaube, das hat der Kollege Heidinger auch erwähnt, aber ich möchte es noch einmal unterstreichen, 700 Millionen Schilling für das kommende Jahr Bergbauernhilfe, das ist soviel oder fast soviel, wie der gesamte Grüne Plan im Jahre 1969. Im Jahre 1969. Der Kollege Trummer und ich haben eine recht interessante Diskussion im Landtag gehabt. (Einige unverständliche Zwischenrufe.) Darf ich sagen, bis 1983 4 Milliarden Schilling, das hat natürlich auch für die Steiermark eine ganz enorme Bedeutung. Der Herr Präsident hat schon gesagt, alles was jetzt die Agrarpolitik des Bundes betrifft, ist ja auch Agrarpolitik im Land. Und insofern ist es angebracht, das auch hier etwas genauer zu behandeln.

Wenn ich darauf noch hinweisen darf: Nach dem Beispiel des ersten Bergbauernsonderprogramms ist anzunehmen, daß es noch mehr wird als vorgesehen, noch mehr als die 4 Milliarden Schilling. Beim ersten Programm haben wir angefangen mit eineinhalb Milliarden, pro Jahr waren 300 Millionen Schilling — auf fünf Jahre — vorgesehen. Tatsächlich ist ständig gesteigert worden bis auf 453 Millionen Schilling jährlich. Und aus der Neuordnung für die nächsten fünf Jahre, die mit nächstem Jahr beginnt, darf ich sagen: Der Direktzuschuß für die Bergbauern wird erhöht und auch der Empfängerkreis wird erweitert. So ist das wirklich. Es ist nicht erfreulich, wenn man liest und hört draußen, daß das immer wieder abgewertet wird; daß es mehr oder weniger herabgesetzt wird. Ich bin froh, daß man auf den gesunden Menschenverstand und auf das gesunde Urteilsvermögen der Bauern rechnen kann. Auch in der Frage der Milchpreisstützung, der ich doch auch einige Worte widmen muß. Der Abbau der Milchpreisstützung wird draußen viel diskutiert, und zwar leider nicht sehr sachlich. Vorerst eine Klarstellung: Alle Bauern, die jetzt den erhöhten Milchpreis bekommen, die 20 Groschen direkt und die 18 Groschen indirekt, denen wird der Milchpreis nicht reduziert. Der Milchpreis für die Bauern bleibt erhalten. Zweitens möchte ich darauf hinweisen: Über allfällige Auswirkungen — und die gestrigen Gespräche gehen oder sind zum Teil schon in diese Richtung gegangen — eines unter Umständen verminderten inländischen Absatzes und mehr Notwendigkeit des Exportes wird verhandelt. Weiters: der Stützungsabbau ist keine sozialistische Erfindung, denn im Jahre 1967 ist das bereits vorexerziert worden, und zwar in einer wesentlich härteren Weise. Damals mußten die Konsumenten einen Schilling und kurz darauf noch 20 Groschen als Belastung des Konsumentenmilchpreises in Kauf nehmen. Damals hat man argumentiert, warum soll man dem Generaldirektor die Milch, die er beim Kaffee hat, stützen. Ja, das könnte man genauso gut auch heute sagen. Und damals — das gehört auch als Erinnerung dazu — haben die Bauern vier Jahre lang keine Milchpreis- — die Bauern! — keine Milchpreiserhöhung bekommen. Damals mußten die Bauern den Krisengroschen und die Exportförderung allein zahlen. Das ist alles schon vom Minister oft erklärt worden, öffentlich und in den Gesprächen erklärt worden,

auch bei der letzten sogenannten Demonstration. Der Herr Präsident sagt, es war keine, bitte. Es ist aber so bezeichnet worden. Ich habe den Eindruck, der Bauernbund will schwarz sehen und er will schwarz malen. (Landeshauptmannstellvertreter Sebastian: „Und er ist schwarz!“ — Heiterkeit.) Und er kommt aus dieser seiner Einstellung nicht heraus. (Landesrat Bammer: „Schwarz machen!“) Dazu hat er natürlich den großen Vorteil der Informationshilfe durch eine Reihe von interessanten und großen Institutionen, wobei ich die landwirtschaftlichen Genossenschaften — die ja von Bauernbundfunktionen geführt werden — an erster Stelle nennen darf. Er hat auch eine recht beachtliche freundschaftliche Hilfe durch die Medien. Das gleiche, was man bei der Milch spielt, das spielt man zum Teil auch beim Getreide. Bei der jetzigen Frage der Getreidemarktregelung muß man vorerst einmal eine Frage stellen: Wo sind die großen Getreideproduzenten? Wo wird das meiste Getreide produziert? Es ist ohnedies bekannt: In Niederösterreich, mit 60 Prozent, das sind über 600.000 Tonnen. Wer sind dort in Niederösterreich die großen Getreideproduzenten? Sicher nicht die Kleinbauern, sondern die Großgrundbesitzer. Daß man hier bei einem Getreideüberschuß auch unter Umständen zu einer Krisengroschenregelung kommen soll, das wird beim Bauernbund als unzumutbar betrachtet. Beim Bauernbund unzumutbar für diese großen Getreideproduzenten. Ich habe nicht dazugesagt, daß das meistens adelige Großgrundbesitzer sind. Da ist man ärgerlich, aber bei den Milchbauern, die es bis zum letzten kleinen steirischen Bauern trifft, da war das mit dem Krisengroschen ja zumutbar und da hat vor zwei Jahrzehnten schon der Bauernbund den Krisengroschen eingeführt, der für die niederösterreichischen Großgrundbesitzer unzumutbar ist. Aber ich hoffe, daß wir auch in dieser Frage zu einer vernünftigen Übereinstimmung kommen. Diese Hoffnung betrifft auch das Olsaatenprojekt. Wenn ich dazu noch ein paar Worte sagen darf, Herr Präsident Koiner, meine Damen und Herren: Wenn es gelingt, die Schwierigkeiten zu überwinden, die uns die ÖVP-Regierung seinerzeit durch blinde Absprachen mit dem Ausland hinterlassen hat, dann wird ein Krisengroschen für den Getreideexport nicht erforderlich sein. Eine noch wirksamere Entlastung für den Getreidemarkt und für den Milchmarkt würde allerdings unter Umständen die Realisierung eines Projektes bringen, das zu meiner Überraschung der Herr Präsident heute nicht genannt hat. Es ist, soweit ich es beurteilen darf, ein sehr interessantes Projekt und sein Lieblingsprojekt: die Frage Rapsöl für Traktoren. Es hätte mich interessiert, wenn der Herr Präsident dazu etwas gesagt hätte, denn wenn die Geschichte wirklich zum Tragen kommt, dann wird sicher die Marktsituation sowohl bei der Milch, für die Steiermark insbesondere, als auch beim Getreide, wesentlich erleichtert werden.

Meine Damen und Herren! Ich komme zum Schluß und möchte darauf hinweisen, daß im gemeinsamen Interesse sowohl für die Landwirtschaft, aber nicht nur für die Landwirtschaft, auch für die gesamte Bevölkerung es sehr wichtig ist, wenn eine Zusammenarbeit, eine vernünftige sachliche Arbeit zu-

stande kommt und eine sachliche Arbeit ist beileibe keine Koalitionstümmelei. Das möchte ich vor allem noch ganz kurz nach rechts gesagt haben. Durch Nörgeleien eines Dritten, wenn das jetzt so ausgedrückt werden kann, der keine Verantwortung trägt wie die beiden großen Parteien, soll sich auch der Bauernbund nicht irritieren lassen. (Abg. Ing. Turek: „Bravo!“) Die Arbeiten für die Landwirtschaft sind für alle von großer Bedeutung. (Abg. Ing. Turek: „Wir sind echt getroffen!“) Es steht fest, daß man die wichtigen Dinge, wie Ernährungssicherung, Bewahrung der Kultur- und Erholungslandschaft und die Bewahrung der Landwirtschaft als bedeutenden inländischen Konsumenten nur zustande bringt, wenn eine voll funktionsfähige Landwirtschaft vorhanden ist. Nun, weil ich den Kollegen Turek gerade so jetzt kurz angeredet habe beziehungsweise angeschaut (Landesrat Peltzmann: „Peter schau obal!“ — Abg. Ing. Turek: „Eingeschaut!“), auch ein paar Worte zu seinen Äußerungen bei der Gruppe 5, wo er über die Gruppe 4 gesprochen hat. Wenn ich ihn richtig verstanden habe, hat er gemeint (Gelächter bei der SPÖ.), daß es 40.000 Bauern schlechter gehe als zuvor. Ich muß sagen, Kollege Turek, wenn du (Abg. Ing. Turek: „40.000 Bauern und Selbständige habe ich gesagt!“) Ich habe den Eindruck, wenn er durchs Land fährt, dann schaut er nicht oder will er nicht sehen, daß dort, Gott sei Dank, ich betone, Gott sei Dank, manches schöne neue Haus steht (Landesrat Bammer: „Er schaut nur auf die Straßen!“), so wie es notwendig ist, es ist kein Luxus; manches schöne Bauernhaus, mancher vernünftige neue zweckmäßige Stadl oder Wirtschaftsgebäude und daß es auch bei den Einrichtungen wesentlich besser aussieht; ob das jetzt die landwirtschaftlichen Arbeitseinrichtungen oder auch die Wohneinrichtungen sind. Gott sei Lob und Dank ist das wesentlich besser geworden. (Abg. Ing. Turek: „Das war auf Grund der Armutsuntersuchung!“) Das muß man sehen, und ich glaube, Kollege Turek, und das sage ich jetzt auch wieder in Richtung Bauernbund, wenn man in den Fehler verfallen wollte, daß man die Bauern zu Bettlern stempeln würde, dann würde man dieser Gruppe einen sehr schlechten Dienst, einen Bärenienst erweisen, daher warne ich davor.

Damit bin ich am Schluß und möchte sagen, daß wir selbstverständlich dem landwirtschaftlichen Abschnitt des Landesbudgets unsere Zustimmung geben werden. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Buchberger: „Wenn nicht ein paar Grobheiten dabei gewesen wären, hätten wir auch applaudiert!“ — Abg. Preamberger: „Aber der Herr Präsident hat ein bißchen applaudiert!“)

Zweiter Präsident Gross: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Aichhofer.

Abg. Aichhofer: Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, meine Damen und Herren!

Ich habe schon zum dritten Mal die Ehre immer nach meinem Kollegen Zinkanell hier ans Rednerpult zu treten. (Abg. Brandl: „Das ist ein Pech!“) Lieber Kollege Zinkanell! Du hast es wieder blendend verstanden, die Bundesregierung hier im Hohen Hause zu verkaufen. (Abg. Neuhold „Wiener

Allianz!") Ich glaube, es werden sicherlich auch nach mir keine Böller kommen, ich glaube nicht einmal ein Hundschrecker. Du hast auch die Milchsituation angeschnitten. Es ist sicherlich, vielleicht seit gestern, die Milch wieder etwas besser, (Abg. Gerhard Heidinger: „Vorher war sie sauer!") aber wir müssen sie trotzdem wieder mit dem „Haidensterz" essen. (Landeshauptmann Dr. Niederl: „Milch und Heidensterz sind gut!") Der Herr Landeshauptmann sagt gerade Milch und Heidensterz sind ganz gut. Die Exportförderung hast Du angeschnitten, wo die Bundesregierung beträchtlich, praktisch das Budget erhöht hat. Verehrte Damen und Herren! Es wäre ja praktisch gar nicht nötig, wenn damals bei der EWG-Verhandlung die Landwirtschaft besser berücksichtigt worden wäre und wenn der Herr Minister in der Zwischenzeit sich mehr um die Belange der Landwirtschaft, um die Exporte gekümmert hätte.

Verehrte Damen und Herren! Aber nun zu dem Kapitel, zu dem ich mich zu Wort gemeldet habe und das ist die Grenzlandförderung. Es ist ja praktisch heute fast ein Jubiläum. Denn vor zwanzig Jahren, im Jahre 1958, wurde seitens der steirischen Landesregierung die Grenzlandförderung ins Leben gerufen, und das war damals unbedingt notwendig. Denn Sie wissen ja, gerade im Grenzraum hat eine große Abwanderung eingesetzt und sie ist Gott sei Dank durch das rasche Einschreiten der Steiermärkischen Landesregierung einigermaßen gestoppt, in einigen Gemeinden sogar aufgehalten worden. Wir hatten ja Gemeinden, die eine Abnahme von etwa 50 Prozent ihrer Bevölkerung hatten. Es war notwendig, in diesem Grenzraum die Infrastruktur zu verbessern und es war auch notwendig, da in diesem Grenzraum Betriebe zu installieren, damit die Menschen in der Nähe ihrer Heimstätte Arbeit finden. Gott sei Dank ist es so, daß in den Grenzbezirken Deutschlandsberg, Leibnitz, Radkersburg, Fürstenfeld und Feldbach vom Jahre 1967 bis 1975, also innerhalb der 9 Jahre 548 Millionen Schilling zur Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen eingesetzt wurden. Das sind etwa 35,4 Prozent der in der Steiermark insgesamt eingesetzten Mittel. Durch den Einsatz dieser Mittel ist es gelungen, im Grenzland 6459 Arbeitsplätze zu schaffen oder zu erhalten.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube, dieser Einsatz hat sich auch gelohnt, denn es sind jetzt wieder junge Menschen bereit, im Grenzraum zu bleiben, dort eine Familie zu gründen und dort auch die Kinder in die Schule zu schicken. Es wurden enorme Leistungen in punkto Wegbau, Telefonausbau und überhaupt im gesamten die Infrastruktur verbessert. Ich möchte aber auch betonen, daß die Landwirtschaft in diesem Raum immer ein großer Konsument war und daher darf man auch die Wirtschaft nicht als Einbahnstraße betrachten und ganz besonders auch nicht das Grenzland vernachlässigen. Ich möchte das Jahr 1978 betonen. Damals wurden 317 Bauvorhaben, Hofumbauten und so weiter getätigt mit einem Aufwand von 255 Millionen Schilling. Es wurden auch in 173 Fällen Agrarinvestitionskredite gegeben im Werte von 32 Millionen Schilling.

Verehrte Damen und Herren, daraus ersehen Sie, daß die Landwirtschaft ein guter Konsument ist und daher auch die gesamte Wirtschaft auf die Landwirtschaft ausgerichtet sein soll. Durch den Verbrauch von Baumaterialien, durch den Ankauf von Maschinen, durch den Ankauf von Düngemitteln und durch den Ankauf verschiedener anderer Produkte, die man heute zum Wohnen und Leben braucht, werden viele andere Arbeitsplätze gesichert. Verehrte Damen und Herren, wenn wir zurückdenken, vor etwa zehn oder fünfzehn Jahren hatten wir noch Mangel an Mahlweizen, wir hatten noch Mangel an verschiedenen anderen Produkten, Fleisch und so weiter. Heute haben wir auf diesen Gebieten fast überall Überschüsse. Das ist nicht von ungefähr gekommen. Obwohl die ländliche Bevölkerung, besonders die bäuerliche Bevölkerung, enorm abgenommen hat, ist es praktisch gelungen, den Tisch des Volkes zu decken. Heute sind sogar Überschüsse vorhanden und wir haben große Sorge, die irgendwie abzusetzen. Wir haben aber auch große Sorgen, wie es in der Zukunft sein wird. Werden wir im Grenzraum noch zusätzliche Arbeitsplätze installieren können? Werden wir Investoren finden, die hingehen und im Grenzraum Arbeitsplätze sichern? Ein Mittel wäre dafür sehr geeignet und das wären die Sonderkulturen.

Verehrte Damen und Herren! Im Bereich der Sonderkulturen wäre es möglich, etwa 60.000 Arbeitsplätze zu sichern in der Landwirtschaft. Es ist nur ein Wermutstropfen, das ist die Ostliberalisierung und die nicht sehr bauernfreundlich ausgerichtete Export- und Importpolitik. Durch die Ostliberalisierung werden sehr viele, die sich mit Sonderkulturen befassen oder befaßt haben, verunsichert. Ich glaube, durch die Installation der Versuchsanstalt in Wies haben wir ein Instrument geschaffen in der Steiermark, welches es uns ermöglicht, den neuesten Stand der Sonderkulturen zu produzieren. Ich möchte bitten, daß alles daran gesetzt wird, daß diejenigen, die sich auf diese Sparte stützen, nicht verunsichert werden. Auch nicht verunsichert werden in Zukunft.

Verehrte Damen und Herren, ich möchte ein herzliches Dankeschön sagen allen Verantwortlichen, Bund, Land und auch hier dem Hohen Hause, die es ermöglicht haben, daß die Grenzlandförderung heute wirklich ein Faktum im Grenzraum ist, und sich dieses sehen lassen kann und dort auch die Wirkungen schon da sind. Aber alle Geldmittel würden nichts nützen, wenn wir nicht eine tüchtige und fleißige Grenzbevölkerung hätten.

Verehrte Damen und Herren! Wir müssen das Grenzland als eine Schale unserer Heimat betrachten. Und wenn diese Schale gesund und in Ordnung ist, dann haben wir auch ein gesundes Inneres. Verehrte Damen und Herren, denken wir immer wieder, wenn wir hier im Hohen Hause Beschlüsse fassen oder Gesetze verabschieden, ob wir nicht auch das Grenzland in Zukunft noch besser fördern können! (Allgemeiner Beifall.)

(Wechsel im Vorsitz.)

Dritter Präsident Feldgrill: Zu Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Haas. Ich erteile es ihm.